

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Green New Deals

Klaus Dörre

ALLE REDEN VOM KLIMA

Kiran Klaus Patel

IMPROVISIEREND DURCH DIE
KRISE: DER NEW DEAL

Thomas Döring

50 JAHRE „GRENZEN DES
WACHSTUMS“

Susanne Dröge

DER EUROPÄISCHE
GREEN DEAL

Rainer Land

ENTWICKLUNG STATT
WACHSTUM

Johannes Müller-Salo · Rupert Pritzl

KLIMASCHUTZ DURCH
INNOVATION UND
MARKTWIRTSCHAFT

Birgit Mahnkopf

DER GROßE (SELBST-)BETRUG

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Green New Deals

APuZ 3-4/2022

KLAUS DÖRRE

ALLE REDEN VOM KLIMA

Die weltweiten CO₂-Emissionen sind ungleich verteilt – nicht nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb der Industriestaaten. Eine grüne Transformation muss daher auch die innergesellschaftliche Ungleichheit angehen, oder sie wird scheitern.

Seite 04–10

KIRAN KLAUS PATEL

IMPROVISIEREND DURCH DIE KRISE: DER NEW DEAL

Durch unkonventionelle Maßnahmen und einen starken Staat gelang es mit dem New Deal, die Doppelkrise von Kapitalismus und Demokratie in den USA der 1930er Jahre zu bewältigen. Es überrascht nicht, dass sich Bewegungen und Regierungen heute weltweit auf ihn berufen.

Seite 11–17

THOMAS DÖRING

50 JAHRE „GRENZEN DES WACHSTUMS“

Der Bericht an den Club of Rome von 1972 ist ein Meilenstein in der Analyse des unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Auf ihm fußen heutige wachstumskritische Ansätze, aber auch zahlreiche Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt als der wichtigsten ökonomischen Kennzahl.

Seite 18–23

SUSANNE DRÖGE

DER EUROPÄISCHE GREEN DEAL

Der Green Deal ist die umfassendste und ehrgeizigste Agenda, die sich die EU je gegeben hat. Die EU-Kommission verfolgt jedoch nicht bloß den Klimaschutz als Ziel, sondern will durch den Deal auch wirtschaftlich und geopolitisch zu den USA und China aufschließen.

Seite 24–30

RAINER LAND

ENTWICKLUNG STATT WACHSTUM

Statt einen Rückbau der Wirtschaft braucht es eine ökologische Wirtschaftsentwicklung, mit der durch umweltkompatible Innovationen und nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung eine wirkliche sozialökologische Transformation erreichbar ist.

Seite 31–36

JOHANNES MÜLLER-SALO · RUPERT PRITZL

KLIMASCHUTZ DURCH INNOVATION UND MARKTWIRTSCHAFT

Klimapolitik muss den Forderungen nach Effizienz und Gerechtigkeit genügen. Anstatt immer ehrgeizigere Klimaziele auszurufen, täte die Politik gut daran, die Instrumente und die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Kosten zu hinterfragen und offen zu diskutieren.

Seite 37–41

BIRGIT MAHNKOPF

DER GROßE (SELBST-)BETRUG

Der Green Deal der EU-Kommission führt das wachstumsorientierte Wirtschaftsmodell fort – unter fadenscheinigen grünen Vorzeichen. Für eine wirkliche Transformation müssten Politik und Gesellschaft die endlichen planetaren Ressourcen der Marktlogik entziehen.

Seite 42–46

EDITORIAL

Jährlich neue Temperaturrekorde, Extremwetter und die weiter schwindende Artenvielfalt zeigen, dass der menschengemachte Klimawandel voranschreitet. Dass die Menschheit ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, liegt in einer Wirtschaftsweise begründet, die auf stetem Wachstum auf Grundlage der Verbrennung fossiler Rohstoffe fußt. Darauf wies bereits 1972 der Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ hin. Er legte damit einen Grundstein der Umweltbewegung und stieß neue Wirtschaftskonzepte wie „Green Growth“ und „De-Growth“ an. Heute ist weitgehend unumstritten, dass es zur Bewältigung ökologischer und sozialer Verwerfungen eine „sozial-ökologische Transformation“ braucht.

Weltweit haben sich Regierungen das ursprünglich aktivistische Konzept des „Green New Deal“ auf die Fahnen geschrieben, um diese Transformation voranzutreiben. Sie zielen auf den grundlegenden Umbau von Infrastruktur, Lieferketten und Produktionstechniken, also auf eine „grüne“ Wirtschaft. Die EU und die USA etwa wollen bis 2050 klimaneutral werden. Damit ist freilich die globale Ungleichheit noch gar nicht angesprochen: Für die Länder des Globalen Südens scheinen Wirtschaftswachstum und damit auch höhere Emissionen unausweichlich zu sein, um Armut und Abhängigkeit zu verringern.

Der Begriff „Green New Deal“ verweist auf die Politik des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt in der Großen Depression der 1930er Jahre. Dieser bewältigte die damalige Krise von Kapitalismus und Demokratie durch den „New Deal“ aus starkem Staat und dirigistischer Industriepolitik. Wie viel der Privatsektor zur Lösung der Krise beitragen kann und in welchem Umfang staatliche Eingriffe nötig sind, sind auch heute die zentralen Fragen, zumal die Kosten der heutigen Transformation sozial gerecht verteilt werden müssen.

Robin Siebert

ALLE REDEN VOM KLIMA

Perspektiven sozial-ökologischer Transformation

Klaus Dörre

„Die Welt steht am Abgrund“ – mit diesen auf-rüttelnden Worten drängte UN-Generalsekretär António Guterres am Vorabend der Klimakonferenz in Glasgow 2021 einmal mehr darauf, der Klimadiplomatie endlich Taten folgen zu lassen. Als die Welt wegen der Corona-Pandemie zeitweilig still zu stehen schien, sanken die Kohlenstoffemissionen zwar um etwa fünf Prozent. 2021 näherten sie sich aber schon wieder dem Rekordwert von 2019 an. Das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad seit Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, und selbst das 2-Grad-Ziel geraten in Gefahr. Glasgow hat daran wenig geändert. Würden alle vereinbarten Maßnahmen greifen, landeten wir am Ende des Jahrhunderts bei einer Erderhitzung von weit über 2 Grad. Die Konsequenzen des menschengemachten Klimawandels sind allerdings längst spürbar. Während des zurückliegenden halben Jahrhunderts hat sich die Zahl der wetter- und klimabedingten Katastrophen verfünffacht.⁰¹

Diese Entwicklung vor Augen, stellt sich die Frage nach den Aussichten einer sozial-ökologischen Transformation und damit nach gesellschaftlichen Verhältnissen, die am besten realisieren, was nun auch der Weltklimarat fordert: eine globale Nachhaltigkeitsrevolution. Haben wir die Chance dazu bereits vertan oder gibt es begründete Aussichten auf eine erfolgreiche Transformation? Dem nachfolgenden Antwortversuch liegt die These zugrunde, dass ökologische und soziale Nachhaltigkeit sich wechselseitig bedingen, das eine ohne das andere nicht zu haben ist. Gesellschaftliche Akteure können in der Transformation nur erfolgreich sein, wenn sie das Spannungsverhältnis zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen erfolgreich bearbeiten.

IN DER ZANGENKRISE

Moderne Gesellschaften prozessieren gewissermaßen im Modus der Krise. Irgendein gesellschaftli-

cher Teilbereich oder ein Funktionsmechanismus ist immer krisenträchtig, also auf Zeit gestört. In der Gegenwart häufen sich Krisen, sodass es nahe liegt, die „Unbekanntheit der Zukunft, erfahren und bewältigt als Krise“ als „Integrationsform der nächsten Gesellschaft“⁰² zu betrachten. Offenbar hat die expansive Dynamik kapitalistischer Gesellschaften einen Punkt erreicht, an dem sich die Tendenz zu globaler Expansion mit destruktiven Gegenkräften konfrontiert sieht. Vor allem die alten kapitalistischen Zentren, aber auch die großen Schwellenländer befinden sich inmitten einer Krise von historisch neuer Qualität, die ich als ökonomisch-ökologische Zangenkrise bezeichne.

Damit ist gemeint, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Befriedung gesellschaftlicher Konflikte im Kapitalismus, nämlich die Generierung von Wirtschaftswachstum, unter heutigen Bedingungen ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb auch gesellschaftszerstörend wirkt. Denn heutiges Wirtschaftswachstum basiert auf hohen Emissionen und ressourcenintensiven Produktions- und Lebensweisen. Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie markiert Störungen der Gesellschafts-Natur-Beziehungen, die eben keine Krise wie jede andere sind. Erfasst werden alle sozialen Felder und gesellschaftlichen Teilsysteme. Deshalb favorisiere ich mit der Zangenkrise eine Bezeichnung, die eine klare Hierarchie der Krisenursachen benennt. Diese Krise ist historisch einmalig, weil sie mit hoher Wahrscheinlichkeit den Übergang zu einem neuen Erdzeitalter einleitet: dem Anthropozän.⁰³

Der Begriff „Anthropozän“ beschreibt, dass die Menschheit zum wichtigsten Faktor bei der Reproduktion von außermenschlicher Natur geworden ist. Im Begriff ist eine doppelte Botschaft enthalten. Die Menschheit kann ihre Lebensgrundlagen zerstören, ist die schlechte Nachricht. Die gute lautet: Wir Menschen haben es selbst in der Hand, nachhaltige Beziehungen zur Natur

zu schaffen und ihr instrumentelles Verhältnis zu Naturressourcen und nicht-menschlichen Lebewesen zu überwinden. Ob wir die Artenvielfalt erhalten oder die Überhitzung des Planeten stoppen, hängt in erster Linie vom praktischen Tun der globalen Gesellschaften ab.

Klar ist, dass die Störungen der Gesellschafts-Natur-Beziehungen in der Gegenwart in erster Linie von kapitalistischen Ökonomien ausgehen. Deshalb halten Sozialwissenschaftler wie Jason Moore die Bezeichnung „Kapitalozän“ für angemessener. Der Kapitalismus selbst müsse als Ökosystem begriffen werden. Nicht trotz, sondern wegen des hohen Vergesellschaftungs-niveaus der Arbeit träten die Naturschranken der Kapitalakkumulation wieder stärker hervor. Zu konstatieren sei „the breakdown of the strategies and relations that have sustained capital accumulation over the past five centuries“.⁰⁴ Deshalb handelt es sich um mehr als eine der „großen Krisen“ der Kapitalakkumulation, vergleichbar etwa mit der großen Depression im 19. Jahrhundert oder den Weltwirtschaftskrisen von 1929 bis 1932 und 1973/74. „Große Krisen“ der Akkumulation führen dazu, dass sich kapitalistische Gesellschaften in all ihren Teilsystemen „häuten“. Sie wälzen das gesamte Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse um – dies jedoch nur, um die Kernstruktur des Kapitalismus, den Zwang zu fortwährender Marktexpansion, zu immer neuen Landnahmen eines nicht-kapitalistischen Anderen, zu konservieren und auf Dauer zu stellen.⁰⁵

In der Zangenkrise stößt diese Bewegungsform auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen an unüberwindbare Grenzen. Graduelle Prozesse wie die Erderhitzung oder auch der stei-

gende Ressourcen- und Energieverbrauch können den Planeten in dramatischer Weise verändern und für Menschen zumindest in Teilen unbewohnbar machen. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht zunächst nur kleinere Inseln und tiefergelegene Küstenregionen; das macht das Graduelle des Klimawandels aus. Er wirkt anfangs unsichtbar und sozialgeografisch differenziert.

Der Hauptgrund für den menschengemachten Klimawandel ist die auf Kohlenstoff basierende Produktions- und Lebensweise in den frühindustrialisierten Ländern, deren Ausbreitung im globalen Maßstab nur um den Preis eines ökologischen Desasters möglich ist.⁰⁶ Dies ist der Grund, weshalb Regierungen weltweit einen Green New Deal in der einen oder anderen Form anstreben. Noch vor 2050 soll die Wirtschaft der wichtigsten Industriestaaten vollständig dekarbonisiert sein. Innerhalb der Europäischen Union existieren inzwischen verbindliche, sanktionierbare Zielsetzungen, die einen Abschied von der Kohleverstromung und einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Mobilität verlangen. Dieser Wandel ist in seiner Bedeutung und seinen Ausmaßen durchaus mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar. Er erfasst alle Branchen und Gesellschaftsbereiche.

Im Grunde, so lässt sich resümieren, gibt es zwei Pfade, um den menschengemachten Klimawandel zu begrenzen und die angelagerten ökologischen Gefahren einigermaßen zu kontrollieren. Entweder gelingt es, das Wirtschaftswachstum von seinen ökologisch destruktiven Folgen zu entkoppeln, oder es muss eine Transformation stattfinden, die Gesellschaften vom ökonomischen Wachstumszwang befreit.

KLIMAGERECHTIGKEIT ALS ZWISCHENSTAATLICHES PROBLEM

Gegenwärtig dominieren weltweit Versuche, die erste Option einzulösen. Doch gleich, welche politischen Weichenstellungen erfolgen, sie werden stets auf das Spannungsverhältnis zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen stoßen. Offenkundig variiert der Ausstoß von Treibhausgasemissionen sowohl mit der jeweiligen Platzierung in der sozialen Geografie von Staaten als auch mit der jeweiligen Klassenposition in-

01 Vgl. Weltorganisation für Meteorologie, *Atlas of Mortality and Economic Losses from Weather, Climate and Water Extremes (1970–2019)*, Genf 2021.

02 Dirk Baecker, *4.0 oder: Die Lücke, die der Rechner lässt*, Leipzig 2018, S. 94.

03 Vgl. Paul J. Crutzen, *Das Anthropozän*, München 2019. In den Erdwissenschaften ist der Begriff umstritten, und es ist noch immer möglich, dass er „gänzlich verworfen wird“. Erle C. Ellis, *Anthropozän. Das Zeitalter des Menschen – eine Einführung*, München 2020, S. 7. Ich nutze ihn dennoch, um das Besondere der Zangenkrise zu akzentuieren.

04 Jason W. Moore, *Capitalism in The Web Of Life*, London–New York 2015, S. 1.

05 Vgl. Klaus Dörre, *Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*, Wiesbaden 2019, S. 3–34.

06 Vgl. Ulrich Brand/Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*, München 2017.

nerhalb nationaler Gesellschaften. Während das reichste Zehntel der erwachsenen Weltbevölkerung 2015 49 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verursachte, war die untere Hälfte nur für zehn Prozent verantwortlich.⁰⁷

Hinter dieser Asymmetrie verbergen sich zwei eng miteinander verknüpfte Gerechtigkeitsproblematiken. Die erste wurzelt in den ungleichen Anteilen von Ländern an den klimarelevanten Emissionen. 2015 entfielen 26,3 Prozent der jemals ausgestoßenen Treibhausgase auf die USA und 23,4 Prozent auf Europa. Weit dahinter lagen China (11,8 Prozent) und Russland (7,4 Prozent). Betrachtet man die derzeitigen Anteile an den jährlichen globalen Emissionen, stößt China allerdings mit mehr als 10 Millionen Tonnen längst die größte Menge an Treibhausgasen aus, Indien liegt hinter den USA bereits an dritter Stelle. Rechnet man indessen nach Emissionen pro Kopf, ergibt sich ein anderes Bild. Der Treibhausgasausstoß je Einwohner ist in den USA dreimal so hoch wie in China. Indiens Anteil wird von der Bundesrepublik um mehr als das Sechsfache übertroffen. Auch die absolute Emissionslast pro Kopf variiert beträchtlich. Wer in den USA, Luxemburg, Katar oder Saudi-Arabien zum reichsten einen Prozent gehört, emittiert mehr als das Zweitausendfache eines armen Bewohners von Ländern wie Ruanda, Honduras oder Tadschikistan.⁰⁸

Aus diesen Ungleichheitsrelationen ergibt sich eine Gerechtigkeitsproblematik, die global zwischen Nationalstaaten oder Staatenbünden ausgetragen wird. Einerseits ist eine rasche Reduktion von klimaschädlichen Emissionen nur möglich, sofern in den großen Flächenstaaten des Südens, allen voran China und Indien, in kürzester Zeit ein radikales Umsteuern stattfindet. Andererseits können sich entwickelnde Staaten zu Recht darauf pochen, dass die frühindustrialisierten Länder bei der Bekämpfung des Klimawandels vorlegen und die Hauptlast der Kosten schultern müssen. Dies belastet alle Versuche für eine halbwegs planvolle Dekarbonisierung der Weltwirtschaft. Emissionen sind zum Gegenstand imperialer Rivalitäten und zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen geworden. Wenn die EU ihre Ökonomien bis spä-

testens 2050, China seine Wirtschaft aber erst bis 2060 emissionsfrei machen will, ist das aus EU-Perspektive ein unzulässiger Wettbewerbsvorteil, für China aber ein gerechter Ausgleich für die koloniale Erblast. Und auch unter den Mitgliedsstaaten der EU ist der Ausstoß gemessen an den Haushaltseinkommen höchst ungleich verteilt. Allein die einkommensstärksten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien, denen insgesamt etwa 28,8 Millionen Menschen zugerechnet werden können, emittieren mehr als die gesamte Bevölkerung von 16 ärmeren EU-Mitgliedsstaaten.⁰⁹

Daher ist es wenig verwunderlich, dass die Fortschritte beim Klimaschutz auf internationaler Ebene bisher relativ begrenzt geblieben sind. Umso wichtiger wird, dass die Länder der frühindustrialisierten Weltregionen bei der so dringend benötigten Nachhaltigkeitsrevolution eine Vorreiterrolle spielen. Der richtige Hinweis, die Bundesrepublik habe nur einen Anteil von zwei Prozent an den klimaschädlichen Emissionen, entlastet daher nicht von den Anforderungen einer raschen Transformation. Das Gegenteil ist der Fall: Es sind die Industriestaaten, die zeigen müssen, wie ein rascher, nachhaltiger Umbau von Ökonomie und Gesellschaft zu verwirklichen ist.

KLIMAGERECHTIGKEIT ALS INNERGESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

Alle Versuche, in diese Richtung zu arbeiten, stoßen auf die Zunahme klassenspezifischer Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften. Diese Ungleichheiten gewinnen in ihrer Bedeutung für den Klimaschutz gegenüber den zwischenstaatlichen Ungleichheiten kontinuierlich an Relevanz.¹⁰ Werden diese Ungleichheiten nicht angegangen, können sie als gewaltiger Bremsklotz für ökologische Nachhaltigkeitsziele wirken.

⁰⁹ Vgl. *Confronting Carbon Inequality in the European Union*, 7. 12. 2020, www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality-european-union; Diana Ivanova/Richard Wood, *The Unequal Distribution of Household Carbon Footprints in Europe and Its Link to Sustainability*, in: *Global Sustainability* 3/2020, S. 1–12.

¹⁰ 1998 erklärten die Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften etwa 30 Prozent der globalen Emissionen; 2013 waren es bereits 50 Prozent. Vgl. Luca Chancel/Thomas Piketty, *Carbon and Inequality: From Kyoto To Paris*, Paris 2015.

⁰⁷ Vgl. Kevin P. Gallagher/Richard Kozul-Wright, *A New Multilateralism for Shared Prosperity*. Geneva Principles for a Global Green New Deal, Genf 2019, S. 5.

⁰⁸ Vgl. World Resources Institute, CAIT Climate Data Explorer 2021, Washington, D.C. 2021.

In der wachstumskritischen Literatur wird häufig darauf hingewiesen, dass die Bevölkerungen der reichen Staaten überwiegend zu jenem Zehntel der erwachsenen Weltbevölkerung zählen, das den erwähnt hohen Anteil an der globalen Emissionslast erzeugt. Fatal wäre es jedoch, würde man die Ungleichheit innerhalb dieser Bevölkerungen aus den Augen verlieren. Die einkommensstärksten zehn Prozent der europäischen Haushalte sind für 27 Prozent der Emissionen in der EU verantwortlich, während die untere Hälfte etwa 26 Prozent der klimaschädlichen Gase verursacht. Allein das reichste Prozent verzeichnet einen jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von 55 Tonnen CO₂ und liegt damit um etwa das Siebenfache über dem europäischen Durchschnittswert. Hauptgrund ist das Fliegen. Beim einkommensstärksten Prozent verursachen Flugreisen mehr als 40 Prozent der Emissionen, weitere 21 Prozent gehen auf das Konto des individuellen PKW-Verkehrs. Geflogen wird nahezu ausschließlich vom oberen Dezil der Haushalte mit einem jährlichen Nettoeinkommen von durchschnittlich 40 000 Euro. Um die Klimaziele zu erreichen, müsste der Pro-Kopf-Ausstoß an Klimagasen auf durchschnittlich 2,5 Tonnen im Jahr sinken; das reichste Prozent der Haushalte liegt um mehr als das zweiundzwanzigfache darüber. Das heißt, nahezu alle müssen ihren Lebensstil ändern, aber der Veränderungsdruck ist bei den reichsten Haushalten mit Abstand am stärksten.¹¹

Zwar wurden EU-weit seit 1990 etwa 25 Prozent der Emissionen eingespart, die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen ist also zumindest regional und zeitlich begrenzt durchaus möglich.¹² Doch im globalen Maßstab sinken die Emissionen viel zu langsam. Zudem sind die Emissionsreduktionen in erster Linie das Verdienst einkommensschwächerer Haushalte. Während die Emissionen des reichsten Prozents der Haushalte zwischen 1990 und 2015 um fünf Prozent und die des einkommensstärksten Dezils um drei Prozent gestiegen sind, haben sie bei der ärmeren Hälfte um 34 Prozent und bei den

Haushalten mit mittleren Einkommen im gleichen Zeitraum um 13 Prozent abgenommen.¹³ In Deutschland verursachten die reichsten zehn Prozent der Haushalte 26 Prozent der Emissionslast, die untere Hälfte war für 29 Prozent der Emissionen verantwortlich. Während das reichste Prozent nichts einsparte, reduzierte die untere Hälfte ihre Emissionen um ein Drittel. Bei den Haushalten mit mittleren Einkommen betrugen die Einsparungen immerhin 12 Prozent.

Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass die Produktion von Luxusartikeln für die oberen Klassen und deren Konsum zu einer Haupttriebkraft eines Klimawandels geworden sind, unter dessen Folgen national wie global vor allem die ärmeren, sozial besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen zu leiden haben. Der oftmals erzwungene Konsumverzicht in den unteren Klassen bringt den wachsenden Anteil des einkommensstärksten oberen Zehntels der europäischen Bevölkerung im statistischen Mittel zum Verschwinden. Nur weil Personen mit „kleinen Geldbörsen“ ihren Gürtel wegen sinkender Einkommen und steigender Preise enger schnallen mussten und müssen, sind die verschwenderischen Lebensstile der oberen Klassen überhaupt noch möglich. Deshalb, so kann geschlussfolgert werden, ist der Kampf gegen Klimawandel und ökologische Zerstörung stets auch einer zugunsten der Armen und Benachteiligten – dies allerdings nicht in einem Sinne, der soziale Gerechtigkeit zu einer Vorbedingung von Nachhaltigkeit machen würde, ohne die Wirkung ökologischer Destruktivkräfte wirklich ernst zu nehmen. Klimawandel und Ressourcenverschwendung kann nur Einhalt geboten werden, sofern im Einklang mit diesen Zielen egalitäre Verteilungsverhältnisse gefördert werden, die den ökologischen Umbau mittels sozialer Nachhaltigkeit forcieren.

AUSWEGE AUS DER ZANGENKRISE

Politiken, die auf nachhaltigen Klimaschutz zielen, können daher an ihren Antworten auf zwei einfache Fragen gemessen werden: Sinken die Treibhausgasemissionen und der weltweite Ressourcen- und Energieverbrauch so, dass sie eine Wende zur ökologischen Nachhaltigkeit einleiten? Und wird der erzeugte gesellschaftliche

¹¹ Vgl. Ivanova/Wood (Anm. 9).

¹² Vgl. Klaus Dörre, *Europe, Capitalist Landnahme and the Economic-Ecological Double Crisis: Prospects for a Non-Capitalist Post-Growth Society*, in: Hartmut Rosa/Christoph Henning (Hrsg.), *The Good Life Beyond Growth. New Perspectives*, London 2018, S. 241–249.

¹³ Vgl. Oxfam (Anm. 9), S. 1, S. 3.

Reichtum so verteilt, dass möglichst alle und auch künftige Generationen partizipieren können? Beim Versuch, diesen Maßstab zu realisieren, lassen sich gegenwärtig vier strategische Optionen unterscheiden. Ich bezeichne sie als die Markt-, die Technik-, die Staats- und die Demokratisierungsoption.

Die **Marktoption** setzt darauf, künstlich zu verknappten, was einstmals im Überfluss vorhanden war. Das geschieht, indem CO₂-Äquivalente einen Preis erhalten. Der Emissionshandel, gegebenenfalls auch eine CO₂-Steuer, werden zum Hauptinstrument, um den menschengemachten Klimawandel zu bekämpfen.¹⁴ Ein Problem ist, dass diese Instrumente in ihrer Wirksamkeit umstritten sind. Ist der CO₂-Preis zu niedrig, leidet seine Steuerungsfunktion, ist er hoch, erzeugt das soziale Gerechtigkeitsprobleme. Da schwer zu kontrollieren, öffnet der Emissionshandel die Tür zu Kompensationsgeschäften, die keine wirkliche Reduktion der Kohlenstoffemissionen beinhalten. Negative Emissionen, also deutlich weniger Kohlenstoffverbrennung als die natürlichen Senken absorbieren, sind mit diesen Instrumenten kaum zu erreichen.

Das Hauptproblem marktkompatibler Instrumente besteht jedoch darin, dass sie in ihren Auswirkungen sozial blind sind. Selbst wenn eine CO₂-Steuer mit einem Klimageld verbunden ist, werden die kleinen Geldbörsen anteilig stärker belastet als die großen. In Deutschland hat die untere Hälfte der Lohnabhängigen gemessen am steigenden Volkseinkommen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verloren. Steigen die Preise für Heizung, Strom, Mobilität, Mieten und Nahrungsmittel, wird der frei verfügbare Einkommensanteil immer geringer. Selbst für Durchschnittsverdiener mit einem Reallohn von monatlich 1578 Euro¹⁵ wird das, auch im Falle von Doppelverdiener-Haushalten, zu einer erheblichen finanziellen Belastung. Geringe gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen oder gar sozialer Protest sind dann vorprogrammiert. Die Gelbwestenproteste in Frankreich, aber auch Wählerstimmen für rechtsradikale Klimaleugner zeigen, was dann geschehen kann. Marktmechanismen allein reichen offenkundig nicht aus, um

das Problem der Klimagerechtigkeit befriedigend zu lösen.

Die **Technikoption** verbindet Marktmechanismen mit einem Plädoyer für beschleunigten technologischen Wandel. Vorreiter sind Repräsentanten der New Economy wie Elon Musk und Bill Gates. Beide stehen für den Solutionismus, sprich: für eine Ideologie, die in unternehmerischer Kreativität, technischen Innovationen und im Primat des Gesetzes von Angebot und Nachfrage die Lösung für nahezu jedes Weltproblem sieht. Der Staat wird als Protagonist technologischen Wandels durchaus gebraucht. Er soll Forschung und Entwicklung fördern, klimafreundliche Innovationen anregen und entsprechende Investitionen anstoßen. Doch weist auch die Technikoption strukturelle Mängel auf. Geht es nach dem technikbasierten Solutionismus, fahren wir künftig mit dem Elektroauto, essen aus Pflanzen hergestelltes Fleisch, bauen mit emissionsfreiem Zement, verarbeiten klimaneutralen Stahl, lassen die Welt aber im Großen und Ganzen so, wie sie ist. Das ist eine Wette auf die Zukunft, die sich kaum einlösen lässt, weil die systemischen Treiber des „Immer mehr und nie genug“ fortbestehen, allen voran eine auf Wachstum, Marktexpansion und privaten Gewinn ausgerichtete Wirtschaft.

Auch die **Staatsoption** lässt Marktmechanismen Raum und setzt auf technologischen Wandel; sie bricht jedoch mit der Vorstellung, der Staat sei ein schlechter Unternehmer. Vielmehr hänge die vermeintlich größte Stärke des Kapitalismus, seine Innovationsfähigkeit, von den Interventionen und Ressourcen eines steuernden Staates ab. Ohne staatliche Unterstützung sei in der Vergangenheit keine der großen Sprunginnovationen und der dazu nötigen Forschungen überhaupt möglich gewesen. Der Staat müsse „zu jeder Zeit im Konjunkturzyklus die Rolle eines echten Tigers spielen“, während die Unternehmen nur die Rolle von „Hauskatzen“ einnehmen, argumentiert die Ökonomin Mariana Mazzucato.¹⁶ Trotz ihrer realistischen Bewertung der keineswegs immer sichtbaren Hand des Staates im Innovationsprozess hat auch diese Option ihre Tücken. So sind wirtschaftsfreundliche Staatsinterventionen kaum in der Lage, Strategien zu begeben,

¹⁴ Vgl. exemplarisch Ralf Fücks/Thomas Köhler, Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern, Berlin 2019.

¹⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund, Verteilungsbericht 2021, Berlin 2021, S. 25.

¹⁶ Vgl. Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München 2013, S. 17.

mit deren Hilfe große Marktakteure das eigene Einkommen zulasten des Einkommens anderer Marktteilnehmer steigern.¹⁷ Hinzu kommt das Agieren staatlicher Apparate und Behörden, die – an politisch gewollte Zurückhaltung gewöhnt – unter akuter industrie- und strukturpolitischer Fantasielosigkeit leiden. Ein staatlich gelenkter Umbau der Wirtschaft, der sich an Dekarbonisierungszielen ausrichtet, ist mit schwerfälligen Behörden, die im Routinemodus erstarren, aber kaum zu machen.

Insgesamt halten alle genannten Optionen, die sich in ein großes Spektrum möglicher Politiken auffächern, an einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und dessen ökologisch destruktiven Folgen fest. Das führt zu einem eigentümlichen Widerspruch. Einerseits muss sich nahezu alles rasch ändern, nur die Basisregel kapitalistischer Marktwirtschaften, der Zwang zu unendlicher Akkumulation und fortwährendem raschen Wirtschaftswachstum, soll bestehen bleiben. Aus dem Finanz- wird ein „Naturkapitalismus“,¹⁸ wobei die gleichen systemischen Mechanismen, die die Zangenkrise heraufbeschworen haben, auch zu ihrer Überwindung beitragen sollen.

Dass dieser „kapitalistische Realismus“¹⁹ letztendlich unrealistisch bleibt, wird von diversen Politikansätzen moniert, die auf eine Befreiung der Gesellschaften von systemischen Akkumulations- und Wachstumszwängen setzen. Ich bezeichne diese oft noch wenig konturierten Strategien als **Demokratisierungsoption**. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit mit dem Übergang zu einem anderen, letztendlich postkapitalistischen Gesellschaftstyp verbinden. In freilich sehr unterschiedlicher Weise beziehen sie auch die Konfliktachse sozialer Nachhaltigkeit ein. Am Kapitalismus monieren sie neben dessen Krisen-

anfälligkeit vor allem, dass er nach dem WalMart-Prinzip funktioniert. Was etwa mithilfe von höherer Energieeffizienz an Kapital eingespart wird, kann für die Ausdehnung des Geschäfts genutzt werden. Entsprechende Geschäftspraktiken erzeugen Rebound-Effekte, denn größerer Output und steigender Konsum stellen die ökologischen Erfolge effizienzbasierter Strategien früher oder später wieder infrage. Das vermeintlich grüne Wachstum bleibt letztendlich so „wenig nachhaltig wie bisher“.²⁰

Demgegenüber zielen Demokratisierungsstrategien darauf, die Ökonomie der Kontrolle und Planung demokratischer Zivilgesellschaft zu überantworten. Favorisiert werden neue Formen eines kollektiven Eigentums (Genossenschaften, Mitarbeitergesellschaften) und eine stärkere Gewichtung des Gemeineigentums („Commons“),²¹ Ansätze demokratischer Rahmenplanung²² sowie politische Innovationen etwa in Gestalt von Transformations- und Nachhaltigkeitsräten, die Öffentlichkeit hinsichtlich der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen herstellen und so kontinuierlich Druck auf die Entscheidungsträger ausüben.²³

So unterschiedlich die Ansätze der Demokratisierung im Detail auch sein mögen, sie alle eint die Prämisse, wonach eine Wende zur Nachhaltigkeit ohne die grundlegende Veränderung etablierter Produktions- und Lebensweisen nicht zu bewerkstelligen ist. Liefße sich eine ökologische Qualitätsproduktion realisieren, würde stofflich wenig, dafür aber höherwertiger konsumiert. Das wäre möglich, weil Nachhaltigkeitsziele nicht nur in die Preisbildung, sondern ebenso in die Planungs- und ökonomischen Anreizsysteme integriert wären. Kooperation, Gleichstellung und die Vermeidung ökologischer Belastungen würden ebenso belohnt wie der Aufbau weitgehend geschlossener Wirtschaftskreisläufe und nachhaltiger Mobilitätssysteme. Dazu würde eine technologisch mögliche Reorganisation der Arbeitsprozesse beitragen, die ermöglichte, was sich

¹⁷ Das räumt Mariana Mazzucato durchaus ein. Vgl. dies., *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*, Frankfurt/M.–New York 2018, S. 269.

¹⁸ Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker, *Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit. Naturkapitalismus und die neue Aufklärung*, in: Benjamin Görgen/Björn Wendt (Hrsg.), *Sozialökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, München 2020, S. 81–95.

¹⁹ Mark Fisher bezeichnet damit eine Grundhaltung, den Untergang der Menschheit eher in Kauf zu nehmen als ein Ende des Kapitalismus anzustreben. Vgl. Mark Fisher, *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?*, Hamburg 2020.

²⁰ Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, München 2011, S. 129.

²¹ Vgl. Silke Helfrich, *Commons. Für eine Neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld 2014.

²² Vgl. Pat Divine, *Planning for Freedom*, in: Michael Brie/Claus Thomasberger (Hrsg.), *Karl Polanyi's Vision of a Socialist Transformation*, Montréal 2018, S. 209–220.

²³ Vgl. Klaus Dörre, *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin 2021, S. 140 ff., S. 165.

Thomas Morus bereits für seine Insel Utopia wünschte: eine kurze Vollzeiterwerbsarbeit für alle, die große Freiräume für die Ausübung anderer Tätigkeiten schafft.²⁴

SCHLUSSBEMERKUNG

Alle Demokratisierungsstrategien zeichnen sich durch etwas aus, was dem „kapitalistischen Realismus“ fehlt: den Mut, über scheinbar unveränderbare Systemgrenzen hinauszublicken, um die Zukunft mit utopischem Überschuss und positiven Visionen anzugehen. Auch diese Strategien sehen sich indes mit einem strukturellen Widerspruch konfrontiert, erfordern sie doch in der einen oder anderen Weise eine radikale Überwindung bestehender Machtverhältnisse. Weil das, wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze betont, schon wegen der Corona-Pandemie und ihrer sozialen Folgen derzeit völlig unwahrscheinlich erscheint²⁵ und die Zeitfenster für Veränderungen schrumpfen, kommen auch Demokratisierungsstrategien nicht umhin, Einfluss auf das derzeit dominante Krisenmanagement zu nehmen.

Um es klar zu sagen: Keine der skizzierten politischen Optionen kann für sich genommen den Weg in eine nachhaltige Gesellschaft bahnen. Es kommt auf die Mischungsverhältnisse an, die transformative Politiken beinhalten. Bei der Erprobung solcher Strategien ist angesichts einer ungewissen Zukunft Experimentierfreudigkeit dringend geboten. Die Journalistin Naomi Klein hat das Grundprinzip radikaler Realpolitik treffend auf den Punkt gebracht. Einerseits hegt sie keinen Zweifel, dass „der Kapitalismus, nicht die ‚menschliche Natur‘“ uns „die historische Chance im Kampf gegen den Klimawandel verbaut“²⁶ haben. Andererseits vermeidet sie abstrakte Debatten über die Unmöglichkeit systemkonformer Nachhaltigkeit. Im Sinne eines radikalen Pragmatismus plädiert sie eindringlich dafür, den Kapital-

ismus und seine Eliten immer wieder auf die Probe zu stellen. Dazu gehört, genau zu inspizieren, was sich hinter den diversen politischen Angeboten eines Green New Deal genau verbirgt.

In Deutschland, Europa und auch weltweit mangelt es nicht an Konzeptionen, die versprechen, soziale mit ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Sie alle beanspruchen, die längst im Gange befindliche große gesellschaftliche Transformation als Sprungbrett für den Übergang zu besseren, nachhaltigen Gesellschaften zu nutzen. Ob dergleichen gelingen kann, ist ungewiss. Gegenwärtig besitzen autoritäre Antworten auf die Zangenkrise eine beträchtliche Attraktivität. Ob sich Gegenentwürfe durchsetzen, wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, Konflikte um die sozial-ökologische Transformation innerhalb eines demokratischen Rahmens und einer halbwegs zivilen Staatengemeinschaft auszutragen. Auf der Mikroebene findet sich beides. Wir beobachten die Verselbstständigung von ökologischer und sozialer Konfliktachse in den Braunkohlerevieren wie der Lausitz samt entsprechenden Lagerbildungen. Wir sehen aber auch, wie Aktive aus Klimabewegungen Solidaritätskomitees bilden, um die Gewerkschaft bei der Tarifrunde im Öffentlichen Personennahverkehr zu unterstützen, während ver.di diese Auseinandersetzung bewusst als einen Beitrag zum Klimaschutz anlegt.²⁷ Immerhin gibt es also zarte Pflänzchen für neue Allianzen, die Hoffnung machen können. Mehr und Besseres lässt sich zum Stand der sozial-ökologischen Transformation derzeit wohl nicht sagen. Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie dürfte daher künftig noch an Stärke gewinnen. Damit wird der Krisenmodus noch nicht zur normalen „Integrationsform“ einer nächsten Gesellschaft. Nur Krisenrobustheit ist zukunftsfruchtig. Deshalb werden nicht Märkte, sondern nachhaltige Solidarität und Kooperation die wichtigsten Triebkräfte des Neuen sein. Je rascher sich diese Einsicht verbreitet, desto größer ist die Chance, dass die kommende Gesellschaft eine bessere sein wird.

²⁴ Vgl. Thomas Morus, *Utopia*, Stuttgart 1980 [1516], S. 28f.

²⁵ Vgl. Adam Tooze, *Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen*, München 2021, S. 20f.

²⁶ Naomi Klein, *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann*, Hamburg 2019, S. 273.

²⁷ Vgl. Julia Kaiser, #Wir fahren zusammen. Die Allianz von Fridays for Future und ver.di im Bereich Nahverkehr als Exempel ökologischer Klassenpolitik, in: Klaus Dörre et al. (Hrsg.), *Abschied von Kohle und Auto? Sozialökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt/M. 2020, S. 267–283.

KLAUS DÖRRE

ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und war geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“. klaus.doerre@uni-jena.de

IMPROVISIEREND DURCH DIE KRISE: DER NEW DEAL

Kiran Klaus Patel

Einmal mehr ist der New Deal in aller Munde. Mit vielen Maßnahmen bezieht sich die US-Regierung unter Joe Biden gegenwärtig auf die Reformpolitik seines demokratischen Vorgängers Franklin D. Roosevelt aus den 1930er Jahren. Aber auch die EU hat sich einem Green Deal verschrieben; darüber hinaus macht dieses Stichwort in Großbritannien, Australien, aber zum Beispiel auch in Südkorea die Runde. Offensichtlich entspricht es dem heutigen Zeitgeist, eine der symbolkräftigsten politischen Phasen des 20. Jahrhunderts als mobilisierende Kraft für Gegenwart und Zukunft heraufzubeschwören.

Was aber war der New Deal? Im Wesentlichen verbirgt sich dahinter eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformmaßnahmen im ersten Jahrfünft der Präsidentschaft Roosevelts, der die USA insgesamt von 1933 bis 1945 regierte. Von seinem Amtsantritt bis ungefähr 1937/38 versuchte Roosevelt unter dem Stichwort des „New Deal“ mit seiner Entourage, jene Doppelkrise von Kapitalismus und Demokratie in den Griff zu bekommen, welche die USA damals tief erschütterte.⁰¹

EIN LAND AM ABGRUND

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise hatte in den Vereinigten Staaten nicht nur ihren Ausgangspunkt; sie traf das Land auch mit besonderer Wucht: 1932 war rund ein Viertel aller Erwerbsfähigen arbeitslos; zwischen 1929 und Ende 1932 verloren die im Dow-Jones-Index gelisteten Aktien knapp 90 Prozent ihres Wertes. In den Tagen vor Roosevelts Amtsantritt im März 1933 stand außerdem das Bankensystem kurz vor der Kernschmelze. Viele hielten den Kapitalismus für gescheitert – die wenige Jahre zuvor ausgerufenen Phase der Prosperität kam den Menschen wie eine entfernte Vergangenheit vor.⁰²

Gleichzeitig schien das politische System unfähig, angemessen auf die Krise zu reagieren. Das Hauptrezept bestand darin, auf die „Selbst-

heilungskräfte des Marktes“ zu setzen und dem Staat einen Sparkurs zu verordnen. Im Ergebnis verschlechterte sich die Lage dadurch nur noch. Wie auch in anderen Teilen der Welt fragten sich deswegen viele Menschen in Amerika, ob nicht die radikalen Alternativen am rechten und am linken Rand des politischen Spektrums der Demokratie überlegen seien – immerhin schienen Gesellschaften wie die Sowjetunion oder bald auch das nationalsozialistische Deutschland die Krise besser zu meistern. So stellte etwa der amerikanische Ökonom Stuart Chase in einer Mischung aus Resignation über die eigene Lage und Bewunderung globaler Trends die Frage: „Warum sollte man den Russen den ganzen Spaß dabei überlassen, die Welt zu verändern?“⁰³ Die Forschung hat jedes positive Bild von der angeblichen Überlegenheit der Diktaturen längst widerlegt; zeitgenössisch hatte es durchaus Strahlkraft.

Ein Symbol für die Trägheit der politischen Ordnung in Amerika war die verordnete Übergangszeit zwischen der Präsidentschaftswahl im November 1932 und Roosevelts Amtsantritt im März des Folgejahrs: Im Zeitalter der Postkutsche, aus dem die Regelung stammte, war es sinnvoll gewesen, eine mehrmonatige Transitionsphase bei einem Amtswechsel einzubauen. Dadurch erhielt ein künftiger Präsident Zeit, seine Geschäfte zu Hause abzuschließen und in die Hauptstadt überzusiedeln, selbst wenn er aus einem entfernten Teil des Landes kam. Im Krisenwinter 1932/33, als Eisenbahnen, Autos und ansatzweise sogar Flugzeuge längst für ein höheres Lebenstempo gesorgt hatten, versinnbildlichte die Bestimmung dagegen nur, wie viel sich schnellstens ändern musste.

Die Krise der bisherigen Ordnung zeigte sich bereits am Wahlabend. Denn als Roosevelt in jenem Herbst einen Erdrutschwahlsieg für die Demokraten sicherte, war dies vor allem eines: eine krachende Absage an den bisherigen Präsidenten Herbert Hoover von den Republikanern. Der demokratische Herausforderer war mit kei-

nem klaren Programm in den Wahlkampf gezogen. Während er sich in jenen Monaten eindeutig zur Demokratie bekannte, ließ er eindeutige Antworten in Bezug auf die Art, wie er die drängenden ökonomischen Probleme bekämpfen wollte, vermissen. Roosevelt widersprach sich sogar gelegentlich selbst – plädierte er in der einen Rede für mehr staatliche Eingriffe, warf er in einer anderen dem bisherigen Amtsinhaber Hoover vor, zu viel bundesstaatliche Kontrolle eingeführt zu haben. Der Staat sollte aktiver werden, zugleich aber sparen. Für den einflussreichen Journalisten Walter Lippmann stand fest, dass Roosevelt eine „überaus beeinflussbare Person“ sei, „ohne klares Verständnis der öffentlichen Angelegenheiten und ohne besonders starke Überzeugungen“.⁰⁴

Selbst der Begriff „New Deal“ war im Wesentlichen ein Produkt des Zufalls. In der Rede, mit der Roosevelt im Juli 1932 seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten annahm, versprach er, die Karten für das amerikanische Volk neu zu mischen – „a new deal for the American people“.⁰⁵ Er selbst und sein Team maßen dieser Formulierung keine große Bedeutung bei. Es war die Presse, die auf der Suche nach einer Schlagzeile die Formel aufgriff und sie mit Roosevelt und seinem Programm verband. Bald darauf machte sich das Wahlkampfteam den Begriff zu eigen. Dennoch war damals mitnichten abzusehen, dass sich noch rund ein Jahrhundert später Menschen auf der ganzen Welt auf den New Deal beziehen würden.

UNORTHODOXE IMPROVISATION

Trotz – und teilweise gerade wegen – dieser Unbestimmtheit veränderte der New Deal die USA grundsätzlich. Als Präsident betonte Roosevelt immer wieder, keine vorgefertigten Antworten bereit zu haben. Bereits in einer Wahlkampfrede

im Mai 1932 hatte er unterstrichen, dass es ihm vor allem um mutige Experimente zur Überwindung der Krise ginge; dass er sich nicht an bisherige Glaubenssätze halten wolle.⁰⁶ Trotz gewisser Ambivalenzen trat er letztlich für eine aktive Rolle des Staates ein, wiewohl die damalige wirtschaftspolitische Mehrheitsmeinung diesen Ansatz als kostspielig, ungerecht und krisenverschärfend kritisierte. Von solchen Orthodoxien ließ Roosevelt sich nicht allzu sehr beeindrucken; Pragmatismus und Tempo standen fortan im Vordergrund. In seiner Antrittserklärung sprach er davon, dass man nichts als die Furcht selbst zu fürchten habe,⁰⁷ und legendär wurden bald jene Sitzungen, in denen er Mitglieder seines Teams mit eigentlich unvereinbaren Positionen so lange tagen ließ, bis sie sich zumindest auf einen Formelkompromiss geeinigt hatten.

Angeichts der tiefen Krise konnten die New Dealer mit diesem Ansatz ein umfangreiches Paket von Reformen in die Welt setzen. Bereits die ersten 100 Tage im Amt – seit der Zeit Roosevelts sind die „first hundred days“ ein geflügelter Begriff und Gradmesser für Erfolg in der amerikanischen Politik – brachten eine Fülle von Maßnahmen mit sich. Die erste Initiative der New Dealer, mit der sie der Bankenpanik im März 1933 Einhalt gebieten wollten, schrieb sogar Parlamentsgeschichte. Fünf Tage nach Roosevelts Amtsantritt wurde das einzige Exemplar, das es von der entsprechenden Gesetzesvorlage gab, im Kongress verlesen. Die Debatte darüber war auf 40 Minuten beschränkt, woraufhin das Repräsentantenhaus das Gesetz einstimmig verabschiedete. Rund vier Stunden danach ging der Senat denselben Schritt und noch am selben Tag unterschrieb Roosevelt das Gesetz, das der Bundesebene weitreichende Kompetenzen übertrug, die unter anderem die Rolle des Staates in der Bankenregulierung stärkten. Tatsächlich gelang es so, die akute Bankenkrise zu überwinden und das Vertrauen in das amerikanische Finanzsystem zumindest ansatzweise wiederherzustellen.

Viele weitere wichtige Vorhaben folgten in atemberaubendem Tempo, etwa ein weitgefasstes Gesetz zur Stabilisierung der Landwirtschaft und umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Erwerbslosen eine neue Perspektive boten.

⁰¹ Vgl. aus der Fülle der vorhandenen Literatur Eric Rauchway, *Why the New Deal Matters*, New Haven 2021; Jason Scott Smith, *A Concise History of the New Deal*, Cambridge 2014; William D. Pederson (Hrsg.), *A Companion to Franklin D. Roosevelt*, Malden 2011.

⁰² Vgl. z. B. John Kenneth Galbraith, *The Great Crash 1929*, Boston 1997.

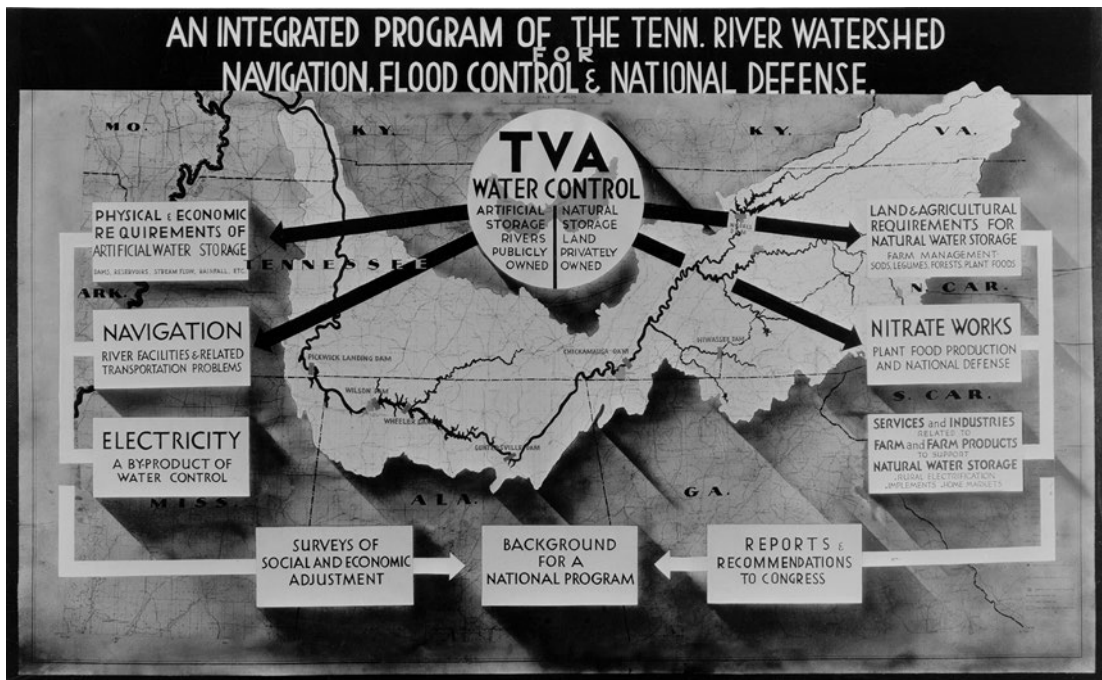
⁰³ Stuart Chase, *A New Deal*, New York 1932, S. 252.

⁰⁴ Walter Lippmann, *Interpretations, 1931–1932*, New York 1932, S. 261.

⁰⁵ Franklin D. Roosevelt, *Acceptance Address*, in: Samuel I. Rosenman (Hrsg.), *Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 1, New York 1938, S. 659.

⁰⁶ Vgl. Roosevelt, *Address at Oglethorpe University*, in: Rosenman (Anm. 5), S. 646.

⁰⁷ Vgl. Roosevelt, *First Inaugural Address*, in: Rosenman (Anm. 5), S. 11–16.



Karte der Tennessee Valley Authority (TVA) zur Planung von Staudämmen zur Flutkontrolle, Energieerzeugung und Landbewässerung, ca. 1940.

© picture alliance/Everett Collection

Die Tennessee Valley Authority (TVA) war ein riesiges Regionalprojekt im bitterarmen Süden des Landes, das unter anderem der Stromerzeugung diente. Die mächtigen Staudämme der TVA sollten das Land aber nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial entwickeln und der massiven sozialen Ungleichheit in der Region entgegenwirken. Direkt nach Abschluss der ersten 100 Tage im Amt folgte mit dem National Industrial Recovery Act ein weiteres Großprojekt, das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Infrastrukturbereich ebenso beinhaltete wie staatliche Eingriffe in die gewerbliche Wirtschaft.

Auch die Folgejahre sahen wichtige Initiativen, unter anderem den Social Security Act von 1935, der erstmals ein Sozialversicherungssystem auf nationaler Ebene schuf. Während damals die Alters- und die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund standen, scheiterte das Projekt einer öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung – eine klaffende Lücke, die erst 2010 unter Präsident Barack Obama weitgehend geschlossen wurde, aber weiterhin höchst umstritten ist.

Nicht alles am frühen New Deal war neu. Über viele dieser Vorhaben hatte man auf der Ebene von

Einzelstaaten oder dem Bund bereits seit Langem diskutiert; ab 1933 ergab sich durch den Problemdruck und den Regierungswechsel ein Zeitfenster, um sie zu verwirklichen. Einem verbindlichen wirtschaftspolitischen Ansatz zeigten sich die verschiedenen Projekte jedoch nicht verpflichtet.

INTERVENTION UND ABSCHIRMUNG

Überblickt man die vielen Dutzend Programme und Behörden, die neu geschaffen wurden, schält sich dennoch eine Richtung heraus: Im Zentrum stand die Absicht, die amerikanische Bevölkerung stärker als bisher vor den Unwägbarkeiten der modernen Welt zu schützen. Dazu setzten die New Dealer auf eine Vielzahl teilweise widersprüchlicher Instrumente. Auf übergreifender Ebene bauten sie jedoch vor allem auf zweierlei: Staatsinterventionismus und die Abschirmung vor globalen Risiken.⁰⁸

Staatsinterventionismus meinte, dass über eine Vielzahl von Programmen der Staat eine grö-

⁰⁸ Vgl. dazu Kiran Klaus Patel, *The New Deal. A Global History*, Princeton 2016.



So wird's gemacht: Demonstrationsacker der TVA zur Förderung von chemischen Düngemitteln in der Landwirtschaft, 1937.

© picture alliance/Everett Collection

ßere Verantwortung übernahm. Durch den New Deal wurden im föderalen System der USA zwar auch die Einzelstaaten gestärkt; vor allem aber gewann die Bundesebene neue Kompetenzen hinzu. Vor dem New Deal waren nationale Instanzen, zumindest in Friedenszeiten, im Leben der meisten Amerikanerinnen und Amerikaner fast nur in Form des Postamts präsent gewesen; davon abgesehen blieb „Washington“ bis 1933 weitgehend unwichtig. Das änderte sich nun grundlegend. Wer 1934 sein Feierabendbier im Freundeskreis in der Kneipe trank oder sich in der Nachbarschaft oder der Familie traf, kam kaum umhin, über eines der zahllosen neuen Programme zu sprechen – über die Blaue-Adler-Kampagne von Roosevelts Industriepolitik, die unter anderem Mindestlöhne durchsetzte; über die vielen neu gebauten Straßen; über die Siedlungsprojekte oder die Expertinnen und Experten, die nun Landwirte in den entlegensten Ecken des Landes mit besseren Anbautechniken vertraut machen sollten. Der

Staat und seine Maßnahmen drangen so ganz in die Fläche der USA vor. Während in den meisten europäischen Gesellschaften Staat und Verwaltung bereits lange zuvor eine große Rolle im Alltag gespielt hatten, änderte dies für die Vereinigten Staaten erst der New Deal.⁰⁹

Roosevelts Reformpolitik gab den Menschen so das Gefühl, dass „die da oben“ sich um sie kümmerten; dass man nicht hilflos der Wirtschaftskrise ausgesetzt war. Statt Resignation herrschte vielerorts bald Aufbruchstimmung. Dabei kamen keineswegs alle Maßnahmen einfach aus Washington oder von einer anderen staatlichen Instanz. Der New Deal zielte zum Beispiel auch darauf, die Gewerkschaften zu stärken und die Gesellschaft als Ganzes zu mobilisieren. Diese Aktivierung zivilgesellschaftlicher Kräfte verlieh

⁰⁹ Vgl. etwa Gary Gerstle, *Liberty and Coercion. The Paradox of American Government from the Founding to the Present*, Princeton 2015.

dem New Deal zusätzliche Schubkraft und hilft zu erklären, warum das Wertegefüge jener Jahre und die sogenannte New Deal Order dem Land für Jahrzehnte ihren Stempel aufsetzen konnten.¹⁰

Die zweite Dimension, die Abschirmung, war eine Reaktion auf Globalisierungskrisen. Denn der New Deal fiel in eine Zeit, in der die Welt bereits stark vernetzt war und ökonomische und andere Krisen leicht von einem Land ins nächste übersprangen. Wenngleich der Ausgangspunkt der Weltwirtschaftskrise in Amerika selbst gelegen hatte, setzte die Bundesadministration unter Roosevelt nun darauf, das Land unabhängiger von globalen Kräften zu machen. Der aktive Staat des New Deal förderte deswegen nicht die internationale Kooperation, sondern stellte die eigene Nation an die vorderste Stelle. Das wog umso schwerer, da sich die USA damals bereits zur führenden westlichen Industriemacht entwickelt hatten. Wenn sie nicht auf multilaterale Zusammenarbeit bauten, dann hatte das Folgen für die ganze Welt. Die ohnehin harschen Einwanderungsgesetze wurden weiter verschärft. Die Währungspolitik, die damals aufgrund des sogenannten Goldstandards einen wichtigen Hebel internationaler Kooperation hätte bilden können, wurde ganz an nationalen Prioritäten ausgerichtet. Symbolträchtig erteilte Roosevelt im Sommer 1933 auf einer großen Wirtschaftskonferenz in London der länderübergreifenden Zusammenarbeit eine Absage. Grundsätzlich fühlte sich Roosevelt durchaus dem Internationalismus verpflichtet; angesichts der Weltwirtschaftskrise setzte er jedoch darauf, zunächst die Probleme im eigenen Land zu lösen.¹¹

Der Ansatz unilateraler Abschirmung, der den New Deal prägte, ist heute in der Erinnerung an das Amerika der Zwischenkriegszeit in den Hintergrund getreten. Er wird überlagert von dem internationalistisch-multilateralen Kurs, den Roosevelt allerdings erst in den Kriegsjahren einschlug und der in den Aufbau von Organisationen wie den Vereinten Nationen mündete. Auf dieser Ebene verschwimmen heute die Geschichtsbilder – und genau dies lässt den New Deal in umso hellerem Licht erstrahlen.¹²

Sicherheit durch Abschirmung übersetzte sich in dieser Zeit zugleich nicht in einen drastischen Ausbau der militärischen Kapazitäten. Vielmehr blieb der Staat des New Deal auffallend zivil und unterschied sich grundsätzlich von jenem gewaltigen Waffenarsenal und den riesigen Streitkräften, welche die USA wenige Jahre später im Zweiten Weltkrieg mobilisierten und die das Gesicht des Landes seitdem prägen.¹³

Der New Deal stand jedoch nicht nur für neue Inhalte, sondern auch für einen anderen Politikstil und eine neue politische Kultur. Roosevelt und sein Team setzten die einzelnen Programme sorgfältig als Neuanfang in Szene. Das begann schon mit seinem Amtsantritt: Sein Vorgänger Hoover hatte dem künftigen Präsidenten in der Übergangszeit die Zusammenarbeit angeboten. Roosevelt lehnte dies ab, um seinen Einstieg als radikalen Bruch inszenieren zu können. Oder, als weiteres Beispiel: Im Amt nutzte er das damals noch junge Radio als Mittel, um in neuartiger Weise direkt mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Wenn der Mann aus der Ostküsten-Oberschicht mit gebildetem Akzent in seinen berühmt gewordenen Radiobotschaften auf einen bewusst einfachen Wortschatz setzte und seine Zuhörerschaft als „my fellow Americans“ oder als „meine Freunde“ ansprach, versuchte er, ein neues Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Die vielen Zuschriften, die das Weiße Haus als Reaktion erreichten, verdeutlichen den Erfolg dieser Bemühungen.¹⁴ Paraden, Symbole und vieles mehr sollten ebenfalls Aufbruch und nationales Selbstvertrauen vermitteln.

KRITIK AM NEW DEAL

Trotz des neuen Gefühls von Optimismus und Gemeinschaft, für das der New Deal steht, war Roosevelts Politik schon zu seiner Zeit hoch kontrovers. Politisch konnte er zwar stets auf solide Mehrheiten bauen. Rund 40 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner lehnten jedoch die Politik des New Deal mit ihren Versprechungen ab. In die 1930er Jahre fallen die Anfänge einer marktli-

¹⁰ Vgl. dazu zuletzt Gary Gerstle/Nelson Lichtenstein/Alice O'Connor (Hrsg.), *Beyond the New Deal Order. U.S. Politics from the Great Depression to the Great Recession*, Philadelphia 2019.

¹¹ Vgl. Patricia Clavin, *The Failure of Economic Diplomacy: Britain, Germany, France and the United States, 1931–36*, New York 1996.

¹² Vgl. Patel (Anm. 8), S. 121–189.

¹³ Vgl. Maury Klein, *A Call to Arms. Mobilizing America for World War II*, New York 2013; James T. Sparrow, *Warfare State. World War II Americans and the Age of Big Government*, Oxford 2011.

¹⁴ Vgl. Lawrence W. Levine/Cornelia R. Levine, *The Fireside Conversations. America Responds to FDR During the Great Depression*, Berkeley 2010.

beralen Rechten, die sich in Opposition zum New Deal formierte und in späteren Jahrzehnten den Kurs von Ronald Reagan und anderen Spitzenpolitikerinnen und -politikern prägen sollte. Allgemein nahm die politische Polarisierung spürbar zu; das jeweilige politische Gegenlager sah sich häufig als „Ratten“ oder „Ungeziefer“ verunglimpft.¹⁵ Vorwürfe an Roosevelts Regierung, sie sei faschistisch oder sozialistisch – oder beides zugleich – machten in Kreisen des Establishments die Runde. Besonders in seinen ersten Amtsjahren befeuerte auch der Präsident selbst die Spaltung der Gesellschaft. Er spickte seine Reden mit einer Mischung aus alttestamentarischem Grimm und antikapitalistischer Rhetorik, die Wirtschaftskreise verschrecken musste. Seine Worte entsprachen jedoch nicht seinen Taten; im Ergebnis rettete seine Politik das kapitalistische Wirtschaftssystem und zielte keineswegs auf dessen Überwindung.¹⁶

Zudem mussten die New Dealer eine ganze Reihe von Niederlagen einstecken. Die Hauptsäulen des frühen New Deal kassierte der Supreme Court als Oberstes Gericht der USA in spektakulären Urteilen im Mai 1935 und im Januar 1936. Die Agrar- und die Industriepolitik des New Deal ermöglichten umfangreiche (bundes-) staatliche Eingriffe in die beiden Sektoren und wurden aus diesem Grund vom Obersten Gericht als verfassungswidrig erklärt. Noch berühmter ist Roosevelts Scheitern bei dem Versuch, den Einfluss des Supreme Court spürbar zu beschneiden. 1937 schlug er vor, die Zahl der Bundesrichter zu erhöhen – was ihm erlaubt hätte, die seiner Politik gegenüber kritische Mehrheit zu kippen. Dieses Projekt wurde von dem fraglichen Gericht als verfassungswidrig eingestuft. So sehr es dem New Deal gelang, die gesellschaftspolitische und ökonomische Ordnung auf eine neue Basis zu stellen, sollte man die Grenzen der Veränderungen nicht übersehen. Das erklärt auch, warum der Reformimpuls ab 1937/38 deutlich nachließ.¹⁷

Kritisch lässt sich zudem anmerken, dass die Effekte des New Deal ungleich wirkten. Am

meisten profitierten von ihm weiße, männliche Industriearbeiter und die weiße Mittelschicht. Teilweise spiegelten sich darin die Prioritäten von Roosevelt und seinem Beraterstab wider; teilweise war diese Unwucht der Wählerbasis geschuldet und insbesondere den Konzessionen, die die New Dealer an einflussreiche rassistische Politiker in den Südstaaten machen mussten, um ihre Reformen durch den Kongress zu bekommen.¹⁸

Trotz der Bevorzugung gewisser Gruppen sollte man nicht übersehen, dass sich zum Beispiel auch die Lage der afroamerikanischen und anderer Minderheiten verbesserte. Ihnen standen etwa viele der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Arbeitslose offen, und die Programme verpflichteten sich darauf, niemanden aufgrund der Hautfarbe zu diskriminieren. Da die Umsetzung oft in lokaler Hand lag, blieben solche Formulierungen allerdings gerade in den Südstaaten oft leere Buchstaben. Allerdings gab es nun zumindest gewisse Hilfen, und die Gesetze boten zusätzliche Ansatzpunkte, um gegen rassistische Praktiken vorzugehen. Für Frauen ergaben sich ebenfalls neue Perspektiven. Erstmals saß mit Frances Perkins eine Frau am Kabinetttisch, die zudem zu Roosevelts engstem Kreis gehörte und als Arbeitsministerin eine der wichtigsten Positionen in der Bundesadministration bekleidete.¹⁹ Auch Roosevelts Frau Eleanor setzte dem New Deal ihren Stempel auf und kämpfte – mehr noch als ihr Mann – für die Rechte von Minderheiten. Sie bezeichnete Mary McLeod Bethune, eine afroamerikanische Bürgerrechtsaktivistin, als ihre engste Freundin in ihrer Altersgruppe; gemeinsam kämpften sie gegen den nicht nur in den Südstaaten grassierenden Rassismus.²⁰ Insgesamt brachte der New Deal für die männliche Mehrheitsbevölkerung, aber auch für Frauen und Angehörige von Minderheiten, gewisse Verbesserungen; Roosevelts Regierung hinterließ zugleich jedoch viele ungelöste Probleme. Am Anspruch einer inklusiven Gesellschaft scheiterte der New Deal. Das entsprach aber letztlich seinem Ansatz, der immer der schrittweisen Veränderung viel stärker verpflichtet blieb als der Radikalreform.

¹⁵ Vgl. Kiran Klaus Patel, *America as an Alternative to European Radicalism? The United States and the Transnational Rise of the Right*, in: Marco Bresciani (Hrsg.), *Conservatives and Right Radicals in Interwar Europe*, London 2021, S. 300–316.

¹⁶ Vgl. Ronald Isetti, *The Moneychangers of the Temple. FDR, American Civil Religion, and the New Deal*, in: *Presidential Studies Quarterly* 26/1996, S. 678–693.

¹⁷ Vgl. Alan Brinkley, *The End of Reform. New Deal Liberalism in Recession and War*, New York 1995.

¹⁸ Vgl. v. a. Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York 2013.

¹⁹ Vgl. etwa Kirstin Downey, *The Woman Behind the New Deal. The Life and Legacy of Frances Perkins*, New York 2009.

²⁰ Vgl. etwa Jill Watts, *The Black Cabinet. The Untold Story of African Americans and Politics During the Age of Roosevelt*, New York 2020.

DIE USA, WIE WIR SIE KENNEN

Für den New Deal charakteristisch war auch sein Blick auf die ihn umgebende Welt. Sein Ausgangspunkt war eher defensiv und nicht von einer amerikanischen Mission für die Welt getragen. Der Ansatz nach 1933 bestand darin, eigene Defizite auszugleichen und zu anderen Gesellschaften aufzuschließen. Barbara Nachtrieb Armstrong, eine der führenden Expertinnen für soziale Sicherungssysteme, beklagte zum Beispiel 1932 die „Rückständigkeit der Vereinigten Staaten“ in diesem Bereich und unterstrich, dass viele Gesellschaften sehr viel fortschrittlicher seien.²¹ Nicht nur bei der Alters- und Arbeitslosenversorgung übersetzte sich die Diagnose eines Defizits schnell in ein Handlungspostulat: Auch in Amerika sollte sich etwas ändern. Armstrong, eine der ersten Professorinnen an der Universität von Kalifornien in Berkeley, arbeitete zeitweise direkt für die Regierung in Washington, und allgemein strömten nunmehr viele der brilliantesten Köpfe in die Hauptstadt oder begannen andernorts für den Staat zu arbeiten. In einem Land, in dem Wirtschaft und Zivilgesellschaft normalerweise den Takt vorgaben, war diese Entwicklung durchaus bemerkenswert.

Bei dem Ansatz, vor allem über den Bundesstaat und eine Vielzahl neu geschaffener Behörden das Land auf einen neuen Kurs zu bringen, richtete nicht nur Armstrong den Blick über nationale Grenzen hinaus. Im New Deal spielte die Dimension, sich von der Erfahrung anderer Gesellschaften inspirieren zu lassen, eine größere Rolle als in fast allen Phasen in der Geschichte der USA. Amerikanische Expertinnen und Experten untersuchten den sozialen Wohnungsbau in England, das Genossenschaftswesen in Schweden und den Arbeitsdienst in der Schweiz. Außerdem luden Roosevelt und die New Dealer einige der führenden Köpfe der Welt zu sich ein, um von ihnen zu lernen: Der britische Ökonom John Maynard Keynes und der französische Sozialpolitiker Adrien Tixier sind lediglich zwei von vielen Beispielen. Selbst die Agrarpolitik der Sowjetunion, der Korporatismus im faschistischen

Italien und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Deutschland studierten die New Dealer eingehend. Dabei ging es nie darum, diktatorische Maßnahmen zu übernehmen; auf einer technischen Ebene glaubte man jedoch sehr wohl, von der Politik anderer Staaten lernen zu können.²²

Durch seine vielen Reformmaßnahmen gelang es dem New Deal nicht, die Wirtschaftskrise gänzlich zu überwinden – dies schafften die USA erst einige Jahre später durch die rüstungsbedingte Sonderkonjunktur während des Zweiten Weltkriegs. Die verschiedenen Initiativen reichten jedoch aus, um das politische und das ökonomische System zu stabilisieren: So schuf der New Deal einen Nationalstaat, der trotz aller Rückschläge und Defizite Riesiges leistete. In einer Zeit, in der die Demokratie weltweit in die schwerste Krise ihrer Geschichte geraten war, bewiesen die Vereinigten Staaten unter Roosevelts Führung ihre Reformfähigkeit und förderten die enormen ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Potenziale, die demokratische Ordnungen entfesseln können. Paradoxiertweise entstand so gerade durch den intensiven Austausch mit Wissensbeständen, Praktiken und Personen aus anderen Weltgegenden eine spezifisch amerikanische Antwort auf die globale Doppelkrise von Demokratie und Kapitalismus. Der New Deal legte dem Kapitalismus Zügel an und rettete ihn just dadurch. Roosevelts Politik steht dafür, sich aus einer tiefen Krise durch Mut, Optimismus und Zusammenarbeit zu befreien. In einer Zeit, in der die Sowjetunion sowie rechtsautoritäre und faschistische Regime global das Geschehen zu beherrschen schienen, war es vor allem der New Deal, der das Ansehen demokratischer Ordnungen wiederherzustellen half. Statt sich weiterhin auf die Suche nach erfolgreichen Ansätzen andernorts zu begeben, sah man sich selbst bereits am Ende der Dekade als Vorbild, von dem andere Länder lernen könnten. Der New Deal schuf so einen wesentlichen Teil der gesellschaftlichen und innenpolitischen Voraussetzungen, aufgrund derer sich die Vereinigten Staaten in den 1940er Jahren zur globalen Supermacht aufschwangen.

KIRAN KLAUS PATEL

ist Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

patel@lmu.de

²¹ Vgl. Barbara Nachtrieb Armstrong, *Insuring the Essentials. Minimal Wage, Plus Social Insurance – A Living Wage Program*, New York 1932, S. XIV.

²² Vgl. Patel (Anm. 8).

50 JAHRE „GRENZEN DES WACHSTUMS“

Von der Wachstums- zur Post-Wachstumsökonomie?

Thomas Döring

Die Veröffentlichung der Studie zu den „Grenzen des Wachstums“⁰¹ jährt sich 2022 zum 50. Mal. Der 1972 im Auftrag des Club of Rome erstellte Bericht ist ein Meilenstein der Analyse der ökonomischen, demografischen, technischen und ökologischen Zukunftsfolgen des bestehenden Weltwirtschaftssystems. Insbesondere in den westlichen Industrieländern trug die kritische Untersuchung des seinerzeit sowohl in markt- als auch in planwirtschaftlichen Systemen vorherrschenden Entwicklungsmodells kontinuierlichen Wirtschaftswachstums maßgeblich zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion um die weitreichenden Implikationen einer auf Wachstum programmierten globalen Wirtschaft unter den Rahmenbedingungen eines Planeten mit endlichen natürlichen Ressourcen bei. Kritik am Wachstumsparadigma gab es zwar schon (fast) so lange wie das Wirtschaftswachstum selbst.⁰² Doch lag die Besonderheit der Studie zum einen in der inhaltlichen Breite der durchgeführten Systemanalysen, mit denen bestehende ökologische wie sozioökonomische Entwicklungstrends eingehender untersucht wurden, um deren weit über den Handlungs- und Zeithorizont der Gegenwart hinausreichenden globalen Auswirkungen zu bestimmen. Zum anderen war die Nutzung von Computermodellen, mit denen auf Grundlage der verfügbaren Daten unterschiedliche Entwicklungsszenarien der Weltwirtschaft simuliert wurden, zur damaligen Zeit ein methodisches Novum.

Die Studie von 1972 war ebenso wie ihre späteren Aktualisierungen ein Wegbereiter für die wachstumskritischen Beiträge der jüngeren Vergangenheit. Unter den Ansätzen, die wie „Post-Growth“, „De-Growth“ oder „Green Growth“ die aktuelle Diskussion bestimmen, wird die Kritik am Wachstum jedoch nicht bloß reproduziert, sondern vielmehr um zusätzliche Perspektiven auf die weltweiten Folgewirkungen wie beispielsweise Klimawandel, Artensterben, soziale Ungleichheit oder auch Arbeitslosigkeit erweitert.⁰³

Auch werden aus heutiger Sicht die Grenzen des Wachstums nicht mehr vorrangig in sich erschöpfenden Rohstoffvorräten gesehen, sondern vor allem als planetare Belastungsgrenzen (*planetary boundaries*) verstanden, bei deren Überschreiten die ökologische Funktionsweise des Planeten in Gefahr gerät.⁰⁴ Aufgrund der mittlerweile erreichten Eingriffsintensität in die natürlichen Regelkreisläufe gelten diese Grenzen in den drei Bereichen Biodiversität, Stickstoffkreislauf und Klima bereits als überschritten, was die natürliche Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu untergraben droht. Allein die globalen Folgen des Klimawandels und des Verlustes an biologischer Vielfalt werden vom Umweltbundesamt für das Jahr 2050 auf rund 25 Prozent des weltweiten BIP geschätzt.⁰⁵

DIE STUDIE VON 1972

Die Studie beruhte auf einem computersimulierten Weltmodell, mit dessen Hilfe fünf grundlegende Entwicklungstendenzen mit globalen Wirkungen (Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Unterernährung, Rohstoffausbeutung, Zerstörung von Lebensraum) untersucht wurden. Dabei unterschieden sich die analysierten Szenarien durch die jeweiligen Annahmen zu Rohstoffvorräten, zur Produktionseffizienz in der Landwirtschaft oder auch zum Ausmaß von Geburtenkontrolle und Umweltschutz. Die meisten Simulationen ergaben ein zunächst unauffälliges Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum bis zum Jahr 2100 – im heutigen Sprachgebrauch würde man dies als einen Kipppunkt bezeichnen –, worauf eine rasche und nicht aufzuhaltende Verringerung der Bevölkerungszahl und der Industriekapazitäten in Verbindung mit einer irreversibel zerstörten Umwelt sowie weitgehend aufgebrauchten Rohstoffen folgte. Die Ursache für diesen Kollaps der Weltwirtschaft in den verschiedenen Szenarien des Zusammenbruchs wurde – nicht allein, aber vor

allem – in der Dynamik des zunächst unproblematischen, im weiteren Verlauf jedoch unter Umweltaspekten sich vermehrt negativ entwickelnden Wachstums gesehen.

Es konnten aber auch Szenarien errechnet werden, die durch ein langfristig tragfähiges ökologisches wie wirtschaftliches Gleichgewicht gekennzeichnet waren, unter dem sich sowohl die Weltbevölkerung als auch der Wohlstand konstant halten ließen. Als Voraussetzung hierfür wurden allerdings grundlegende Änderungen in den Wachstumsvoraussetzungen ermittelt, etwa sofortige durchgreifende Maßnahmen zum Umweltschutz, zur Geburtenkontrolle, zur Verringerung des Wirtschaftswachstums sowie verschiedene technologische Maßnahmen wie die Erhöhung der Recyclingrate, eine verlängerte Nutzung von Investitions- und sonstigen Kapitalgütern ebenso wie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität.

Um dem Problem einer in Teilen unzureichenden Datenlage entgegenzutreten, wurden zum einen Modellrechnungen unter der Annahme eines vielfach höheren Rohstoffbestands, als 1972 bekannt war, durchgeführt. Zum anderen kamen unterschiedliche Annahmen bezüglich der wirtschaftlichen Wachstumsrate zur Anwendung. Diese Modifikationen änderten jedoch nichts daran, dass in der überwiegenden Zahl der simulierten Szenarien die Rohstoffvorräte bereits vor dem Jahr 2100 zur Neige gingen und ein möglicher Gleichgewichtszustand – so die Prognose – nur unter dem schnellen Einsatz massiv gegensteuernder Maßnahmen erreichbar erschien.

01 Vgl. Dennis Meadows et al., *The Limits of Growth*, New York 1972.

02 Vgl. Ahmed Hussen, *Principles of Environmental Economics and Sustainability*, London 2018⁸, Kap. 10, mit Verweis auf die Überlegungen von Thomas Malthus (1766–1834) zu den natürlichen Grenzen von Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum.

03 Vgl. stellvertretend Jeroen C.J.M. Bergh/Giorgos Kallis, *Growth, A-Growth or Degrowth to Stay Within Planetary Boundaries?*, in: *Journal of Economic Issues* 4/2021, S. 909–919; Tim Jackson, *Prosperity Without Growth?*, London 2017².

04 Vgl. Johan Rockström et al., *Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space of Humanity*, in: *Ecology and Society* 2/2009, Art. 32; Jonathan Foley et al., *Boundaries for a Healthy Planet*, in: *Scientific American* 4/2010, S. 54–57.

05 Vgl. Umweltbundesamt, *Wirtschaft und Umwelt*, 24.8.2021, www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt. Legt man den aktuellen Wert (Stand: 2020) der globalen Wirtschaftsleistung in Höhe von 87,5 Billionen US-Dollar zugrunde, wären dies Umweltschäden im Umfang von rund 22 Billionen US-Dollar.

REAKTIONEN UND SPÄTERE FORTSCHREIBUNGEN

Die Studie zu den „Grenzen des Wachstums“ hat – nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Ölkrise von 1973 – merklich zu einem Umdenken in den Industrieländern in Richtung eines stärker qualitativen Wachstums beigetragen. Dieses Umdenken schlug sich nieder in technologischen Innovationen zugunsten erhöhter Energieeffizienz und in einer vermehrten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Nichtsdestotrotz waren die Ergebnisse der Untersuchung von Anfang an umstritten. Die Kritik reichte vom Vorwurf, dass die Möglichkeiten des technischen Fortschritts zur Lösung wachstumsbedingter Umweltprobleme aufgrund einer bloßen Fortschreibung bestehender Trends unterschätzt werden, über die mangelnde Nachvollziehbarkeit einer uneinheitlichen Verwendung von Wachstumsfunktionen für die zukünftige Entwicklung von Weltbevölkerung, Industriekapital, Umweltverschmutzung sowie Technologien zur effizienteren Ressourcennutzung bis hin zu der Ansicht, die Vorhersagen darüber, wann welche Rohstoffquellen im Betrachtungszeitraum versiegen, seien unbegründet.⁰⁶

Gegen diese Kritik kann allerdings zum einen ins Feld geführt werden, dass insbesondere die Technologiefrage ausführlich in der Untersuchung zu den „Grenzen des Wachstums“ behandelt wurde, um dabei allerdings zu dem Ergebnis zu gelangen, dass – zumindest innerhalb des gesetzten Modellrahmens – technische Lösungen allein, so weitreichend sie auch sein mögen, einen Systemkollaps nicht verhindern können. Zum anderen führten empirische Überprüfungen der in der Studie enthaltenen Entwicklungsprognosen – zunächst anhand von Daten für den Zeitraum 1970 bis 2000, später auch mit darüber hinausreichenden Daten – zu dem Ergebnis, dass die reale Entwicklung zumindest bislang weitgehend mit den Vorhersagen im Standardszenario übereinstimmt, welches einen Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems für die Mitte des 21. Jahrhunderts prognostiziert.⁰⁷ Zudem ge-

06 Vgl. Henry C. Wallich, *More on Growth*, in: *Newsweek*, 13.3.1972, S. 86; Julian L. Simon, *The Ultimate Resource*, Princeton, 1981; Ugo Bardi, *The Limits of Growth Revisited*, Heidelberg 2011.

07 Vgl. Graham Turner, *A Comparison of The Limits to Growth with Thirty Years of Reality*, in: *Global Environmental Change*, 3/2008, S. 397–411; Graham Turner, *Is Global Collapse Imminent?*, Melbourne Sustainable Society Institute, MSSSI Research Paper 4/2014.

langten die Fortschreibungen der ursprünglichen Studie, in denen die jeweils neuesten Daten und Erkenntnisse zu den zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen (so etwa zu Klimaeffekten durch Treibhausgase) mit aufgenommen wurden, zu ähnlichen Ergebnissen. Auch die auf dieser Basis aktualisierten Simulationen führten im berechneten Standardmodell zu einer Überschreitung der Wachstumsgrenzen und einem anschließenden Systemzusammenbruch (*overshoot and collapse*).⁰⁸

Entsprechend prognostiziert auch der Bericht an den Club of Rome von 2012 für den Zeitraum bis 2052 weiterhin steigende Beeinträchtigungen von Klima und Natur aufgrund wirtschaftlichen Handelns. Zudem wird – trotz einer immer effizienteren Nutzung von Energie – für die Zukunft ein steigender Energieverbrauch erwartet.⁰⁹ Aufgrund von wachsenden Umweltschäden und zunehmend knapper werdenden natürlichen Ressourcen sowie einer daraus resultierenden Verringerung des Produktivitätszuwachses wird ferner von einem deutlich langsameren Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung ausgegangen. Eine erhöhte Beeinträchtigung der Umwelt wird also – so zumindest die Erwartung – auch dem wirtschaftlichen Wachstum zunehmend Grenzen setzen.

WELT OHNE WACHSTUM?

Die in der jüngeren Vergangenheit entwickelten Ansätze des „De-Growth“, „Green Growth“ oder auch „Post-Growth“ lassen sich vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen allesamt als Konzepte dafür verstehen, wie die in der Studie zu den „Grenzen des Wachstums“ und deren Fortschreibungen aufgezeigte Möglichkeit zu einem gleichgewichtigen Entwicklungspfad realisiert werden kann, auch wenn die hierzu formulierten Annahmen und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sich in weiten Teilen diametral voneinander unterscheiden. Auch verbindet sich mit den genannten Ansätzen keine in sich geschlossene Theorie, vielmehr können diese

als ein Sammelbecken für verschiedene Beiträge und politische Initiativen unter einer jeweils gemeinsamen Leitidee interpretiert werden.

De-Growth

So sind etwa die Überlegungen zu einer Verringerung des Wachstums (De-Growth) vielfältig, wobei grob zwischen sozialreformerischen, kapitalismuskritischen und ressourcenorientierten Beiträgen unterschieden werden kann.¹⁰ Auch wenn mit jeweils anderen Schwerpunkten versehen, besteht deren Gemeinsamkeit darin, dass sie die Möglichkeit zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch grundsätzlich infrage stellen. Vielmehr gehen sie davon aus, dass unter Beibehaltung des traditionellen Wachstumsparadigmas und der damit verbundenen Steigerung von Konsum und Produktion der globale Energie- und Ressourcenverbrauch nicht auf das für eine nachhaltige Entwicklung erforderliche Maß reduziert werden kann – selbst dann, wenn vorhandene Potenziale zur Effizienzsteigerung vollständig ausgeschöpft werden.¹¹ Grund dafür sei, dass hierzu neben einem Mehr an technischer Effizienz zudem ein grundlegend gewandeltes Konsumverhalten erforderlich wäre. Dem stehe jedoch gerade in einer Wachstumsökonomie die Erfahrung entgegen, dass erzielte Fortschritte bei der Einsparung von Material und Energie immer wieder durch Zuwächse der Nachfrage, also aufgrund von Rebound-Effekten aufgezehrt werden.¹² Auch zeige sich, dass aufgrund einer steigenden Weltbevölkerung in Verbindung mit einem Kaufkraftzuwachs der

⁰⁸ Vgl. Donella Meadows/Dennis L. Meadows/Jorgen Randers, *Beyond the Limits: Global Collapse or a Sustainable Future*, London 1992; Donella Meadows/Jorgen Randers/Dennis L. Meadows, *The Limits of Growth: The 30-Year Update*, White River Junction 2004.

⁰⁹ Vgl. Jorgen Randers, *2052 – A Global Forecast for the Next Forty Years*, White River Junction 2012.

¹⁰ Vgl. Matthias Schmelzer, *Jenseits des Wirtschaftswachstums?*, in: *Nachrichten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung* 4/2017, S. 8 ff.

¹¹ Vgl. stellvertretend Joan Martinez-Alier et al., *Sustainable De-Growth*, in: *Ecological Economics* 9/2010, S. 1741–1747; Frederico Demaria et al., *What Is Degrowth?*, in: *Environmental Values* 2/2013, S. 191–215.

¹² Der Rebound-Effekt bezeichnet den Sachverhalt, dass das Einsparpotenzial von Effizienzsteigerungen nicht oder nur teilweise realisiert wird. Der Grund hierfür ist, dass solche Effizienzsteigerungen oft die Kosten der Anschaffung oder Nutzung von Gütern und Dienstleistungen senken. Dies kann jedoch zu einem veränderten Nachfrageverhalten dahingehend führen, dass größere Mengen eines Gutes oder einer Dienstleistung verbraucht werden und die ursprüngliche Einsparung dadurch wieder aufgehoben wird. Ein Beispiel für den Rebound-Effekt ist die Entwicklung energiesparender PKW-Motoren, die zu einer gestiegenen Nachfrage nach größeren Fahrzeugen geführt hat.

globalen Mittelschicht der Energiebedarf permanent steigt.

Folglich bedürfte es eines radikalen Umsteuerns, um sich von den bestehenden Wachstumszwängen zu befreien. Wege hierzu werden unter anderem gesehen in einer verstärkten Abwicklung von wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb von etablierten Märkten beziehungsweise über grundlegend anders gestaltete Märkte; einer Reform des bestehenden Geld- und Zinssystems; einer Verringerung der globalen Arbeitsteilung und des mit ihr verbundenen Prinzips der Fremdversorgung; einer Neuaufteilung der Zeit zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit, aber auch in anders gestalteten sozialen Beziehungen und Gender-Rollen. Auch wenn aufgrund dieser Maßnahmen mit einer Verringerung der Wirtschaftsleistung (gemessen im BIP pro Kopf) gerechnet wird, soll dies nicht in gleicher Weise für das gesellschaftliche Wohlergehen gelten. Vielmehr wird im wirtschaftlichen Wachstum die Ursache für zahlreiche unerwünschte soziale Entwicklungen gesehen, die sich wie zum Beispiel Tendenzen sozialer Beschleunigung, die Zunahme entfremdeter Arbeit oder die Abnahme sinnerfüllter Tätigkeiten durch einen Wachstumsverzicht vermeiden lassen.

Green Growth

Die Notwendigkeit zu einer grundlegenden Transformation des Wirtschaftssystems wird auch durch die verschiedenen Beiträge, die sich dem Ansatz des grünen Wachstums (Green Growth) zuordnen lassen, geteilt. Allerdings ist die Auffassung über Inhalt und Richtung dieses Transformationsprozesses eine andere: So dominiert hier die Leitidee, dass ein umweltverträgliches Wachstum sehr wohl möglich ist, soweit die wirtschaftliche Entwicklung in ökologische Leitplanken eingebettet wird.¹³ Dabei wird der Förderung von Umweltinnovationen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Dem liegt die Auffassung zugrunde, dass durch technische Innovationen zugunsten von mehr Rohstoff- und Energieeffizienz sowie durch die Steigerung bestehender

Recyclingraten der Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt in Gestalt einer entsprechenden Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbräuchen aufgehoben werden kann. Werden diese Innovationen realisiert und auf den weltweiten Märkten adaptiert, werde dies wiederum Wirtschaftswachstum hervorrufen. Dies ist von besonderer Bedeutung, da davon ausgegangen wird, dass ohne eine Steigerung des BIP pro Kopf weder die für eine ökologische Transformation erforderlichen Investitionen finanzierbar sind noch das bestehende Niveau an gesellschaftlicher Wohlfahrt aufrechterhalten werden kann.¹⁴

Diesbezüglich durchgeführte Simulationen zeigen, dass nicht nur eine „relative Entkopplung“ des wirtschaftlichen Wachstums vom Umweltverbrauch möglich ist, bei dem die Umweltbelastung weniger stark als die Wirtschaftsleistung zunimmt. Vielmehr lassen sich auch Szenarien modellieren, die zu einer „absoluten Entkopplung“, also zu konstant bleibenden oder sogar abnehmenden negativen Umweltwirkungen bei gleichzeitiger Steigerung der Wirtschaftsleistung führen, wie dies etwa im Rahmen von Stoffstromanalysen für die EU-Staaten unter Berücksichtigung sowohl von Effekten der Schadstoffverlagerung durch internationalen Handel als auch zu erwartender Rebound-Effekte berechnet werden konnte.¹⁵ Die Ergebnisse solcher Simulationen hängen allerdings maßgeblich davon ab, wie zukünftig die staatliche Rahmengesetzgebung gestaltet sein wird und welche marktlichen Anreize gesetzt werden. Zu den Maßnahmen zugunsten eines grünen Wachstums zählen dabei insbesondere finanzielle Anreize für Umweltinnovationen ebenso wie ein Abbau von rechtlichen Schranken, die „grüne“ Innovationen und Geschäftsmodelle behindern. Vor allem mit Blick auf die starke Betonung des technologischen Fortschritts als Motor für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum unterscheidet sich der Ansatz des grünen Wachstums vom De-Growth-Ansatz.

¹³ Vgl. etwa Michael Jacobs, Green Growth, in: Robert Falkner (Hrsg.), *The Handbook of Global Climate and Environmental Policy*, Oxford 2013, S. 197–214; Michael Jacobs/Ottmar Edelhofer, Green Growth, Degrowth, and the Commons, in: *Oxford Review of Economic Policy* 3/2014, S. 447–468.

¹⁴ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, *Welt im Wandel*, Berlin 2011, S. 189.

¹⁵ Vgl. Stefan Giljum et al., *Modelling Scenarios Towards a Sustainable Use of Natural Resources in Europe*, in: *Environmental Science and Policy* 3/2008, S. 204–216; Bernd Meyer/Mark Meyer/Martin Distelkamp, *Modeling Green Growth and Resource Efficiency: New Results*, in: *Mineral Economics* 2/2012, S. 145–154.

Post-Wachstum

Um beurteilen zu können, wie realistisch die Annahmen und Aussagen dieser beiden Ansätze sind, bedarf es hinreichender Kenntnisse über den Zusammenhang zwischen Ressourcenverbräuchen, ökologischen Belastungen und wirtschaftlicher Entwicklung. Verlässliche Modelle hierzu gibt es zum aktuellen Zeitpunkt jedoch nicht.¹⁶ Daher wurde in der jüngeren Vergangenheit noch eine weitere Position unter dem Schlagwort einer vorsorgeorientierten Post-Wachstums-Strategie formuliert, welche in der Wachstumsabhängigkeit wichtiger gesellschaftlicher Bereiche und Institutionen ein zentrales Hindernis für die politische Umsetzung von Maßnahmen zur ausreichenden Reduktion ökologischer Belastungen insbesondere in den Industrieländern sieht.¹⁷ Im Zentrum steht folglich nicht die Frage, ob in Zukunft zur Einhaltung der planetaren Grenzen entweder zwingend auf Wachstum verzichtet werden muss oder Wachstum nur noch auf Grundlage umweltverträglicher Innovationen erfolgen sollte. Welcher der beiden Entwicklungspfade als ökologisch sachgerecht anzusehen ist, wird bewusst offen gelassen, da der gegenwärtige Wissensstand hierzu weder theoretisch noch empirisch eine eindeutige Aussage zulasse. In Anbetracht dessen bestehe – vor allem für den Fall einer rückläufigen Wirtschaftsleistung – die wesentliche Herausforderung vielmehr darin, zentrale gesellschaftliche Institutionen wie etwa die sozialen Sicherungssysteme möglichst resilient zu gestalten, sodass deren Funktionsfähigkeit nicht länger zwingend auf ein stetiges wirtschaftliches Wachstum angewiesen ist. So wird vorgeschlagen, um etwa die Wachstumsabhängigkeit des Alterssicherungssystems zu verringern, das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen, eine ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge einzuführen oder auf das System einer staatlich garantierten Einheitsrente zu wechseln. Wiederum für den Bereich des Krankenversicherungssystems, um ein weiteres Beispiel zu nennen, wird die Etablierung einer Bürgerversicherung oder auch die Abschaffung der bestehenden Beitragsbemessungsgrenze empfohlen.

¹⁶ Vgl. Ulrich Petschow et al., *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen*, Dessau-Roßlau 2018, S. 43.

¹⁷ Vgl. Irmi Seidl/Angelika Zahrnt, *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg 2012. Andere Bezeichnungen für diese Position sind „A-Growth“ oder auch „New Economics of Prosperity“. Vgl. hierzu etwa Jeroen van den Bergh, *Environment versus Growth*, in: *Ecological Economics* 5/2011, S. 881–890.

Zudem wird in einem eher grundsätzlichen Sinne mit Blick auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlergehen darauf hingewiesen, dass das BIP pro Kopf diesbezüglich „kein umfassender und verlässlicher Indikator“ ist. Es sollte ihm folglich bei der Ausgestaltung von Nachhaltigkeitspolitiken „keine zentrale Bedeutung bei der Legitimation von politischen Maßnahmen zugemessen werden beziehungsweise es sollte bei gesellschaftlichen Abwägungsprozessen immer im Kontext weiterer Wohlstandsindikatoren betrachtet werden“.¹⁸

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND WOHLSTANDSMESSUNG

Aus ökonomischer Sicht ist unbestritten, dass das BIP nur einen Ausschnitt des gesellschaftlichen Wohlergehens misst, da Letzteres sich nicht allein aus dem materiellen Wohlstand, sondern auch aus der sozialen Lage der Gesellschaftsmitglieder ebenso wie einer intakten Umwelt zusammensetzt, wobei bezogen auf die beiden zuletzt genannten Komponenten verschiedene Möglichkeiten der Operationalisierung bestehen. Entsprechend kann nicht überraschen, dass aktuell eine Vielzahl an Verfahren zur Wohlstandsmessung existieren, die sich allerdings in ihrer jeweiligen Ausgestaltung erheblich voneinander unterscheiden.¹⁹ So wird bei einem Teil der Ansätze lediglich der materielle Wohlstand erfasst, bei anderen werden auch nichtmaterielle Wohlstandsaspekte wie etwa der erreichte Stand an Wissen und Bildung, Gesundheit, sozialen Bindungen und Beziehungen, Umweltqualität oder auch politischen Mitsprachemöglichkeiten mit einbezogen. Die Grundlage hierfür sind neben objektiven Daten auch subjektive Einschätzungen, die mittels Befragungen – etwa zur individuellen Lebenszufriedenheit oder zur wahrgenommenen wirtschaftlichen Unsicherheit – ermittelt werden. Der Wohlstand kann dabei monetär, etwa anhand

¹⁸ Ulrich Petschow et al., *Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten*, Dessau-Roßlau 2020, S. 67.

¹⁹ Vgl. für einen Überblick hierzu sowie für weitere Literaturnachweise zu den nachfolgenden Ausführungen Bundestagsdrucksache 17/13300, 3.5.2013, Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

der Ausgaben für den privaten Konsum, für Bildung und Gesundheit oder für Umweltschutz, oder auch durch nichtmonetäre Größen wie zum Beispiel Zahlen zur Kindersterblichkeit oder Arbeitslosigkeit dargestellt werden, wobei je nach Verfahren das Ergebnis wiederum in einer einzigen Zahl oder durch mehrere nebeneinander stehende Zahlen ausgedrückt wird.

Im erstgenannten Fall handelt es sich um aggregierte Wohlfahrtsindizes, die den Vorteil haben, dass sie die Komplexität der verschiedenen Facetten von Wohlfahrt reduzieren. Das hat zur Folge, dass die Ergebnisse nicht nur einfach und verständlich sind, sondern auch Aussagen darüber zulassen, ob der Wohlstand eines Landes insgesamt gestiegen oder gesunken ist. Der Nachteil dieser Ansätze besteht in ihrer zumeist willkürlichen Gewichtung einzelner Wohlstandskomponenten. Auch kann es Probleme bei der Interpretation der Messergebnisse geben, wenn sich innerhalb des Gesamtindex einzelne Komponenten gegenläufig entwickeln, ohne dass sich dies im aggregierten Ergebnis entsprechend niederschlägt. Bekannte Beispiele sind der Nationale Wohlfahrtsindex, der anders als das BIP auf Daten unter anderen zum privaten Verbrauch, zur Einkommensverteilung, zu ökologischen Schäden oder zur öffentlichen Verschuldung zurückgreift; der Human Development Index (HDI), der neben dem BIP pro Kopf auch die Lebenserwartung bei Geburt sowie die Schulbesuchsdauer (aber keine ökologischen Daten) berücksichtigt; oder auch der Weighted Index of Social Progress, der neben ökonomischen, ökologischen und demografischen Indikatoren zudem solche zum Status von Frauen, dem Ausmaß an „sozialem Chaos“ sowie der kulturellen Vielfalt umfasst.

Das Gegenstück zu diesen aggregierten Wohlfahrtsindizes bilden Bündel von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Indikatoren. Die einzelnen Indikatoren stehen hier gleichberechtigt für verschiedene Teilaspekte von Wohlstand, ihre Ergebnisse werden folglich nicht miteinander verrechnet. Solche Indikatorensätze haben den Vorteil, dass sie aufgrund ihrer Detailliertheit je nach Bedarf für konkrete politische Entscheidungen genutzt werden können. Von Nachteil ist, dass sie häufig keine eindeutige Aussage darüber zulassen, ob die Wohlfahrt eines Landes – gesamthaft betrachtet – gesunken oder gestiegen ist. Auch können

sie unübersichtlich sein und damit zu Verständnisproblemen führen. Um das zu vermeiden, werden nicht selten Sätze an Schlüsselindikatoren festgelegt. Beispiele hierfür sind das vom deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage gemeinsam mit dem französischen Conseil d'Analyse Économique entwickelte Indikatorenset, welches – anknüpfend an die Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission – neben verschiedenen Messgrößen zur Wirtschaftsleistung und zur ökologischen wie fiskalischen Nachhaltigkeit auch objektive Daten zur Lebensqualität sowie subjektive Einschätzungen des Wohlbefindens enthält. Ähnlich gestaltet ist das Indikatorenset für „Wohlstand und Lebensqualität“ der OECD, das zur Erfassung von Fortschritten beim umweltverträglichen Wachstum zudem durch das Indikatorenset „Grünes Wachstum“ ergänzt wird.

Insbesondere mit Blick auf die „Grenzen des Wachstums“ ist schließlich auch auf die Berechnung von spezifischen Nachhaltigkeitsindizes zu verweisen, die sich von den bislang vorgestellten Ansätzen dahingehend unterscheiden, dass sie schwerpunktmäßig Bestandsgrößen (wie Kapital- und Naturvermögen) und deren Veränderung in Abhängigkeit von Investitionen und natürlicher Regeneration über die Zeit messen. Die primäre Fragestellung ist dabei, ob eine Gesellschaft ihre ökonomischen, sozialen und/oder natürlichen Ressourcen aufzehrt, also von ihrer Substanz lebt und damit ihr künftiges Wohlstandsniveau gefährdet. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür dürfte der vom Global Footprint Network jährlich berechnete „Ökologische Fußabdruck“ sein. Ein Ergebnis dieser Messung ist der „Earth Overshoot Day“, der 2021 bereits am 29. Juli erreicht wurde und damit sehr viel früher als noch vor 40 Jahren, als dieses Datum – erstmals berechnet – auf den 19. Dezember fiel.

THOMAS DÖRING

ist Professor für Politik und Institutionen mit Schwerpunkt Institutionenökonomik an der Hochschule Darmstadt.

thomas.doering@h-da.de

DER EUROPÄISCHE GREEN DEAL

Ziele, Hintergründe und globale Dimension

Susanne Dröge

Mit dem Green Deal will die Europäische Kommission die wirtschaftliche Entwicklung der EU-27 auf das Ziel ausrichten, als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Dies soll mit einer Fülle von Maßnahmen in allen Politikfeldern ermöglicht werden. Der Green Deal soll die EU zukunftsfest machen, indem wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Ziele miteinander verwoben werden. Seine Ausgangsthese ist, dass ohne den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ein wirtschaftliches Vorankommen der EU nicht möglich sein wird, und dass es ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht möglich sein wird, die Lebensgrundlagen der europäischen Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu sichern. Was genau umfasst der Green Deal und an welche grundlegenden Überlegungen zur Interaktion von Wirtschaft und Umwelt knüpft er an? Wie steht es um seine globale Dimension und seine Wirkung auf andere Staaten?

PROJEKT DER KOMMISSION VON DER LEYEN

Jede EU-Kommission hat eine eigene Agenda, die das Profil des jeweiligen Präsidenten schärfen soll und als Vision für die Amtsperiode dient. Die Grundlagen für den Green Deal legte die Kommission während der Präsidentschaft Jean-Claude Junckers (2014–2019). Sie setzte neue Akzente in der Klimapolitik und schuf die „Energieunion“, die die Energiemärkte der Mitgliedsstaaten stärker integrieren sollte. Ursula von der Leyen bewarb sich 2019 mit der Vision des Green Deal als Kommissionspräsidentin und sicherte sich damit die Unterstützung des Europäischen Parlaments. Mit dem Green Deal sollen viele Generaldirektionen der Kommission unter einer Überschrift vereint werden, statt die jeweiligen Vorhaben – Klimaschutz, Energieversorgung, Digitalisierung, Binnenmarkt, Industriepolitik und weitere – getrennt zu bearbeiten.

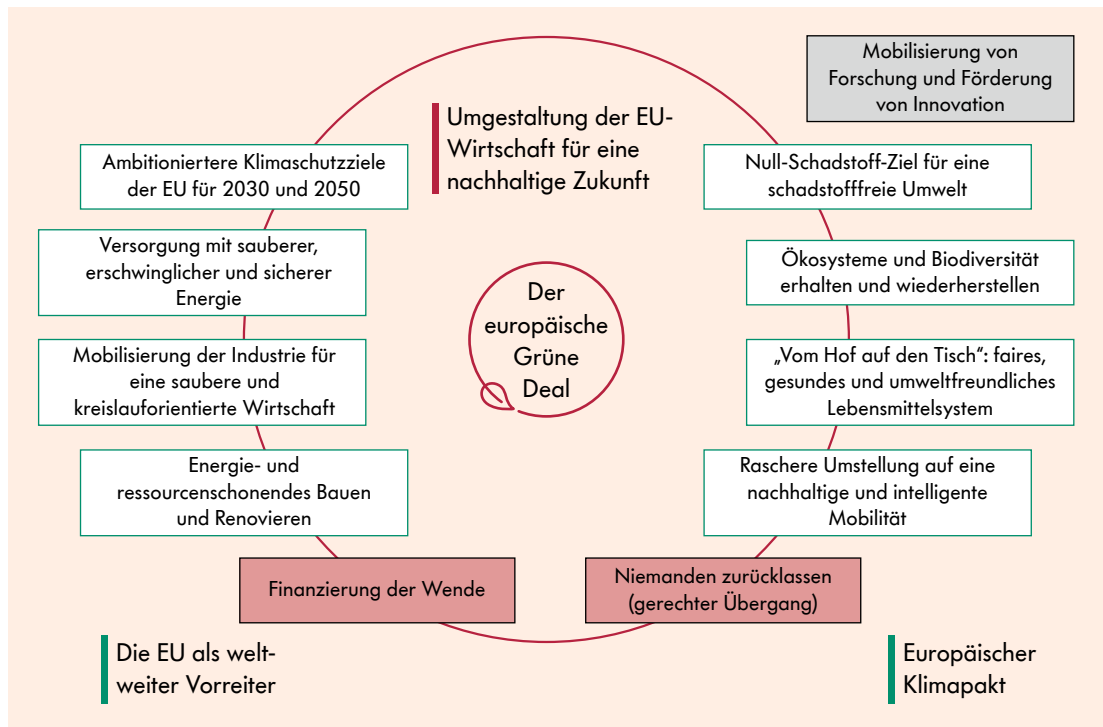
Nach von der Leyens Amtsantritt veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Der eu-

ropäische Grüne Deal“⁰¹ mit einer umfassenden Liste von Prioritäten und Gesetzesvorhaben (*Abbildung*). Aus ihr geht hervor, dass die Projekte des Green Deal von den Bedrohungen der natürlichen Umwelt, des Klimas und der Artenvielfalt abgeleitet, aber auch mit einer wirtschaftlichen Wachstumsagenda verknüpft werden, die die EU für die Zukunft ressourceneffizient, wohlhabend, fair und wettbewerbsfähig aufstellen soll. Die Umsetzung der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen mit ihren 17 Sustainable Development Goals wird integriert.

Zu den klimapolitischen Zielen des Green Deal gehören eine nachhaltige Finanzpolitik (Taxonomie), eine Kreislaufwirtschaft (Ressourcen), die nachhaltige Landwirtschaft (*farm to fork*), eine saubere Industrie sowie der Naturschutz (Biodiversität). Mit entsprechend nachhaltig ausgerichteten Investitionen soll Wachstum angeregt und Beschäftigung für die Zukunft gesichert werden.

In ihrer Mitteilung zum Green Deal stellt die Kommission auch einen detaillierten Fahrplan auf. Neben Gesetzesvorhaben zum Klimaschutz soll eine neue EU-Industriestrategie, ein Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und eine Strategie für nachhaltige Produkte mit Fokus auf die Textil-, Bau-, Elektronik- und Kunststoffsektoren vorgelegt werden. Diese Vorhaben zielen auf die Dekarbonisierung und Modernisierung der energieintensiven Sektoren genauso wie auf den Zugang zu (strategischen) Ressourcen und Wertschöpfungsketten, eine effektive Kreislaufwirtschaft, energie- und ressourceneffizientes Bauen und Renovieren und eine Wende bei Verkehr und Mobilität hin zu mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz. Die Reform der Landwirtschaftspolitik mit der *Farm-to-fork*-Strategie (vom Hof auf den Tisch) soll ein faires, gesundes, umweltfreundliches und emissionsarmes Lebensmittelsystem schaffen. Beim Naturschutz sollen die Ökosysteme besser in den Blick genommen, eine neue Biodiversitäts-

Abbildung: Schematische Darstellung des Green Deal



Quelle: Europäische Kommission, Der europäische Grüne Deal, Brüssel 2019, S. 4.

strategie erstellt sowie der Schutz von Wäldern, Meeren und Gewässern gestärkt werden. Mithilfe von Finanzierungsinstrumenten, also günstigen Krediten, Zuschüssen sowie der Zertifizierung von Geldanlageprodukten als „grün“ sollen Investitionen in diese Projekte angeregt werden. Die Mitgliedsstaaten sollen ihre Haushaltspolitik und Steuersysteme umstellen, und auch die Bildungsprogramme sollen sich auf den Green Deal ausrichten. Der Umbau soll dabei die europäischen Bürgerinnen und Bürger im Blick behalten und soziale Härten vermeiden.

Diese Agenda ist so umfassend wie noch keine andere der Kommission. In den fünf Jahren ihrer Amtszeit kann sie den Green Deal als europäisches Projekt auf ein solides Fundament stellen – vor allem durch entsprechende Gesetzgebung und einen Finanzierungsplan, der die Investiti-

onen der Mitgliedsstaaten „grüner“ macht. Das Gelingen hängt jedoch vor allem davon ab, dass sie die 27 Mitgliedsstaaten eint, das Europäische Parlament sie mitgestalten kann und sie in Krisen sowie angesichts globaler Trends weiter aufrechterhalten wird.

Der Green Deal könnte in seiner gesamten Breite erst zum Tragen kommen, wenn es längst eine neue Kommission und viele neue Regierungsoberhäupter in den Mitgliedsstaaten gibt. Die Umgestaltung der EU-Wirtschaft hin zur Klimaneutralität bedeutet eben nicht weniger als die Transformation des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells in Europa.

KLIMAZIELE GEBEN DEN TAKT VOR

Die im Klimagesetz der EU verankerten Ziele sind anspruchsvoll.⁰² Um 2030 im Vergleich zu

01 Vgl. Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der europäische Grüne Deal, 11. 12. 2019, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/european-green-deal-communication_de.pdf.

02 Vgl. Europäische Union, Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt am 14.7.2021 das Programm „Fit for 55“ vor, mit dem die Emissionen in der EU bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken sollen.

© picture alliance/AA | Dursun Aydemir

1990 55 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen, müssen die Anstrengungen aller Beteiligten stark steigen. Die Kommission hat hierfür das Fit-for-55-Gesetzbündel auf den Weg gebracht, das in einem ersten Schritt vor allem die vorhandenen klimapolitischen Instrumente schärft und ergänzt.⁹³ Es handelt sich zwar um eine Fortschreibung der EU-Klimapolitik, die mit dem Emissionshandel, der Setzung von Emissionsstandards, der Förderung von Innovationen und einer klimafreundlichen Industriepolitik die Unternehmen und Haushalte zur Abkehr von der vorherrschenden CO₂-intensiven Wirtschaftsweise bewegen soll. Diese Fortschreibung der Klima- und Energiepolitik der vergangenen Jahre ist nun aber eingebettet in den Green Deal, der anstrebt, alle wirtschaftli-

chen und gesellschaftlichen Interessengruppen einzubinden.

Beispielhaft ist die Diskussion um den Umgang mit sozialen Folgen eines steigenden CO₂-Preises. Die daraus entstehenden finanziellen Belastungen für ärmere Haushalte und EU-Regionen sollen durch einen Sozialen Klimafonds abgemildert werden. Dieser Fonds soll sich aus den Einnahmen des geplanten erweiterten Emissionshandelssystems für den Gebäude- und Transportsektor speisen. Mit dem Just Transition Fund sollen gezielt Kohleregionen unterstützt werden, die die Kohleverstromung beenden wollen. Weitere Fonds werden fortgeführt, die Mittel für die Modernisierung der Energiesysteme in den zehn ärmsten EU-Mitgliedsstaaten bereitstellen (Modernisierungsfonds) und für neue Demonstrationsprojekte in der Industrie, welche emissionsarme oder -freie Technologien entwickeln (Innovationsfonds).

2020 sollte die Umsetzung des Green Deal an Fahrt aufnehmen, doch im März brach auch in Europa die Corona-Pandemie aus, mit tiefgrei-

93 Vgl. Europäische Kommission, Europäischer Grüner Deal: Kommission schlägt Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in der EU vor, um Klimaziele zu erreichen, 14.7.2021, www.ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3541.

fenden Folgen für die europäische und die internationale Wirtschaft. Die EU reagierte im Sommer 2020 mit dem umfassenden Konjunkturpaket „NextGenerationEU“ im Umfang von 750 Milliarden Euro auf die Gesundheits- und damit verbundene Wirtschaftskrise. Zudem gelang es der Kommission in den Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten, ein Drittel der geplanten Investitionen aus dem NextGenerationEU-Paket sowie dem neuen siebenjährigen Finanzrahmen (Gesamthöhe: 1,21 Billionen Euro) für den Green Deal und vor allem für den Kampf gegen den Klimawandel zweckzubinden.⁰⁴ Der Just Transition Fund und das Programm für Umwelt und Klimaschutz (LIFE) sind Herzstücke der Finanzierung des Green Deals und werden mit rund 14,5 Milliarden Euro im mehrjährigen Finanzplan veranschlagt.⁰⁵

Diese Einigung auf eine Zweckbindung ist insofern bemerkenswert, als verschiedene Mitgliedsstaaten forderten, die ehrgeizige Agenda angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf Eis zu legen.⁰⁶ Der Reflex, angesichts akuter Krisen die Herausforderungen einer Umstrukturierung hin zur Klimaneutralität aufzuschieben, gehört zu den größten politischen Hindernissen bei der Umsetzung des Green Deal. Die Dimensionen der staatlichen und privaten Transformationsinvestitionen treffen nicht in allen Mitgliedsstaaten auf Zustimmung.⁰⁷

STRUKTURELLE FRAGEN DES WIRTSCHAFTENS

Über die angelaufene Fit-for-55-Gesetzesinitiative hinaus müssen in Europa grundlegende strukturelle Fragen des Wirtschaftens angegangen werden. Denn für das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 geht es nicht allein darum, den Konsum mithilfe steigender CO₂-

Preise klimafreundlicher auszurichten. Vielmehr muss den EU-Bürgerinnen und -Bürgern auch ein CO₂-armes oder sogar -freies Leben überhaupt ermöglicht werden. Hierfür bedarf es moderner Infrastrukturen im Energie- und Transportsektor, eines Abbaus der Subventionen für den Verbrauch fossiler Energien, der Reform der Landwirtschaftspolitik und des Naturschutzes sowie der geringeren Flächeninanspruchnahme und eines Umlenkens im Bau- und Wohnungssektor. Die breite Verfügbarkeit bezahlbarer klimafreundlicher Produkte und der Zugriff auf eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit steigenden Recyclingquoten sind genauso wichtig für eine Kursänderung wie die gesellschaftliche Zustimmung zu dieser Transformation. Beide Voraussetzungen müssen aber erst noch geschaffen oder ausgebaut werden.

Eine wesentliche Grundlage für diese strukturellen Veränderungen sind Investitionen in den Kapitalstock. Auch diese können nicht allein durch Politikinstrumente wie CO₂-Preise und Standards angeregt werden, sondern müssen durch öffentliche Ausgaben begleitet werden. Schätzungsweise müssten die jährlichen Investitionsströme zwischen 2021 und 2030 insgesamt 255 Milliarden Euro jährlich betragen (was ungefähr 2 Prozent der jährlichen EU-weiten Wirtschaftsleistung entspricht), wenn der Green Deal die Klimaneutralität anstoßen soll.⁰⁸ Der größte Anteil der emissionsmindernden Investitionen sollte in die Sanierung von Gebäuden fließen (27 Prozent), gefolgt von Investitionen in technologische Innovationen, Forschung und Entwicklung von digitalen Lösungen zur Energieeinsparung (jeweils 12 Prozent), ins Stromnetz für Erneuerbare (10 Prozent) und die Transformation des Autoverkehrs, des europäischen Binnenmarkts und weiterer Bereiche (8 Prozent und weniger).⁰⁹ Dabei sind die sozialen Komponenten einer grünen Investitionsoffensive essenziell – also Beschäftigung, Gesundheit und Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

Die Einbindung der EU in die internationale Wirtschaft spielt zudem für eine erfolgreiche Umstrukturierung eine wichtige Rolle, denn der

⁰⁴ Vgl. Europäische Kommission, *The EU's 2021–2027 Long-Term Budget and NextGenerationEU. Facts and Figures*, Luxemburg 2021.

⁰⁵ Vgl. ebd., S. 17.

⁰⁶ Vgl. Kalina Oroschakoff/Karl Mathiesen, *How the EU's Green Deal Survived the Coronavirus Pandemic*, 17. 12. 2020, www.politico.eu/article/how-eu-climate-change-promises-survived-the-coronavirus-plague.

⁰⁷ Vgl. Oliver Geden/Kirsten Westphal, *Ein krisenfester „Green Deal“*, in: Barbara Lippert/Stefan Mair/Volker Perthes (Hrsg.), *Internationale Politik unter Pandemie-Bedingungen. Tendenzen und Perspektiven für 2021*, Berlin 2020, S. 69–72.

⁰⁸ Vgl. Sarah Wolf et al., *The European Green Deal – More Than Climate Neutrality*, in: *Intereconomics* 2/2021, S. 99–107, hier S. 102.

⁰⁹ Vgl. ebd.

Anteil der in der EU verkauften Importe am Warenangebot ist sehr hoch, genauso ist die europäische Wirtschaft von Exporten abhängig und somit auch von einer internationalen Zusammenarbeit bei der Änderung der Wirtschaftsweisen.

GLOBALER KONTEXT

Der Green Deal ist nicht der erste Vorstoß Europas, sich einem Wirtschaftsmodell anzunähern, das die natürlichen Lebensgrundlagen als Begrenzung für wirtschaftliches Handeln begreift und ihre Erhaltung als Ziel in die Wirtschaftsentwicklung integriert. Ihren Ursprung haben grüne Wirtschaftskonzepte in der Nachhaltigkeitsdebatte, die mit der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 1972 in Stockholm ihren Anfang nahm und für deren Konkretisierung der Brundtland-Report von 1987 das Konzept der drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung lieferte: die soziale, die ökologische und die wirtschaftliche Säule.¹⁰ In diesem Bericht wird die Idee einer nachhaltigen Weltwirtschaft als gemeinsames Anliegen der Menschheit ausformuliert. Eine gemeinsame Zukunft aller Staaten sollte so gestaltet werden, dass die Versorgung mit Lebensmitteln gesichert, die natürlichen Ressourcen und die Umwelt geschützt sowie Frieden und Sicherheit ermöglicht werden. Der Brundtland-Report liest sich heute so aktuell wie vor 35 Jahren. In der Folge wurde die erste UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro abgehalten. Der „Earth Summit“ brachte verschiedene Umweltabkommen, unter anderem die Klimarahmenkonvention und die „Rio-Erklärung“ mit Grundsätzen für die Konkretisierung der nachhaltigen Entwicklung hervor.¹¹

Knapp zwei Jahrzehnte später wurde unter dem Eindruck der Finanzkrise – auch angesichts der immer noch geringen Erfolge, den Umwelt- und Klimaschutz global voranzutreiben – auf internationaler Ebene das Modell der Green Economy entwickelt. Die Konjunkturprogramme, die die Folgen der Wirtschaftskrise auffangen sollten – so der Vorschlag – für umwelt- und

klimafreundliche Investitionen verwendet werden. Die OECD entwickelte als Beitrag für die UN-Nachhaltigkeitskonferenz 2012 eine grüne Wachstumsstrategie¹² und gab ihren Mitgliedsländern Vorschläge an die Hand, wie sie Hindernisse für ein grün ausgerichtetes Wachstum identifizieren und Politikinstrumente zu deren Beseitigung nutzen können.¹³ Südkorea hatte sich 2009 an die Spitze der Bewegung gestellt und mit einer nationalen grünen Wachstumsstrategie sowie Fünfjahresplänen konkrete politische Agenden aufgesetzt. Öffentliche Finanzmittel in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts sollten für entsprechende Programme und Wachstumsprojekte verwendet werden, allen voran für Infrastrukturinvestitionen, um die damalige Wirtschaftskrise zu überwinden. Auch berichtete man regelmäßig den Fortschritt an die OECD.¹⁴ Allerdings war das Modell des Green Growth eng gefasst und diente zunächst dazu, Wachstumsimpulse mit dem Anspruch des Umweltschutzes zu verbinden, ohne damit zu stark in die nationalen Prioritäten bei der Krisenbewältigung einzugreifen.

Bei der Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 war die Green Economy eines der Leitthemen. Das Konzept sollte im Zuge der volkswirtschaftlichen Stabilisierung und der Armutsbekämpfung nach der Finanzkrise eine kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Wirtschaftsweise global voranbringen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen definierte die Green Economy damals als „Wirtschaftsweise, die zu erhöhtem menschlichem Wohlbefinden und mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während sie gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheit deutlich verringert“.¹⁵ Auch die Wirtschaftswissenschaften hatten für diese Idee bereits Grundlagen gelegt, denn eine Green Economy als ökologisches Modernisierungsmodell

¹⁰ Vgl. Vereinte Nationen, Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future, New York 1987.

¹¹ Vgl. Vereinte Nationen, Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro 1992.

¹² Die Europäische Kommission fokussierte sich 2011 hingegen auf das klimapolitische Ziel einer CO₂-armen Wirtschaft bis 2050. Vgl. Europäische Kommission, Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050, Brüssel 2011.

¹³ Vgl. OECD, Tools for Delivering on Green Growth, Paris 2011, www.oecd.org/greengrowth/48012326.pdf.

¹⁴ Vgl. dies., Green Growth in Action: Korea, 10. 10. 2021, www.oecd.org/korea/greengrowthinactionkorea.htm.

¹⁵ Susanne Dröge/Nils Simon, Green Economy: Vision mit begrenzter Reichweite – Ohne die G20 kann es keine grüne Transformation der Weltwirtschaft geben, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Aktuell 19/2011, S. 1.

war in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren eine Reaktion auf die immer offensichtlichere Herausforderung, dass das klassische, quantitativ ausgerichtete ökonomische Wachstumsmodell nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung in der ökologischen und sozialen Dimension passt.¹⁶ Eine Abkehr vom Kapitalismus propagieren aber weder die Green Economy noch der Green Deal der EU.

Auch der im US-Wahlkampf 2020 von den Demokraten propagierte „Green New Deal“ stellt keine solche Grundsatzfrage, vielmehr lehnt er sich an das Konjunkturprogramm Roosevelts aus den 1930er Jahren an, bei dem staatliche Regulierung und die Erhöhung der Staatsausgaben für einen neuen Aufschwung sorgen sollten.¹⁷ Bei allen „grünen“ Wirtschaftskonzepten geht es bisher darum, mit Ressourceneffizienz, Umweltschutztechnologien, Innovationen und einem positiven Bild der ökonomischen Potenziale die wirtschaftlichen Akteure zu überzeugen. Um Grenzen des Wachstums wurde und wird aber nicht gerungen. Der Staat soll stattdessen mithilfe seiner finanziellen Ressourcen einen Weg bereiten, Wirtschaft und Gesellschaft auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zu lenken. Da das Geldausgeben den Kern staatlicher Souveränität berührt, wurde auf UN-Ebene 2012 gar nicht erst versucht, eine Transformation zur Green Economy konkreter auszubuchstabieren. Die konkrete Umsetzung muss jedes Land selbst entwickeln.

GLOBALE TRENDS MACHEN GREEN DEALS WICHTIGER

Was aber könnte dafür sorgen, dass der Green Deal erfolgreicher verläuft als die grünen Wirtschaftsagenden der vergangenen Jahrzehnte? Für die Europäische Union hat sich in den vergangenen zehn Jahren sowohl im Innen- wie auch im Außenverhältnis einiges verändert. Die EU hat 2016 mit dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich einen Tiefschlag erlitten. Die Staats- und Regierungschefs und die Kommission sind seitdem gefordert, dem Projekt der europäischen Integration neue Strahlkraft zu verschaffen. Im

Innenverhältnis wird dies durch den Aufstieg nationalistischer Regierungen in den östlichen Mitgliedsstaaten erschwert. Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat zu harten Kontroversen über gemeinsame Werte geführt. Der Green Deal, auf dessen konkrete Maßnahmen sich schließlich alle Mitgliedsstaaten verständigen müssen, ist also kein Selbstläufer.

Im Verhältnis zu den internationalen Partnern war die EU bereits 2016 auf der Suche nach einer neuen geopolitischen Positionierung. Verstärkt durch den Rückzug der USA aus internationaler Verantwortung ab 2017, wurde aus der Diskussion einer „Globalen Strategie“ eine über die „strategische Autonomie“ Europas.¹⁸

Der Green Deal dient der Europäischen Kommission daher auch als Baustein für die geopolitische Neuausrichtung der EU-27. Die ambitionierte Klimapolitik ist für diese Strategie ein wichtiger Teil, obwohl die EU allein nicht das Klima retten kann, denn dazu ist ihr Anteil an den globalen Emissionen zu gering. Dennoch kann die Positionierung als Vorreiter durch eine Verquickung der Klimapolitik mit einer innovativen Wirtschaftsagenda ein Beitrag zum Erhalt der ökonomischen Stärke sein. Im Wettstreit mit China und den USA um die geoökonomische Vorherrschaft verliert die EU an Boden. Die Maßnahmen des Green Deal zahlen in dieser Hinsicht auf die Wette der Kommission ein, mit einer fortschrittsgetriebenen, ressourceneffizienten und sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung auf den Weltmärkten mitzuhalten¹⁹ und sich von Ländern wie Russland und China unabhängiger zu machen. Diese nutzen ihre Energie- und Rohstoffexporte als taktisches Instrument, um eigene geoökonomische Ziele zu erreichen. Das wurde wieder deutlich, als 2021 russische Gaslieferungen in die EU zurückgehalten²⁰ und die chinesischen Exportbeschränkungen für Rohstoffe erhöht wurden.²¹

¹⁸ Vgl. Barbara Lippert et al., Strategische Autonomie Europas, SWP-Studie S2/2019.

¹⁹ Vgl. Mark Leonard et al., The Geopolitics of the European Green Deal, in: International Organisations Research Journal 2/2021, S. 204–235.

²⁰ Vgl. Putin verspricht – liefert Gazprom?, 8. 11. 2021, www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/gazprom-gaslieferung-putin-gaspreise-rekordhoch-nord-stream-101.html.

²¹ Vgl. Frank Sieren, Peking verknappt Export Seltener Erden, 22. 7. 2021, www.table.media/china/analyse/seltene-erden-staerker-regulierung.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Nora Löhle, Zur Entstehungsgeschichte des Green New Deal – Revival eines Begriffs, 17. 3. 2020, www.boell.de/de/2020/03/17/zur-entstehungsgeschichte-des-green-new-deal-revival-eines-begriffs.

Gegenüber den USA ist der Green Deal ein politischer Vorsprung, welcher die neue Regierung des demokratischen Präsidenten Biden erheblich unter Druck setzt. Vier Jahre der US-amerikanischen Abwesenheit in der Klimapolitik haben zu einem deutlichen Rückstand in diesem Politikfeld geführt. Die EU muss nun allerdings ihre klimapolitischen Prioritäten gegenüber den USA verteidigen. Der Druck aus Washington, einzelne Projekte des Green Deal – wie die Einführung von CO₂-Preisen für bestimmte CO₂-intensive Industriegüter aus dem Ausland – zu stoppen, macht deutlich, wie der transatlantische Partner seine Führungsrolle versteht: Die EU soll ihre klimapolitischen Maßnahmen an die der USA anpassen. Davon ist abzuraten, denn mit jedem Wechsel im Weißen Haus kann es zu einem Umschwung kommen und damit zu einer Rücknahme der nun eingeläuteten Klimaschutzpolitik in den USA.

LÄSST SICH EIN GREEN DEAL GLOBALISIEREN?

Wohlstandsmehrung durch Umweltschutz ist offenkundig nicht das Standardmodell der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung seit der Industrialisierung. Raubbau an Ressourcen gehörte zum rasanten Aufstieg von Volkswirtschaften genauso dazu wie die Verletzung von grundlegenden Rechten schwacher gesellschaftlicher Gruppen. Die unter anderem auf den Kolonialismus und den Kalten Krieg zurückgehenden wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern tragen zu einem weiteren nicht-nachhaltigen Wirtschaften bei. Versuche, diesen Strukturen auf der Ebene der Vereinten Nationen zu begegnen, bringen kaum Fortschritte. Die Kräfteverhältnisse werden zurzeit durch den Aufstieg Chinas und der geopolitischen Konkurrenz zwischen den Anbietern und Nachfragern von Ressourcen und Rohstoffen neu austariert.²²

Die Idee eines Green Deal wendet sich gegen diese Strukturen und soll die Kräfteverhältnisse beeinflussen. Dies unterscheidet den europäischen Green Deal von der Green Economy. Denn

der Green Deal steht der Agenda 2030 nahe, auch wenn er nicht alle Ziele einer nachhaltigen Entwicklung verinnerlicht. Vielmehr verwendet der Green Deal die Logik der Industriestaatenwelt, indem er auf eine Transformation durch technologischen Fortschritt setzt und die Wohlstandssicherung in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Entscheidungen stellt. Die dafür notwendigen Handlungsfreiheiten und die politischen und finanziellen Ressourcen haben nur wenige Länder der Welt.

Für den Green Deal der EU steht die Bewährungsprobe noch aus. Denn die Ziele des Deals – zum Beispiel eine bessere Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität – bedeuten auch, dass die EU weniger von den weltweit verfügbaren Konsumgütern und Rohstoffen verbrauchen wird und damit resilienter gegenüber den taktischen Manövern anderer Regierungen werden kann. Gelänge der EU der Green Deal als Modell für einen gesellschaftlichen Konsens über den Umgang mit der globalen Umweltkrise und für ökonomischen Erfolg, könnte dies auch weitere Regierungen beeinflussen. Somit wäre die Hoffnung, dass der Green Deal zum Zugpferd für andere Industrie- und Schwellenländer wird, weil er auf die Verteilungskämpfe um Ressourcen, die Herausforderungen des Klimawandels und die steigenden sozialen Verwerfungen eine Antwort hat. Von dieser europäischen Idee kann also ein wichtiger Impuls ausgehen, für den es global viele Anknüpfungspunkte und potenzielle Mitstreiter gibt.

SUSANNE DRÖGE

ist promovierte Ökonomin und Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
susanne.droege@swp-berlin.org

²² Vgl. Kirsten Westphal/Maria Pastukhova/Jacopo Maria Pepe, Geopolitik des Stroms – Netz, Raum und Macht, SWP-Studie S14/2021.

ENTWICKLUNG STATT WACHSTUM

Rainer Land

Mit dem Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit „Grenzen des Wachstums“ aus dem Jahr 1972⁰¹ begann die öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation der Wirtschaftssysteme. Heute ist allgemein bekannt, dass die natürlichen Ressourcen endlich sind und in absehbarer Zeit erschöpft sein werden: fossile Energien, viele Rohstoffe – Gold, Blei, Kupfer, Zink, Nickel, Bauxit und Uran noch in diesem Jahrhundert, Eisen und Kali im kommenden.⁰² Die Aufnahmefähigkeit der Ökosysteme für Abprodukte (Abgase, Abwässer, Müll und Schadstoffe) ist vielerorten deutlich überschritten.

Die Erdsysteme und die Biosphären können sich wahrscheinlich an einen Klimakollaps und eine für uns vergiftete Atmosphäre, vergiftete Ozeane und Böden anpassen. Die Erhaltung der menschlichen Zivilisation setzt aber Ökosysteme voraus, die den derzeitigen weitgehend ähneln. Ohne einen grundlegenden Pfadwechsel droht die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen. Wie aber ist diese ökologische Krise der menschlichen Produktionsweise zu überwinden?

Es gibt dazu zwei Ansätze. Die eine Richtung ist die des Postwachstum und Degrowth. Die andere ist das Konzept der ökologischen Wirtschaftsentwicklung, ein Ansatz, den auch ich verrete. Zu dieser Richtung gehören verschiedene Varianten des Green New Deal⁰³ und des selektiven oder grünen „Wachstums“.⁰⁴

Beide Ansätze setzen sich kritisch mit dem ökonomischen Mainstream des marktgetriebenen technischen Fortschritts und zwanghaften Wirtschaftswachstums auseinander und streben eine Transformation des Wirtschaftssystems an. Der ökonomische Mainstream hielt lange Zeit einen grundlegenden ökologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsweise für nicht notwendig. Dadurch wurden im Ergebnis mehr als drei Jahrzehnte verschenkt. Derzeit wankt das neoklassische Wachstumsmodell unter dem Druck der ökologischen und sozialen Krisen und neuer politischer Bewegungen wie Fridays for Future.

Inzwischen wird die Notwendigkeit einer ökologischen Neuausrichtung auch im ökonomischen Mainstream anerkannt, wenigstens punktuell. Die Auseinandersetzung zwischen den drei Grundrichtungen – (1) Weiter so mit einzelnen ökologischen Korrekturen (Mainstream), (2) Postwachstum oder (3) ökologischer Umbau durch ein anderes Modell wirtschaftlicher Entwicklung – betrifft vor allem die Methoden. Der Mainstream setzt auf einzelne Marktinstrumente wie einen CO₂-Preis. Degrowth und Postwachstum meinen, geringere Wachstumsraten, Nullwachstum oder negative Wachstumsraten des BIP seien die entscheidende Lösung. Ein verändertes Regime wirtschaftlicher Entwicklung, eine gelenkte Marktwirtschaft mit ökologischer Regulation generiert hingegen andere Richtungen wirtschaftlicher Entwicklung. Die italienisch-amerikanische Ökonomin Mariana Mazzucato spricht diesbezüglich von einem missionsorientierten Ansatz.⁰⁵

WARUM WENIGER ODER KEIN WACHSTUM KEINE LÖSUNG IST

Die Postwachstums-Bewegung hat sich seit den 1960er Jahren stark ausdifferenziert. Ein Höhepunkt war die internationale Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig.⁰⁶ Das Spektrum von Kritik und Alternativen ist breit und umfasst radikal-ökologische Positionen, Kapitalismuskritik, feministische Ansätze, traditionelle linke Positionen, aber auch konservative oder libertäre Wachstumskritik.

Für die Postwachstumstheorie ist der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise ein Wachstumszwang immanent, da er in den Produktionsverhältnissen und der Sozialstruktur begründet sei. Die heutigen ökologischen Probleme seien Folge dieses Wachstumszwangs.⁰⁷ Weiter sei das Wachstum des BIP zwingend mit steigendem Ressourcenverbrauch verbunden, eine Entkopplung sei aufgrund des Rebound-Effekts, bei dem durch Effizienzsteigerungen freigesetzte

Ressourcen durch zusätzliche Produktion direkt wieder gebunden werden, nicht oder nur in engen Grenzen möglich.⁰⁸ Folglich könne ein sinkender Ressourcenverbrauch nur durch weniger Wachstum, streng genommen nur durch negatives Wachstum erreicht werden. Die Einstellung unnötigen Luxuskonsums, ein reduzierter allgemeiner Konsum und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit mehr freier Zeit für Eigenarbeit seien mögliche Wege.⁰⁹

Sinkende oder negative Wachstumsraten scheinen allerdings nur auf den ersten Blick eine plausible Antwort. Ein genauerer Blick zeigt, dass damit keine Lösung der ökologischen Probleme verbunden ist. Geringeres Wachstum oder Nullwachstum würden den laufenden Ressourcenverbrauch nicht reduzieren. Der Verbrauch an Ressourcen, die CO₂-Emissionen und die Menge an Abprodukten und Schadstoffen, die die Ökosysteme sowie die Biodiversität zerstören, sie würden zwar nicht mehr wachsen, aber auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Der Klimawandel verlangt aber, die CO₂-Emissionen binnen 20 oder maximal 30 Jahren auf null zu reduzieren. Etwas Schrumpfung würde kaum nutzen, und eine Halbierung des BIP würde eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise auslösen, die ökologische Krise aber nur herauszögern.

Eine künftige Wirtschaft muss also ganz ohne Entnahme sich erschöpfender Rohstoffe und

ohne Emission schädlicher Abprodukte auskommen. Es geht nicht um Nullwachstum, sondern um eine grundsätzlich umweltkompatible Produktions- und Konsumtionsweise. Diese ist nicht durch Wachstumsbeschränkungen, sondern nur durch grundsätzlich andere, umweltkompatible Verfahren und Produkte zu erreichen, durch einen Umbau des Wirtschaftssystems, durch technologische Innovationen, durch verändertes Konsumverhalten und eine andere sozialökonomische und politische Regulation wirtschaftlicher Entwicklung.

Der Abbau von Luxuskonsum und unnötigem Ressourcenverbrauch ist ein zu unterstützender Vorschlag. Immerhin verursacht der Konsum der Superreichen global fast 16 Prozent der Klimagasemissionen. Damit schädigen sie „das Klima mehr als die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung“.¹⁰ Steuern auf sehr hohe Einkommen, Vermögen und auf Luxuskonsum könnten helfen. Aber das wäre nicht genug. Den größten Anteil am Verbrauch haben die mittleren und unteren Einkommensschichten. Die meisten Menschen in ärmeren Ländern und den Niedriglohnssektoren der entwickelten Länder können und werden nicht auf Teile ihres Einkommens verzichten. Zudem wird die Weltbevölkerung weiter auf voraussichtlich über zehn Milliarden Menschen wachsen. Ein ökologischer Umbau ist nur möglich, wenn er mit der Verbesserung der Lebenssituation für die Bevölkerungsmehrheit verbunden wird, vor allem für die Unter- und Mittelschichten und die ärmeren Länder.

ÖKOLOGISCHER UMBAU UND EVOLUTORISCHE ÖKONOMIE

Nötig ist ein ökologischer Umbau der Produktions- und Lebensweise, der einerseits zu einem absolut sinkenden Ressourcenverbrauch und andererseits zu wachsenden Einkommen der einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheit führt. Eine evolutorische Ökonomie muss und kann diesen Entwicklungspfad aufzeigen.

Er erfordert den Umbau der gesamten Produktion, Konsumtion und Infrastruktur binnen zwei oder drei Generationen, also innerhalb von 50 bis 75 Jahren – einem Zeitraum, in dem auch in der Vergangenheit alle Produktionsmittel, In-

01 Vgl. Dennis Meadows et al., *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1987.

02 Vgl. Rainer Land, *Ökokapital. Bedingungen der Möglichkeit eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung. Ein systemtheoretischer Bauplan*, Düsseldorf 2018, S. 29, http://fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-NOED-12-Land_2019_02_04-komplett-web.pdf.

03 Vgl. *Politische Ökologie* 4/2019: Green New Deal. Fassadenbegrünung oder neuer Gesellschaftsvertrag?

04 Den Terminus „Wachstum“ benutze ich in diesem Kontext nicht, weil ich Entwicklung von Wachstum unterscheiden will.

05 Vgl. Mariana Mazzucato, *Mission: auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft*, Frankfurt/M.–New York 2021, insbes. Kap. 5 und 6.

06 Vgl. dazu auch den Blog www.postwachstum.de.

07 Vgl. dazu Mathias Binswanger, *Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben*, Weinheim 2019.

08 Vgl. Nico Paech, *Grundzüge einer Postwachstumsökonomie*, 2009, www.postwachstumsökonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html. Zu Rebound-Effekten siehe auch den Beitrag von Thomas Döring in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

09 Vgl. Paech (Anm. 8).

10 „Eine kleine Elite gönnt sich einen Freifahrtschein“, 5.11.2021, www.spiegel.de/a-c40397d4-8b21-4b16-b274-916f1bd2f385.

Infrastrukturen, Gebäude und Konsumstrukturen mindestens einmal ersetzt oder transformiert wurden. Es geht also um mittel- und langfristig veränderte Entwicklungsrichtungen, nicht um einen Umsturz von heute auf morgen. Ökologischer Umbau bedeutet, Innovationen primär unter ökologischen Kriterien zu selektieren und alle Verfahren, Produkte und Infrastrukturen unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu erneuern.¹¹ Dabei müssen die prekären Bereiche – die Emission von Treibhausgasen und der Umbau der Energiesysteme, die Zerstörung der Biodiversität, der Plastikmüll, die Wasserkreisläufe – zuerst, also in den nächsten 10 bis 20 Jahren bearbeitet werden.

Unter ökologischen Gesichtspunkten müssen Innovationen zuallererst umweltkompatibel sein. Das heißt, alle neuen Produkte und Verfahren dürfen bei der Herstellung, Anwendung und bei der Entsorgung die Ökosysteme der Erde nicht schädigen. Alle Energiesysteme sind auf erneuerbare Energien umzustellen, ohne Rohstoffe zu verbrauchen oder schädliche Abprodukte zu emittieren. Künftige Verkehrssysteme müssen auf Verfahren aufbauen, die keine Klimagase emittieren, umweltkompatibel und komplett recyclingfähig sind.¹² Für alle prekären Rohstoffe und Abprodukte müssen Stoffkreisläufe unter Zuhilfenahme natürlicher Ökosysteme aufgebaut werden. Für Materialien wie Metalle und Baustoffe sind geschlossene industrielle Kreisläufe zu gestalten. Nach und neben dem Umbau der Energiesysteme sollte der Aufbau eines umfassenden Stoffstrommanagements die zweite wichtige Komponente des ökologischen Umbaus sein. Essenziell ist aber auch der Umbau der Industrie: Sie braucht eine Umstellung auf erneuerbare Energien, in der chemischen Industrie auf grünen Wasserstoff als Energieträger. Ferner muss sie künftig umweltkompatible und recyclingfähige Produkte und Verfahren gestalten. Die Entnahme von Rohstoffen und die Abgabe von

Abprodukten soll tendenziell gegen null reduziert werden, beginnend mit prekären Ressourcen. Schließlich müsste ein Drittel oder sogar die Hälfte der Erde (Landmassen wie Ozeane und Meere) von der wirtschaftlichen Nutzung ausgeschlossen werden und als Naturschutzgebiet ausschließlich der Regeneration und Erhaltung der Ökosysteme dienen.¹³

REGULATION DES ÖKOLOGISCHEN UMBaus

Die skizzierten Entwicklungsrichtungen des ökologischen Umbaus erfordern eine gelenkte Marktwirtschaft. So geht etwa Mariana Mazzucato davon aus, dass der Staat nicht nur wirtschaftliche Rahmenbedingungen sicherstellen soll, sondern durch Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, durch öffentliche Investitionen und Innovationen wirtschaftliche Entwicklung aktiv gestalten muss. Wie es gehen könnte, zeigt sie am Beispiel des Apollo-Programms der Kennedy-Regierung in den 1960er Jahren.¹⁴ Die Vorstellung neoklassischer Ökonomen, der Markt könne sinnvolle Entwicklungstrends selektieren, ist grundlegend falsch. Eine gelenkte Marktwirtschaft ist eine Marktwirtschaft, die Allokation von Ressourcen und die Preisbildung erfolgen im Wesentlichen auf Märkten. Aber es werden gesellschaftliche Entwicklungsziele gesetzt, private wie staatliche Unternehmen werden durch Rahmenbedingungen und geeignete Mittel, vor allem durch öffentliche und private Investitionen, in gewollte Bahnen gelenkt. Dabei dürfen nicht die Finanzmärkte den Trend bestimmen; sie müssen der realwirtschaftlichen Entwicklung dienen.¹⁵

Schon John Maynard Keynes hatte ausführlich begründet, warum eine Marktwirtschaft keine stabile wirtschaftliche Entwicklung generiert, sondern einer makroökonomischen Regulation bedarf, insbesondere der Löhne, der öffentlichen Ausgaben, des Welthandels und der Währungssysteme. Ihm ging es um Stabi-

¹¹ Vgl. ausführlicher Land (Anm. 2), S. 168ff.

¹² Für den ÖPNV sind schienengebundene Verkehrssysteme die vorzügliche Lösung, ergänzt durch Elektrofahrzeuge, die besonders im ländlichen Raum nötig sein werden. Vgl. Rainer Fischbach/Stefan Kissinger, Für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, 8. 2. 2019, www.makroskop.eu/spotlight/no-way-out/fur-die-zukunftsfahigkeit-deutschlands; Volker Quaschnig, Elektroauto, Diesel oder Wasserstoff – Womit stoppen wir die Klimakrise?, 28. 2. 2020, www.youtube.com/watch?v=WBqNS0nQzPY.

¹³ Vgl. Matthias Glaubrecht, Das Ende der Evolution, München 2019, Teil 3, Kap. 5.

¹⁴ Vgl. Mazzucato (Anm. 5).

¹⁵ Vgl. dazu die Ausführungen über die verheerenden Auswirkungen des von Finanzmärkten dominierten Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte von Joseph E. Stiglitz, Der Preis des Profits. Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten, München 2020.

lität und Vollbeschäftigung. Das Konzept der gelenkten Marktwirtschaft geht darüber hinaus: Es geht um die Lenkung der Entwicklungsrichtungen.¹⁶ Es geht um die demokratische Konsensbildung über Entwicklungsziele in der Bevölkerung, die Interessen der Arbeiter, der Unternehmer, der Verbraucher. Es geht um Ziele, die die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen langfristig erhalten. Der Markt wird benötigt, um den aktuellen Zustand des Wirtschaftssystems abzubilden, aber er kann nicht die Ziele künftiger Entwicklung bestimmen. Sie müssen durch einen gesellschaftlichen Kommunikationsprozess erstritten und erarbeitet werden. Es ist durchaus offen, ob dies in den gespaltenen westlichen Gesellschaften gelingen kann. Ein Grundkonsens zum ökologischen Umbau ist derzeit nicht absehbar, weil dieses Thema seit Jahrzehnten für wirtschaftliche und politische Machtkämpfe und für die Umverteilung von Einkommen von unten nach oben missbraucht wurde und wird. Gleichwohl wäre ein solcher Konsens die eine notwendige Voraussetzung für eine Lenkung marktwirtschaftlicher Entwicklung. Die andere betrifft die Instrumente, mit denen gelenkt werden soll.

Ressourcenbewirtschaftung

Das wichtigste ökologische Instrumentarium ist die Bewirtschaftung aller prekären ökologischen Ressourcen. Für jede bewirtschaftete Ressource, seien es Böden, Gewässer, Senken oder Rohstoffe, muss ein Verfahren und eine öffentlich kontrollierte Verwaltung aufgebaut werden, je nach Charakter der Ressource lokal, regional, national oder multinational. Auf wissenschaftlicher Grundlage werden eine Tragfähigkeitsgrenze und,

wenn diese überschritten ist, ein Absenkungspfad (jährliche Verringerung der Nutzung) festgelegt. Die Nutzung bewirtschafteter Ressourcen setzt dann den Erwerb von Nutzungsrechten voraus. Im Rahmen des gesetzten Nutzungsvolumens und der Nachfrage nach Nutzungsrechten wird ein Preis gebildet. Die Preisbildung muss politisch kontrolliert werden, Spekulationen und der Handel mit Nutzungsrechten sind auszuschließen. Nutzungsrechte dürfen nur an die ausgebende Stelle zurückgegeben werden, bei Nichtnutzung darf nur der Ausgabepreis erstattet werden. Entscheidend ist nicht die Bepreisung, wie neoliberale Deutungen gern nahelegen, sondern die strikte Begrenzung der Nutzungsvolumina. Der gesetzte Gesamtrahmen darf nicht überschritten und die Nutzung muss öffentlich überwacht werden.¹⁷

Kreditfinanzierte Investitionen

Gleichzeitig mit der Ressourcenbewirtschaftung oder sogar im Vorlauf dazu müssen Alternativen zur bisherigen Nutzung prekärer Ressourcen entwickelt und angeboten werden. Nur dann haben potenzielle Nachfrager die Möglichkeit, auf Substitute zu wechseln, andere Verfahren oder Materialien anzuwenden, neue umweltkompatible Produkte zu entwickeln und auf Ressourcen zu verzichten, statt für deren Nutzung zu bezahlen. Ressourcenbewirtschaftung ohne breit angelegte Erforschung und Entwicklung neuer umweltkompatibler Technologien und Unternehmensstrategien würde keinen neuen Entwicklungspfad, sondern eine Wirtschaftskrise zur Folge haben. Zu einer missionsorientierten Entwicklung gehört daher die umfassende Finanzierung von Innovationen und Investitionen.¹⁸ Im Vorgriff auf die Ressourcenbewirtschaftung müssen diese Entwicklungen durch Kreditaufnahme finanziert werden. Durch kre-

¹⁶ Eine gelenkte Marktwirtschaft gab es in der Nachkriegszeit. Sie entstand aus der Kombination der Regulationen des US-amerikanischen New Deal, den durch Kreditaufnahme finanzierten Investitionen der USA im Zweiten Weltkrieg und vor allem im anschließenden Wiederaufbau in Westeuropa und Japan. Diese Form der gelenkten Marktwirtschaft, verklärt „soziale Marktwirtschaft“ benannt, lenkte wirtschaftliche Entwicklung in Richtungen, die mit wachsendem Wohlstand, geringer Arbeitslosigkeit, sozialer Sicherheit und militärischer Überlegenheit gegenüber den kommunistischen Ländern verbunden waren. Sie verfügte allerdings über (fast) keine ökologische Regulation und hat daher zu den gravierenden Umweltproblemen geführt, die seit den 1970er Jahren ins Zentrum der Kapitalismuskritik rückten.

¹⁷ Hier ist ein Wort zu den im Postwachstumsdiskurs wichtigen Rebound-Effekten zu sagen. Solange es keine Bewirtschaftung prekärer Ressourcen gibt, muss es zwangsläufig dazu kommen, dass durch Effizienzsteigerung freigesetzte Ressourcen durch zusätzliche Produktion wieder gebunden werden. Eine Absenkung des absoluten Ressourcenverbrauchs kann es dann nicht geben. Das ist aber sofort anders, wenn das Gesamtvolumen der Nutzung gedeckelt ist beziehungsweise durch einen Absenkungspfad jährlich zurückgeht. Daraus folgt: Ohne Ressourcenbewirtschaftung ist ökologischer Umbau nicht möglich.

¹⁸ Vgl. Mazzucato (Anm. 5).

ditfinanzierte Investitionen in Innovationen und neue Anlagen und Infrastrukturen entsteht eine zusätzliche Nachfrage, die den Nachfragerückgang durch steigende Preise bei Nutzungsentgelten ausgleicht. So können depressive Wirkungen der Ressourcenbewirtschaftung vermieden werden. Mit zunehmender Wirksamkeit der Ressourcenbewirtschaftung und der kreditfinanzierten Forschung und Entwicklung können Einnahmen aus Nutzungsentgelten zur Refinanzierung der Kredite eingesetzt werden.

Interventionen

Hinzu kommen weitere Instrumente einer gelenkten Marktwirtschaft, die nicht nur im ökologischen Kontext relevant sind. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ist nötig, damit die inhaltlich gesetzten Entwicklungsziele nicht durch Selektionen auf steigende Marktwerte von Finanzanlagen konterkariert werden, die zudem zu Blasen und Finanzkrisen führen können. Die Geldpolitik muss sicherstellen, dass die kreditfinanzierten Innovations- und Investitionsprogramme mit einem stabilen Konjunkturverlauf einhergehen. Die Lohnpolitik muss sicherstellen, dass die Löhne im Maße der Produktivität plus der Zielinflationsrate steigen und keine anhaltenden Handelsbilanzdivergenzen auftreten. Zudem geht es darum, dass steigende Einkommen mindestens die Preissteigerungen für ökologische Ressourcen ausgleichen – soweit dies Verbraucherpreise betrifft. In der Finanzpolitik müssen alle staatlichen Ausgaben als kompatibel mit dem ökologischen Umbau gestaltet werden – quasi durch einen „ökologischen Vorbehalt“ in der Haushaltspolitik. Die Wechselkurspolitik muss sicherstellen, dass kooperatives Verhalten der Handelspartner im Hinblick auf den ökologischen Umbau begünstigt wird, keine Trittbrettfahrerei erfolgt und ungleiche Lasten ausgeglichen werden. Es bietet sich an, eine Reihe wichtiger ökologischer Programme multinational zu organisieren.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle möglichen Instrumente einer gelenkten Marktwirtschaft darzustellen. Es geht um das Prinzip: Geteilte, gesellschaftlich gesetzte wirtschaftliche Entwicklungsziele sollen durch entsprechende politische Instrumente im Rahmen der Marktwirtschaft umgesetzt werden. Dabei muss es eine demokratische öffentliche Kontrolle und Teilhabe der Zivilgesellschaft geben, damit neue öko-

logische Lenkungsorgane nicht zu Mitteln des Ausbaus verselbstständiger Macht des Staates, der Parteien, einzelner Lobbyorganisationen oder Unternehmen werden. Mit einer ökologisch ausgerichteten gelenkten Marktwirtschaft ist es möglich, den Verbrauch von Naturressourcen, insbesondere die Emissionen von Klimagasen, Abwassern und Müll sowie den Abbau endlicher Rohstoffe *absolut* und, wo es erforderlich ist, auf null oder unter wissenschaftlich begründete Tragfähigkeitsgrenzen abzusenken.

EVOLUTION STATT WACHSTUM

Die Ökosysteme der Erde funktionieren seit mehr als drei Milliarden Jahren mit einer konstanten Stoffmenge (Wasser, Minerale, Kohlenstoff) und einem weitgehend konstanten Zu- und Abstrom von Energie (der Sonne). Alle Stoffe werden in geologischen oder biologischen Kreisläufen laufend umgewälzt, ihre Menge wächst dabei nicht. Trotzdem war und ist die Evolution einer unbegrenzten Vielfalt biologischer Arten, Populationen und Lebewesen möglich – ohne eine wachsende Stoffmenge und bei konstantem Energiestrom. Auf einem endlichen Planeten ist kein endloses Wachstum möglich, aber sehr wohl endlose Evolution. An diesem Modell sollte sich auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaften und ihrer Wirtschaftssysteme orientieren: endlose Entwicklung bei endlichen Stoffkreisläufen und Energieströmen. Es ist fatal, wenn man Entwicklung mit Wachstum gleichsetzt.

Die Bewirtschaftung aller prekären ökologischen Ressourcen limitiert den Verbrauch unterhalb von Tragfähigkeitsgrenzen. Die zweite Komponente, ein kreditfinanziertes Programm für Innovationen und Investitionen, erzeugt das Reservoir, auf dem die Selektion neuer umweltkompatibler Produkte und Verfahren aufbauen kann. Beides zusammen ermöglicht wirtschaftliche Entwicklung bei absolut sinkendem Verbrauch von Naturressourcen. Zumindest theoretisch könnte auf diesem Weg eine umweltkompatible Produktionsweise entstehen. Auch bei absolut sinkendem Verbrauch von Naturressourcen würde der wirtschaftliche Wert der Weltproduktion beziehungsweise die Preissumme aller von allen Volkswirtschaften erzeugten Produkte und Leistungen aus drei Gründen wachsen.

Erstens wären die steigenden Innovationsleistungen und die Produktion der Investitionsgüter für den ökologischen Umbau Teil der Wertschöpfung und würden den Wert der nationalen BIP erhöhen. Dabei wäre darauf zu achten, dass diese neue zusätzliche Produktion weitgehend und möglichst bald vollständig mit erneuerbaren Energien und umweltkompatiblen Produkten, Investitionsgütern und Materialien in geschlossenen oder offenen Stoffströmen hergestellt wird, weil nur dann ein steigendes BIP mit sinkendem Ressourcenverbrauch erreicht werden kann.

Zweitens würde der Wert des BIP steigen, weil die Weltbevölkerung noch einige Jahre weiterwachsen wird, also mehr Nahrung, Kleidung, Wohnungen, Bildung und so weiter produziert werden müssen.

Drittens kann der Wert des Produktionsoutputs auch steigen, wenn die neuen Produkte aufgrund von Qualitätsverbesserungen einen höheren Wert haben.¹⁹ Ein wachsendes BIP bei sinkendem Verbrauch hält die Postwachstumsökonomie für unmöglich. Die meisten empirischen Daten zeigen tatsächlich, dass BIP und Ressourcenverbrauch in der Vergangenheit parallel wuchsen. Das ist leicht zu erklären: In einem Wirtschaftssystem, in dem es keine Mengenbegrenzung ökologischer Ressourcen gab, keine Regulierung, keine Bewirtschaftung, und bis heute kaum gibt, können alle ökologischen Ressourcen bis zur Erschöpfung ausgebeutet werden. Jede freie Ressource wird ergriffen. Das erklärt den sogenannten Rebound-Effekt. Es gibt aber keinen zwingenden Zusammenhang zwischen dem physischen Verbrauch von Naturressourcen und dem Wachstum des in Geld ausgedrückten Wertes des BIP, es muss also auch nichts „entkoppelt“ werden. Aber erst Mengenbegrenzungen und Ressourcenbewirtschaftung führen

zu einer Selektion von Innovationen mit Blick auf Umweltkompatibilität und sinkenden Naturverbrauch.

IST ÖKOLOGISCHER UMBAU POLITISCH MACHBAR?

Das skizzierte Modell eines evolutorischen ökologischen Umbaus mit konsensualen Zielen, Selektionskriterien und Instrumenten wirtschaftlicher Entwicklung ist ein zu diskutierendes Konzept, das Möglichkeiten, Entwicklungspfade und Grenzen aufzeigen soll. Es gibt keinen politischen Akteur, der dies in Gänze umsetzen könnte. Vor allem fehlt der für eine gelenkte Marktwirtschaft erforderliche gesellschaftliche Grundkonsens. Wir haben es mit gegeneinander agierenden Akteursgruppen zu tun, die ihre Interessen häufig auf Kosten anderer durchzusetzen versuchen und sich keinen Gemeininteressen unterordnen. Die heute übliche Beschwörung gemeinsamer Werte hilft nicht. Abstrakte Werte sind keine geteilten Entwicklungsziele, sondern auf Abgrenzung und Gefolgschaft zielende Ideologie.

Trotzdem ist eine ökologische Entwicklung nicht chancenlos. Es wäre denkbar, dass über mehrere Schritte, beginnend mit einer von der Klimabewegung erzwungenen Anpassung der Energiesysteme, nach und nach neue Entwicklungen beginnen. Ansätze gibt es. Mit solchen noch unzureichenden Schritten könnten Verbesserungen der sozialen Lage und der Lebenswelt einhergehen, die soziale Spaltungen verringern. Dann wäre ein neuer ökologischer und sozialer Grundkonsens denkbar. Es besteht aber auch ein Risiko. Wenn die zu erwartenden ökologischen Probleme, vor allem der Klimawandel, zur Verschlechterung der sozialen Lage großer Bevölkerungsteile und zu wachsenden Flüchtlingsströmen führte, dann ist ein Kollaps wahrscheinlich.

¹⁹ Mit Qualitätsverbesserungen einhergehende nicht-inflationäre Preissteigerungen werden bei der Berechnung des BIP statistisch berücksichtigt und sind im revidierten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verbindlich. Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Methoden der Preis- und Volumenmessung, Wiesbaden 2017, Kap. 1. Schätzungen besagen, dass in entwickelten Volkswirtschaften mindestens die Hälfte der Wertsteigerung des BIP nicht auf Mengenwachstum, sondern auf Qualitätsverbesserungen beruht und jährlich etwa ein bis zwei Prozent Wachstum, Tendenz steigend, ausmachen dürfte. Vgl. Marina Giese, Die Entwicklung des Qualitätswachstums als Bestandteil des BIP-Wachstums, Diplomarbeit, Universität zu Köln 2011, S. 2, S. 20, S. 25 ff.

RAINER LAND

ist Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler am Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V. in Schlemmin.

www.rla-texte.de

KLIMASCHUTZ DURCH INNOVATION UND MARKTWIRTSCHAFT

Johannes Müller-Salo · Rupert Pritzl

Der klimapolitische Diskurs in Deutschland erscheint paradox: Nahezu alle politischen Akteure suchen sich zu überbieten, wenn es um die stetige Verschärfung der Klimaziele und um die Verkürzung des Zeitrahmens geht, ohne zugleich die geeigneten Instrumente zur Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele kritisch zu diskutieren. So hat auch die grundsätzliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021, die „ausreichende Vorkehrungen“ zur Zielerfüllung anmahnt,⁰¹ in der Politik nur zu neuen Debatten um Zielvorgaben geführt. In der klimapolitischen Diskussion scheinen die Akteure in ihrer eigenen Vorstellungswelt gefangen sowie zwischen selbstbekundetem moralischem Anspruch und tatsächlicher ökonomischer Realität hin- und hergerissen zu sein.⁰²

Den klimapolitischen Diskurs in Deutschland prägen moralische Argumente und eine emotionale, mit katastrophischen Bildern und ökologischer Apokalyptik arbeitende Sprache.⁰³ Die passenden klimapolitischen Instrumente, ihre Vor- und Nachteile, ihre Zieltauglichkeit und ihre gesamtwirtschaftlichen Kosten geraten darüber aus dem Blick.⁰⁴ Vor diesem Hintergrund verstehen wir unsere Ausführungen als einen Beitrag zur Versachlichung der klimapolitischen Debatte, in der ein politischer Moralismus oft eine ehrliche und transparente Diskussion unterbindet.⁰⁵ Wir sind davon überzeugt, dass eine nachhaltige und mehrheitsfähige Klimapolitik Forderungen der Gerechtigkeit ebenso genügen muss wie Forderungen der Effizienz.

GERECHTIGKEIT

Klimaschutz ist moralisch zuerst aus Gründen der Gerechtigkeit gefordert: Keiner Generation steht das Recht zu, die natürlichen Ressourcen im Übermaß für sich zu nutzen und späteren Generationen ungebührliche Lasten aufzuerlegen. In der mit Klimaproblemen befassten ethischen Ge-

rechtigkeitsdebatte konkurrieren unterschiedliche normative Modelle – etwa ein liberaler Egalitarismus in der Tradition von John Rawls, eine utilitaristische Zukunftsethik und ein auf die Sicherung eines Grundniveaus an zukünftigem Wohlergehen abzielender „Suffizientarismus“.⁰⁶ Fraglos lässt sich jede dieser Positionen zur Begründung umfassender Klimaschutzpflichten heranziehen.

Vorstellungen von Gerechtigkeit besitzen jedoch die unbequeme Eigenschaft, dass sie nicht nur auf Zustände und Ergebnisse, sondern auch auf Verfahren und Prozesse bezogen werden können, die zu entsprechenden Ergebnissen führen. Die normative Logik verlangt, Ergebnis und Verfahren zusammenzudenken: Wenn „die Gegenwart“ moralisch verpflichtet ist, für „die Zukunft“ vorzusorgen und effektiven Klimaschutz zu betreiben, dann kann es moralisch nicht irrelevant sein, wie „die Gegenwart“ die Kosten verteilt.⁰⁷

Klimagerechtigkeit hat also zwei Seiten, die es verdienen, in der öffentlichen Debatte gleichermaßen thematisiert zu werden. Die intergenerationale Perspektive zeigt auf, welcher Klimaschutz gerecht ist, welcher Klimaschutz zukünftigen Generationen moralisch geschuldet ist – und die intragenerationelle Perspektive zeigt auf, wie Klimaschutz in der Gegenwart gerecht zu organisieren ist und wie eine gerechte Verteilung der gegenwärtigen Kosten für den Klimaschutz auszusehen hat.

Das Erreichen der politisch beschlossenen Klimaziele bringt erhebliche Einschränkungen und Veränderungen der Konsum- und Produktionsaktivitäten und somit erhebliche gesellschaftliche Kosten mit sich. Eine weitere Verschärfung der klimapolitischen Anforderungen in Deutschland durch Vorziehen der Klimaneutralität von 2050 auf 2045, wie im von der damaligen Bundesregierung hastig überarbeiteten und im Juni 2021 beschlossenen Klimaschutzgesetz vorgesehen, treibt diese Kosten weiter in die Höhe. Es ist ein Gebot politischer Aufrichtigkeit, dies klar

zu kommunizieren. Wer Kosten gesamtgesellschaftlich gerecht verteilen will, muss sie zuerst transparent offenlegen. Dazu gehört auch, dass die politischen Parteien alternative Politikarrangements klar konturieren, um so der demokratischen Wählerschaft eine echte Auswahl und damit Entscheidungsmacht zu geben. Anders formuliert: „Letztlich steht und fällt eine zielführende Klimapolitik mit der Fähigkeit der Politik, sich gegenüber den Bürgern glaubwürdig zu einer Klimapolitik zu bekennen.“⁰⁸ Eine offene Kommunikation der Klimaschutzkosten sollte damit eine Grundbedingung im klimapolitischen Diskurs sein.

ZIELKONFLIKTE

Viele Vertreter einer ambitionierten Klimapolitik sind implizit der Auffassung, dass dem Klimaschutz der höchste Stellenwert gegenüber allen anderen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Zielen einzuräumen ist. Eine solche Haltung lässt außer Acht, dass die Vereinten Nationen 2015 17 Entwicklungsziele verabschiedet haben, die die menschlichen Bedürfnisse umfassend widerspiegeln und gemeinsam erreicht werden sollen.⁰⁹ Andere Länder greifen den Gedanken pluraler Entwicklungsziele in ihrer Klimaschutzpolitik auf. Dies gilt beispielsweise für Südafrika, welches in seinem nationalen Rahmenplan zur

Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von der „overriding priority to address poverty and inequality“ spricht,¹⁰ das Ziel des Klimaschutzes somit eng an das Ziel der Armutsbekämpfung koppelt. Auch umfasst Nachhaltigkeit die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, die gesellschaftlich miteinander in Einklang gebracht werden müssen.¹¹

Selbstredend können diese Ziele miteinander in Konflikt geraten. Darauf reagierende politische Prozesse der Konfliktlösung sollten als wesentliches, geradezu unverzichtbares Medium der Herstellung intragenerationeller Gerechtigkeit angesehen werden. Wo alles unhinterfragt dem Klimaschutz untergeordnet wird, wird der dringend nötigen öffentlichen Debatte über gegenwärtige Klimagerechtigkeit, das heißt Klimaschutzkostengerechtigkeit, aus dem Weg gegangen. Es drohen „neue Ungerechtigkeiten (...) im Gewand des Umweltschutzes“.¹²

Wer alle Gesetze unter einen klimapolitischen Vorbehalt stellt und pauschal wirtschaftliche Aktivitäten in klimaförderlicher Absicht als „gut“ oder „böse“ kategorisiert, der muss sich die Frage nach seinem Gerechtigkeitsverständnis gefallen lassen: Warum sollte etwa eine klimapolitische Maßnahme zu billigen sein, deren Kosten die am schlechtesten Gestellten der Gegenwart in besonderem Maße belasten?

EFFIZIENZ

Gerechtigkeit und Effizienz haben weitaus mehr miteinander zu tun als gemeinhin angenommen.

01 „Der Gesetzgeber hat (...) Grundrechte verletzt, weil er keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen hat, die – wegen der gesetzlich bis 2030 zugelassenen Emissionen in späteren Zeiträumen möglicherweise sehr hohen – Emissionsminderungspflichten grundrechtsschonend zu bewältigen.“ Entscheidung des BVerfG vom 24.3.2021, Rn. 182.

02 Vgl. Joachim Weimann, Wissen wir, was wir tun? Die deutsche Energiepolitik zwischen moralischem Anspruch und ökonomischer Realität, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Diskussionspapier 10/2015.

03 Vgl. dazu Johannes Müller-Salo, Klima, Sprache und Moral. Eine philosophische Kritik, Stuttgart 2020, Kap. 4.

04 Die Kosten der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 werden mittlerweile auf bis zu sechs Billionen Euro geschätzt. Vgl. Prognos AG, Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland, Frankfurt/M. 2021, S. XI–XIII.

05 Vgl. Rupert Pritzl/Fritz Söllner, Der politische Moralismus in der deutschen Klima- und Energiepolitik, 22.4.2021, www.ludwig-erhard.de/orientierungen/rationales-verhalten/der-politische-moralismus-in-der-deutschen-klima-und-energiepolitik.

06 Vgl. Kirsten Meyer, Was schulden wir künftigen Generationen? Herausforderung Zukunftsethik, Stuttgart 2018; Bernward Gesang, Klimaethik, Frankfurt/M. 2011; Axel Gosseries/Lukas H. Meyer (Hrsg.), Intergenerational Justice, Oxford 2009.

07 Am deutlichsten wird das mit Blick auf die Frage, auf welcher Grundlage eigentlich die Klimaschutzkosten in der Gegenwart verteilt werden sollen. Die wissenschaftliche Klimaethik diskutiert als mögliche grundsätzliche Antworten auf diese Frage etwa die Prinzipien der Verursachung und der Leistungsfähigkeit. Vgl. als Überblick Dieter Birnbacher, Klimaethik. Nach uns die Sintflut?, Stuttgart 2016, S. 107–122.

08 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik: Sondergutachten, Berlin 2019.

09 Vgl. Vereinte Nationen, Ziele für nachhaltige Entwicklung, Bericht 2021, New York 2021.

10 Maria Jernnäs/Björn-Ola Linnér, A Discursive Cartography of Nationally Determined Contributions to the Paris Climate Agreement, in: Global Environmental Change 2/2019, S. 73–83, hier S. 77.

11 Siehe hierzu auch den Beitrag von Susanne Dröge in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

12 Papst Franziskus, *Laudato si'*. Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Stuttgart 2015, Abschnitt 170, S. 145.

Wo das Ziel – der Klimaschutz – moralisch gefordert ist, ist von einer Gesellschaft zunächst einmal zu verlangen, dass sie ihren Beitrag zum Erreichen dieses Ziels leistet. Wie sie das tut, ist ihre demokratische Entscheidung. Wenn eine Gesellschaft einen stark ineffizienten Weg zum Erreichen des moralisch Gebotenen einschlägt, können sich Menschen mit Recht über Ungerechtigkeit beklagen: Jeder von ihnen muss mehr zahlen, als zum Erfüllen der moralischen Norm erforderlich wäre, würden die Mittel nur effizient eingesetzt. Die Ungerechtigkeit steigt in dem Maße, in dem Einzelne schlechter gestellt sind und selbst nur über begrenzte Ressourcen verfügen. Eine ineffiziente und ineffektive Klimapolitik hat besonders regressive Verteilungswirkungen und schädigt die unteren Bevölkerungsschichten überproportional. Unerwünschte Verteilungswirkungen und eine soziale Schieflage der bisherigen politischen Maßnahmen sind unübersehbar: So belastet die EEG-Umlage auf den Stromverbrauch die unteren Einkommensgruppen verhältnismäßig stark, die staatlichen Förderung der Elektromobilität kommt besonders den kaufkräftigen Einkommensbeziehern und Dienstwagenutzern zugute und von der umfangreichen energetischen Gebäudeförderung profitieren die Eigenheim- und Wohnraumbesitzerinnen. Klimapolitik aber wird nur dann nachhaltig und erfolgreich sein, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung auch als sozial gerecht empfunden wird.

Eben aus diesem Grund ist Effizienz dort, wo der Gegenwart im Sinne intergenerationaler Gerechtigkeit Forderungen auferlegt werden, selbst ein normatives Gebot. Es geht um eine kosteneffiziente Klimapolitik, die nur dadurch erreicht werden kann, dass es zu einem marktlichen Ausgleich der Grenzvermeidungskosten in allen Bereichen und allen Sektoren und in allen Wirtschaftsräumen kommt.¹³ Klimaneutrale Produktions- und Konsumaktivitäten zu erreichen, erfordert enorme Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung sowie in der wirtschaftlichen Umsetzung. Das ist freilich nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung durch den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ zu gewährleisten und nicht durch klimadirigisti-

sche Interventionen und staatliche Verbote. Nur durch die bewusste Indienstnahme des Marktes und des Systems der relativen Preise und nicht durch Ablehnung oder Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft wird Klimaneutralität effektiv und effizient erreicht werden können.¹⁴ Denn die Erreichung dieses Ziels hängt von neuen Technologien und innovativen Lösungen ab. Welche das sein werden, weiß heute niemand, ehrlicherweise auch kein Politiker. Wo Politiker glauben, das Ergebnis von innovativen Entwicklungsprozessen vorhersagen zu können, findet eine „Anmaßung von Wissen“ (von Hayek) statt. Es sind vielmehr die Märkte, die einen offenen wettbewerblichen Such- und Auswahlprozess vorantreiben und welche die technisch und wirtschaftlich Erfolgreichen mit Gewinnen belohnen.¹⁵ Marktliche Prozesse sind schon deswegen unverzichtbar, da sie Kostendruck erzeugen, der dazu führt, dass sich die preiswertesten Lösungen durchsetzen. Darauf sind wir angewiesen, denn der klimaneutrale Umbau der Gesellschaft wird in jedem Fall teuer genug und Deutschland sieht sich schließlich noch mit anderen, ebenfalls sehr kostspieligen Herausforderungen wie dem Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur konfrontiert.

TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Der „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ bedeutet aber noch weitaus mehr: Energiesparmaßnahmen, Verbesserungen der Energieeffizienz und eine nachhaltigere Lebensweise werden sicher zu den Klimaschutzzielen beitragen. Es steht aber zu erwarten, dass es Innovationen und Technologien der Zukunft sind, die den wesentlichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Als Gamechanger sind sie effizienter in der Zielerreichung und, entsprechend des Zusammenhangs von Effizienz und Gerechtigkeit, auch gerechter. In seinem 2021 erschienenen Buch zum Klimaschutz illustriert Bill Gates diesen Zusammenhang am unmittelbar einleuchtenden Beispiel der gerechten und klimafreundlichen Stromversorgung in Entwicklungsländern.¹⁶ Ohne neue Technologi-

¹³ Vgl. Joachim Weimann, *Die Zukunft der Klimapolitik: CO₂-Steuer, Emissionshandel oder weiter wie bisher?*, Kurzgutachten für den Bundesverband Die Familienunternehmer e. V./Die jungen Unternehmer, Berlin 2019.

¹⁴ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, *Energiepreise und effiziente Klimapolitik*, Berlin 2019.

¹⁵ Vgl. Heike Göbel, *Der Markt als Verbündeter im Klimaschutz*, in: APuZ 47–48/2019, S. 26–29.

¹⁶ Vgl. Bill Gates, *Wie wir die Klimakatastrophe verhindern*, München 2021, S. 80 ff.

en, die entsprechende Effizienzsprünge erlauben, wird diese Forderung der Gerechtigkeit – die ärmeren Staaten haben einen begründeten Anspruch auf genügend und genügend billigen Strom – nicht zu verwirklichen sein. Und auch der Zukunftsrat der bayerischen Wirtschaft hat in seiner grundlegenden Handlungsempfehlung betont, dass die Klimaschutzanstrengungen in Deutschland darauf zielen müssen, nachhaltige Innovationen und Technologien zu entwickeln und in die wirtschaftliche Umsetzung zu bringen.¹⁷

Mit seinem Alleingang beim Ausstieg aus der Kernenergie ist Deutschland kein Vorbild für andere Länder. Kein anderes Land hat – im Nachgang zur Katastrophe von Fukushima 2011 – eine ähnlich radikale Entscheidung getroffen. Deutschland setzt mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz seit 2000 (fast) ausschließlich auf den verstärkten Einsatz von politisch ausgewählten erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Wind- und Bioenergie) und lehnt es ab, andere neue oder alternative Technologien zu erforschen und auch anzuwenden. So werden in Deutschland etwa die Carbon-Capture-Storage (CCS) und die Carbon-Capture-Utilization (CCU) ignoriert. Mit dem nationalen Kernenergieausstieg sind auch sämtliche Weiterentwicklungen von Fusionsreaktoren kategorisch ausgeschlossen – und alternative Energieformen und -quellen wie zum Beispiel alternative Antriebe oder synthetische Treibstoffe werden eher stiefmütterlich behandelt. Andere Länder hingegen setzen auf einen offenen Mix verschiedener Formen der Energiegewinnung und einen technologieoffenen Ansatz, der auch die Kernenergie berücksichtigt, für die sich insbesondere Frankreich innerhalb der EU stark macht.¹⁸ Auch weisen viele Schwellenländer enorme Steigerungsraten des gesamtwirtschaftlichen Energiebedarfs auf, die letztlich nur mit allen Formen der Energiegewinnung befriedigt werden können.

Das „Wall Street Journal“ bezeichnete die deutsche Energiewende im Januar 2019 als die „dümmste Energiepolitik der Welt“.¹⁹ Wenn es entscheidend ist, wie die „deutsche und europäische Klimapolitik die klimapolitischen An-

strengungen anderer Länder beeinflusst“,²⁰ sollte Deutschland nicht weiter in einer klimapolitischen „Realitätsillusion“²¹ verharren, sondern zu der Erkenntnis kommen, dass eine von „Denkverboten“ gekennzeichnete und national ausgerichtete Klimapolitik sicher nicht zum Vorbild der Welt gereicht. Es gibt gute Gründe, die im deutschen Klimaschutzdiskurs fest verankerte, von früheren Umweltbewegungen geerbte Technologieskepsis zu überwinden.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Wer das eingangs beschriebene Doppelgebot der Gerechtigkeit ernst nimmt, wird schließlich an der grundlegenden Problemstruktur der Klimafrage nicht vorbeikommen: Der Schutz des Klimas ist ein internationales nicht-ausschließbares Gemeinschaftsgut. Dies bedeutet, dass es für alle Länder rational ist, sich nicht an der Bereitstellung des öffentlichen Gutes Klimaschutz zu beteiligen, wenn nicht auch (fast) alle anderen Länder sich angemessen daran beteiligen. Der Sachverständigenrat Wirtschaft hat daher der internationalen Kooperation aller Staaten eine zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Klimapolitik beigemessen. Es reicht eben nicht aus, wenn sich ein einziges Land wie Deutschland mit einem Anteil von rund zwei Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen ohne abgestimmtes und koordiniertes Verhalten selbst ambitionierte nationale Klimaschutzziele setzt und sich damit enorme gesellschaftliche Kosten auferlegt.²²

Auch dies ist zuallererst eine Frage der Gerechtigkeit: Niemand kann von einem Menschen erwarten, enorme Ressourcen für ein nicht zu erreichendes Ziel aufzubringen. Dieses Ansinnen bedeutet aus wirtschaftsethischer Sicht eine „Selbstaufopferung Deutschlands“.²³ Mit welchem Recht sollte ein Fischer dazu gezwungen

¹⁷ Vgl. Zukunftsrat der bayerischen Wirtschaft, Handlungsempfehlung: Nachhaltige Innovationen, München 2020.

¹⁸ Vgl. Bruno Le Maire, Aufruf: Warum Europa Kernenergie braucht, in: Die Welt, 11. 10. 2021, S. 7.

¹⁹ World's Dumbest Energy Policy: After Giving Up Nuclear Power, Germany Now Wants to Abandon Coal, 29. 1. 2019, www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424.

²⁰ Axel Ockenfels/Christoph Schmidt, Die Mutter aller Kooperationsprobleme, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 2/2019, S. 122–130, hier S. 124.

²¹ Rupert Pritzl, Realitätsillusion der deutschen Klimapolitik, in: Wirtschaftsdienst 9/2020, S. 701–706.

²² Vgl. ders./Fritz Söllner, Rationale Klimapolitik – ökonomische Anforderungen und politische Hindernisse, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 46/2021, S. 423–444.

²³ Vgl. Christian Conrad, Der deutsche Alleingang im Klimaschutz ist sinnlos, 19. 5. 2021, www.welt.de/debatte/kommentare/plus231236389.

werden können, bei Gefahr für Leib und Leben auf das stürmische Meer hinauszufahren, wenn von vornherein klar ist, dass er allein keine Chance hat, Menschen vom in Seenot geratenen Fährschiff am Horizont zu retten?

Es erscheint damit sowohl als Gebot der Gerechtigkeit wie auch der Effizienz, dass Deutschland zuallererst mit anderen relevanten Ländern über ein gemeinsames und praktisch wirksames Vorgehen verhandelt. Eine wirksame Klimapolitik für Deutschland muss zuallererst Klimaaußenpolitik sein, wie sie auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung programmatisch verankert ist.²⁴

GESELLSCHAFTLICHE AKZEPTANZ

Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, Probleme der intragenerationellen Gerechtigkeit und Fragen der Effizienz in der klimapolitischen Debatte endlich zusammenzudenken. Ohne eine gerechte und damit hinreichend effiziente Verteilung der Klimaschutzkosten wird es schwer sein, demokratische Mehrheiten für das Jahrhundertprojekt des Klimaschutzes zu finden. Der massive Strukturwandel hin zur klimaneutralen Gesellschaft ist auf breite gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Der Umbau der Gesellschaft hat gerade erst begonnen, der größte Anteil der Kosten wird in Zukunft zu entrichten sein. Mit den Kosten werden auch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Kostenverteilung zunehmen und damit zwangsläufig Fragen nach Gerechtigkeit und Effizienz aufwerfen. Mit gutem Grund hat der Bundesrechnungshof jüngst die durch die Ineffizienzen hervorgerufenen enormen Kosten der Energiewende deutlich als Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und als Bedrohung für die gesellschaftliche Akzeptanz der Klimawende herausgestellt.²⁵ Die politischen Parteien sollten die Diskussion eröffnen, aus der einmal ein hinreichend großer gesellschaftlicher Konsens über die Frage, wie der Wandel gerecht und effizient zu gestalten ist, erwachsen kann.

²⁴ Vgl. SPD/Bündnis90/Die Grünen/FDP, Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025, Berlin 2021, S. 63.

²⁵ Vgl. Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität, Bonn 2021.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Wer eine Klimapolitik will, die den Anforderungen der Gerechtigkeit ebenso genügt wie denen der Effizienz, sollte mehr auf Vernunft und weniger auf Panik setzen. Eine zielführende, rationale Klimapolitik beginnt mit einer ebenso offenen wie ehrlichen Diskussion, in der die verschiedenen, nicht zuletzt innovationsgestützten Optionen ebenso zur Sprache kommen wie die mit ihnen verbundenen Kosten. Angesichts der Größe der klimapolitischen Herausforderung ist es geradezu politisch fahrlässig, die Klimapolitik auf die medienwirksame Verabschiedung immer ambitionierterer Klimaziele zu konzentrieren, ohne die Effizienz und Wirksamkeit der gegenwärtig hauptsächlich zum Einsatz kommenden Instrumente kritisch zu hinterfragen.

Die deutsche Politik muss sich auf internationaler Ebene für ein funktionierendes Emissionshandelssystem einsetzen, das auf Wechselseitigkeit beruht, damit die hierzulande erzielten Erfolge in der Emissionsreduktion nicht durch massiv steigende CO₂-Emissionen in anderen Teilen der Welt zunichtegemacht werden. Nur so ist ein weltweit effektiver und effizienter Klimaschutz möglich. Und nur so wird deutsche Klimapolitik mehrheitsfähig bleiben. Dabei ist immer zu bedenken: Der Weg zur Klimaneutralität ist ein Marathon und kein Sprint. Die Gesellschaft kann diesen Marathon nur durchhalten, wenn einer breiten Mehrheit auf Dauer zu vermitteln ist, dass die Klimapolitik ebenso effizient wie gerecht ist und damit der beste Weg zum geforderten Ziel der Klimaneutralität gewählt worden ist.

Der Beitrag basiert auf dem Text „Gerechtigkeit und Effizienz. Zentrale Aspekte der gesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende“, in: Wirtschaftsdienst 12/2021, S. 971–976.

JOHANNES MÜLLER-SALO

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Leibniz Universität Hannover.
johannes.mueller-salo@philos.uni-hannover.de

RUPERT PRITZL

ist im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie tätig und Lehrbeauftragter an der FOM Hochschule in München. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.
rupert.pritzl@stmwi.bayern.de

ESSAY

DER GROßE (SELBST-)BETRUG

„Klimaneutralität“ durch „grünes Wachstum“

Birgit Mahnkopf

Seit Beginn des Holozäns vor 12 000 Jahren verbrauchen, transformieren und zerstören Menschen die Natur – indem sie Lebewesen, Stoffe und Energieträger für ihre Zwecke nutzen. Dabei erzeugen sie „Reststoffe“ in Form von Gasen und Giften. Das alles geschieht einzig durch ihre Art und Weise zu arbeiten, sich zu bewegen, schlichtweg: durch ihre Lebensweise.

Als besonders zerstörerisch hat sich der „euro-atlantische way of life“⁰¹ erwiesen, der sich seit dem 16. Jahrhundert über den gesamten Globus ausgedehnt hat. Während der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts ist diese Lebensweise, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, großer Industrie, hoher Mobilität, städtischer Agglomerationsverdichtung und auf einer von der Realökonomie immer weiter abgekoppelten Sphäre der Finanzmärkte sowie auf beschleunigtem technischen Fortschritt basiert, im Zuge „nachholender Industrialisierung“ global zur dominanten Lebensweise geworden. Heute ist der kapitalistische Weltmarkt, der zu Zeiten von Karl Marx nicht mehr als eine Tendenz war, tatsächlich vollendet. Denn nach dem Sieg des Kapitalismus über die sogenannte Zweite Welt der nur eingeschränkt in den Weltmarkt integrierten Wirtschaften gibt es keine Ökonomien mehr, die nicht vom Marktprinzip erfasst wären.

Diese Entwicklung hat die Welt in einen Zustand versetzt, an dem sich für die Menschheit als Ganzes die existenzielle Frage stellt, wie die Zerstörung der Ökosysteme gestoppt, die Vernutzung von Naturstoffen radikal heruntergefahren und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Treibhausgasemissionen, die wir in den vergangenen 200 Jahren in die Atmosphäre geschickt haben, schnellstmöglich zu reduzieren. Im Kern berührt diese Frage den gesamten Entwicklungspfad der bisherigen menschlichen Zivilisation. Denn dieser gründet darauf, die Ener-

gieproduktion pro Landfläche zu erhöhen – und keine der anderen Energiequellen ermöglicht dies in so gewaltigem Umfang wie die fossilen.

Daher besteht die epochale Herausforderung heute darin, die Politik an einem ökologischen Imperativ auszurichten der wie folgt bestimmt werden kann: *Erstens* muss der Energieverbrauch pro Kopf der wachsenden Weltbevölkerung drastisch reduziert werden – und dies in erster Linie in den großen Industrieländern, wo er um so vieles höher liegt als in den Ländern des Globalen Südens. *Zweitens* ist die Belastung aller Senken für Schadstoffe jedweder Art (und beileibe nicht allein der Klimagase) schrittweise auf etwa das Niveau der 1970er Jahre, danach auf das der 1960er und schließlich auf das der 1950er Jahre zurückzuführen. Dazu stehen heute moderne Technologien zur Verfügung, sodass ein deutlich verringerter Energieverbrauch in den Industrieländern nicht gleichbedeutend sein müsste mit einem zivilisatorischen Rückschritt. *Drittens* ist der globale Ressourcenverbrauch um mindestens zwei Drittel zu senken. Dies würde zugleich verlangen, dass *viertens* der Konsum von nicht-lebenswichtigen Gütern deutlich eingeschränkt und die Wiedernutzungs- sowie Recyclingquoten aller Stoffe drastisch gesteigert werden müssten.

Allerdings basiert die soziale Formation des Industriekapitalismus zum einen auf der Produktion für anonyme und weitgehend selbstregulierte Märkte, auf denen die stetige Ausweitung der Geschäftstätigkeit durch die Konkurrenz erzwungen wird, und zum anderen auf Geld in seiner Form als Kredit, das nicht nur einen Profit für seine EigentümerInnen erwirtschaften soll, sondern auch die Zinskosten decken muss – bevor es vermehrt aufs Neue in den Wirtschafts- und Akkumulationsprozess eingeführt wird. Dies ist ein grenzenloser Vorgang, der kein anderes Ziel hat, als die Akkumulation von Kapital in Gang zu halten. Die ebenso

massiven wie irreversiblen ökologischen Prozesse der Transformation von Stoffen und Energie in mehr oder weniger nützliche Waren stoßen hingegen an biophysische Grenzen der Natur, sowohl auf der Input-Seite ökonomischer Prozesse, also hinsichtlich der Verfügbarkeit von fruchtbarem Land, Wasser, Mineralien, als auch auf der Output-Seite der Aufnahmefähigkeit der Senken für jede Form von Giftstoffen. Daher stellt sich mit dem ökologischen Imperativ zugleich die Frage nach der Zukunft kapitalistischer Industriegesellschaften.

DER NICHT SO NEUE UND AUCH NICHT SO GRÜNE DEAL DER EU

Wie sind vor diesem Hintergrund die allenthalben als „ambitioniert“ gepriesenen Versprechen eines Green New Deals zu beurteilen? Nur zur Erinnerung: Mehr als die Hälfte der klimaschädlichen Gase, die sich heute in der Erdatmosphäre befinden, sind nach 1990 emittiert worden, also in einer Zeit, in der sich viele politische Akteure auf nationaler wie internationaler Ebene bereits zu aktivem Klima- und Umweltschutz verpflichtet hatten. Was also ist „neu“ und was „grün“ an den „Deals“, die heute von PolitikerInnen fast aller Couleur in Deutschland, in der EU, in Großbritannien angekündigt werden?

Eine wichtige Funktion der grünen Deals besteht darin, die Nachfrage nach neuen Technologien zu stimulieren, die sauberer sein sollen als die heute genutzten – wobei „sauber“ in erster Linie auf das Ziel eines geringeren Ausstoßes von Treibhausgasen in die Atmosphäre bezogen wird; eine Trendwende in der petrochemischen Industrie, die heute nahezu ausschließlich Kunststoffe produziert, die als giftiger Müll die Weltmeere verseuchen, ist dagegen nicht beabsichtigt. Das erklärte Ziel des Green Deals der EU-Kommission besteht darin, die sogenannte Klimaneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft durch die beschleunigte Entwicklung von effizienzsteigernden Produktionsverfahren und -techniken zu ermöglichen; das Wachstumsziel steht dabei nicht zur Disposition. Eine marginale Rolle spielt in der Debatte hingegen, dass in sehr kurzer Zeit auch der Verbrauch von Rohstoffen, die in der Industrie, im Verkehr, beim Wohnen, aber ebenso für soziale wie tech-

nische Infrastruktureinrichtungen (nicht zuletzt beim Ausbau erneuerbarer Energien) zum Einsatz kommen, drastisch reduziert werden muss. Weil „Dekarbonisierung“ und „Digitalisierung“ stets als Zwillingssziele des europäischen Green Deals benannt werden, muss eher davon ausgegangen werden, dass eine Entwarnung bei den Emissionen von einem neuerlichen Run auf Rohstoffe jeglicher Art begleitet wird. Denn digitale Substitute für analoge Verfahren und Produkte, sei es im militärischen oder zivilen Bereich, benötigen große Mengen an Metallen und Mineralien, genauso wie die Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die E-Mobilität.

Beim europäischen Green Deal spielen aber auch geopolitische Motive eine große Rolle. Durch den angestrebten Ausbau von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien – mit dem Ziel, Industrie, Verkehr und das Wohnen weitestmöglich zu elektrifizieren – soll die Energiesicherheit des Staatenbundes gestärkt, mithin die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland (insbesondere vom Erdgas aus Russland) verringert werden. Vor allem aber sollen Unternehmen im Hinblick auf die Wachstumsmärkte der Zukunft „fit“ gemacht werden für den Wettbewerb mit anderen globalen Akteuren, insbesondere mit chinesischen und US-amerikanischen Tech-Unternehmen. Daher hat der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier noch im Sommer des Jahres 2021 die keineswegs abwegige Prognose aufgestellt, Deutschland benötige zukünftig 20 Prozent mehr Strom und die Industrie noch viel mehr. Beim Green Deal geht es also weder für Deutschland noch für andere Mitgliedsstaaten der Union um die ökologisch gebotene Rückführung des Energieverbrauchs, sondern lediglich darum, einen weiterhin steigenden Energieverbrauch aus anderen als (nur) den fossilen Quellen zu decken – und das schließt aus Sicht Frankreichs, Finnlands und anderer EU-Staaten auch die Nutzung von Atomenergie mit ein. Zugleich ist zu befürchten, dass durch die Bepreisung von CO₂-Emissionen und die Ausweitung des Handels mit Verschmutzungsrechten dem seit Verabschiedung des Kyoto-Protokolls nur allzu bekannten „systemischen Schwindel“ neue Wege erschlossen werden. Denn ein großer Teil der Emissionen, die bei der Produktion und beim Konsum von Gütern und Dienstleistungen in einem EU-Staat anfallen, kann mithilfe des erst durch staatliche Regulaton geschaffenen Marktes für die Bepreisung und

01 Vgl. Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007, S. 276.

den Handel von Emissionen anderswo (allzu häufig in den armen Ländern des Globalen Südens) verrechnet werden. Dabei ist es egal, ob technische Lösungen (wie die hochproblematische Abscheidung von CO₂ und deren Verbringung in tiefere Erdschichten) zum Einsatz kommen oder ein „Ausgleich“ für Europas Emissionen erfolgt – etwa durch Aufforstung zur Absorption von CO₂ an einem anderen Ort auf dem Planeten. Insofern stellt der Green Deal keinen Wandel in Aussicht. Denn ein solcher Wandel würde – inzwischen selbst nach Einschätzung der International Energy Agency – verlangen, dass die noch vorhandenen fossilen Ressourcen im Boden bleiben. Vielmehr kommen Maßnahmen zum Einsatz, die es in der Geschichte kapitalistischer Volkswirtschaften immer gegeben hat: Es geht vornehmlich um die staatlich subventionierte Erschließung und Eroberung von Märkten – und beim angestrebten Export von umweltfreundlichen Technologien „Made in Europe“ auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen, zumindest in den wenigen Mitgliedsstaaten, die neue „grüne Technologien“ entwickeln, produzieren und exportieren.

Als Kernelemente des Green Deal lassen sich daher identifizieren:

1. Mithilfe staatlich gesetzten Rechts werden Märkte – für Emissionen, für E-Mobilität oder die Anwendung von algorithmisch gesteuerten Maschinen in nahezu allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen – geschaffen, gesichert und ausgeweitet. Das geschieht, wie bisher schon, durch den Schutz von geistigen Eigentumsrechten und die „sanfte Macht“ von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, Diplomatie und „Entwicklungshilfe“.
2. Die Steuerung dieser Zukunftsmärkte soll über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage erfolgen, also der Preisbildung auf mehr oder weniger freien (weil teils von großen Oligopolen beherrschten) Märkten überlassen bleiben. Denn allein den Märkten wird zugetraut, die benötigten technischen Innovationen hervorzubringen, um auf dem Pfad der kapitalistischen Wachstumsdynamik bleiben zu können.
3. Technologische Innovationen gelten wie bisher als probates Mittel, um auf der stofflichen Seite der Produktion eine Effizienzsteigerung zu erzielen, will heißen: gleich viel oder sogar noch

mehr Produkte und Dienstleistungen nicht nur mit geringerem Energieaufwand, sondern auch mit weniger Rohstoffeinsatz herstellen, transportieren, verkaufen zu können.

4. Ergänzend wird zudem auf die freiwillige Veränderung von Konsumverhalten und Lebensstil gesetzt. Es wird also bewusst darauf verzichtet, durch staatliche Regulierung Verhaltensänderungen zu erzwingen, die tatsächlich eine sozial-ökologische Transformation einleiten könnten. Stattdessen wird beispielsweise darauf vertraut, dass auch ohne Tempolimit auf deutschen Autobahnen langsamer gefahren wird, weniger billig erzeugtes Fleisch und mehr teures, weil nachhaltig angebautes Gemüse gegessen wird, selbst wenn die Löhne nicht steigen.

WAS DER GREEN DEAL NICHT VERÄNDERN WIRD

Der angekündigte Green Deal wird mit großer Sicherheit nicht verhindern, dass jene „free gifts of nature“ geplündert werden, die niemandem gehören, keinem einzelnen Menschen, keinem Staat und noch nicht einmal der Menschheit als Ganzem, die dieser nur zur fürsorglichen Pflege überlassen sind – so Karl Marx, lange vor ähnlich lautenden Formulierungen im Brundtland-Report von 1987, der die ökologische Debatte wesentlich beeinflusst hat.⁰²

Die Fixierung der Green New Deals auf eine teilweise Ersetzung fossiler Energieträger durch erneuerbare hat, wie zuvor der Hype um die Digitalisierung, den Run auf mineralische Rohstoffe bereits in neue Dimensionen katapultiert: Die Preise für viele dieser Rohstoffe sind in die Höhe geschossen, geopolitische Konflikte um den Zugang zu „kritischen Metallen“ verschärfen sich, und bei einigen (wie etwa beim Kupfer) macht sich sogar physischer Mangel bemerkbar. Was wir derzeit erleben, ist daher gerade nicht die Berücksichtigung des ökologischen Imperativs in der Politik. Die grünen Deals leiten lediglich eine Verschiebung der ökologischen Zerstörungen von der Output-Seite des Systems hin zur Input-Seite ein: von den Emissionen, die unter Bedingungen prinzipiell unbegrenzter kapitalistischer Akkumulati-

⁰² Vgl. Vereinte Nationen, Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future, New York 1987.

onsdynamik notwendigerweise ansteigen und die die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre bei Weitem überschreiten, hin zu der forcierten Plünderung agrarischer und mineralischer Rohstoffe und Wasserressourcen. Daher wird heute sogar die letzte *frontier* in den Blick genommen: die Tiefsee mit ihren schwer zugänglichen Rohstoffen.

Green New Deals werden dafür sorgen, dass noch weitere Sphären der Natur besitzindividualistisch nach ökonomischen Kriterien verwaltet werden. Freilich ist es illusorisch, davon auszugehen, dass durch ökonomisch motivierte „Pflege“ von Parzellen der Natur die Umwelt als Ganzes geschützt werden kann. Denn das *web of life*, also die in der Natur bestehenden Verbindungen zwischen Sedimenten, Pflanzen, Tieren und Menschen sind oft weder erkennbar noch nachvollziehbar und daher einer Pflege gar nicht zugänglich. Daher werden auch die grünen Deals nicht dafür sorgen, dass Folgen des rationalen Markthandelns, die in fernen Räumen und in fernen Zeiten entstehen, nicht in das gegenwärtige Markthandeln einbezogen werden. Zu diesen hinlänglich bekannten „externen Effekten“ des Marktes kommt hinzu, dass viele aus der Perspektive einzelner MarktteilnehmerInnen durchaus rationale Entscheidungen – etwa regelmäßiges Autofahren – sich zur Irrationalität des Ganzen summieren.

WARUM NUR DIE POLITIK WANDEL BEWIRKEN KÖNNTE – DAS ABER NICHT TUT

Wer der Irrationalität des Ganzen Einhalt gebieten wollte, müsste der Steuerung durch Märkte das Prinzip der Politik entgegensetzen – indem bestimmte gesellschaftliche Sphären und ökonomische Prozesse der Marktlogik entzogen werden und an ihrer Stelle quantitative Restriktionen, Rationierung, Mengensteuerung und Preiskontrollen zum Einsatz kommen.⁰³ Fraglos wäre eine Stabilisierung der Rohstoffpreise durch striktes Nachfragemanagement auf globaler Ebene ein wichtiger Schritt, um einerseits die ökologisch ruinöse Rohstoffplünderung einzudämmen und andererseits den rohstoffexportierenden Ländern hinreichende Anreize zu geben, die Reste des noch vorhandenen natürlichen Reichtums nicht zu Geld zu

machen und dadurch zu zerstören. Ebenso wichtig wären neue Regeln für den Welthandel, die das Prinzip des Freihandels nicht auf solche Produkte ausdehnen dürften, deren Herstellung von durch Menschen nicht beeinflussbaren natürlichen Produktionsbedingungen abhängen oder geistige Ressourcen der gesamten Menschheit sind. Dies könnte den Marktvorrang für eigenständige und umwelterhaltende Ressourcennutzung sowohl bei den Energieträgern, bei Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln und Kulturgütern begünstigen. Es bräuchte aber auch einen „asymmetrischen Protektionismus“ zugunsten der schwächeren Ökonomien, strikte Kartellgesetze und ein politisch betriebenes Schrumpfen der marktbeherrschenden großen Unternehmen, insbesondere aber des Finanzsektors und seine Rückführung in eine der Realwirtschaft dienende Rolle.

Das mag heute unrealisierbar scheinen. Doch wenn es tatsächlich um das Gemeinwohl und um die Erhaltung der ökologischen Grundlagen allen Lebens auf dem Planeten ginge und „grün“ die Farbe der Zukunft statt nur eine farblich passende Verkleidung für den nächsten „Deal“ werden sollte, so sind radikal anmutende Maßnahmen alternativlos.

Doch warum sind politische EntscheidungsträgerInnen auf nationaler wie europäischer und internationaler Ebene nicht mutiger und unternehmen wenigstens den Versuch, den BürgerInnen verständlich zu machen, warum jetzt nur noch der Griff zur Bremse den rasend schnell auf einen Abgrund zusteuern den Zug der globalisierten kapitalistischen Marktgesellschaft zum Halten bringen könnte? Letztlich wird von ihnen ja auch erwartet, dass sie für das Gemeinwohl sorgen; deshalb kennen wir das Kartellrecht, den (freilich unzulänglichen) Umweltschutz und die (stets prekären) ArbeitnehmerInnenrechte.

Nun, unter den Bedingungen kapitalistischen Wettbewerbs und der Verselbstständigung des Marktes zu einem „Sachzwang“ (Elmar Altvater) scheint eine Abstimmung der verschiedenen Rationalitäten noch nicht einmal auf einzelstaatlicher Ebene möglich, geschweige denn in einem Staatenbund wie der EU. In demokratisch verfassten Gesellschaften können und müssen die BürgerInnen ihre politischen RepräsentantInnen für all deren Handeln wie für ihre Unterlassungen zur Rechenschaft ziehen. Zugleich sind in so verfassten Gesellschaften aber auch systemische Blockaden (Strukturen, Regeln, Prozesse) einge-

⁰³ Vgl. dazu ausführlicher Helge Peukert, Klimaneutralität jetzt!, Marburg 2021.

baut, die einen radikalen Wandel, so wie er heute durch die drohende ökologische Katastrophe notwendig wäre, verhindern.

Da ist zum einen die starke Lobbymacht aller braunen Industriezweige der Energieerzeugung, der Stahl- und Zementindustrie; zu diesen müssen aber auch die Automobil- und die Flugzeugbranche gerechnet werden, Teile des Maschinenbaus sowie die vom fossilen Öl gänzlich abhängige Petrochemie und nicht zuletzt ein Großteil der Finanz- und Versicherungswirtschaft: Die fossilen Rohstoffe sind schließlich bereits auf Jahre hinaus an den Rohstoffbörsen eingepreist. Daher würde ein Platzen der fossilen Blase viele Anlagen entwerten – und es würden die Pensionsansprüche von Millionen Menschen bedenklich zusammenschrumpfen. Wobei diese oftmals gar nicht wissen, dass ihre ehemaligen öffentlichen Arbeitgeber diese durch bislang recht lukrative Investments in eine der oben genannten Branchen abgesichert haben.

Hinzu kommen die bekannten Eigenheiten von parlamentarischen Demokratien: die parteipolitischen Rivalitäten, das System der wechselseitigen Kontrolle von Exekutive, Legislative und Judikative, das seine unbestreitbaren Vorzüge hat, radikale Veränderungen aber stets erfolgreich ausbremsen kann. Zudem denken PolitikerInnen in Wahlperioden und unterstützen daher eher solche Maßnahmen, die sich noch in ihrer Amtszeit realisieren lassen – und dabei zahlt sich dann eher der erfolgreiche Einsatz für die Autobahnanbindung eines Shopping-Centers aus als ein Engagement für die Renaturierung eines Waldes oder Moores, dessen Erfolg sich erst in ein paar Jahrzehnten zeigen wird. Hinzu kommt, dass PolitikerInnen es schlichtweg nicht gewohnt sind, ihrer potenziellen Wählerschaft zu widersprechen, sie zu belehren oder normativ herauszufordern oder gar gegen den Willen ihrer WählerInnen zu verstoßen, obwohl dies ihr Recht und in vielerlei Hinsicht auch ihre Pflicht wäre.

Nicht weniger bedeutsam als die verbreitete Mutlosigkeit gewählter VolksvertreterInnen sind aber auch Blockaden, die von den WählerInnen ausgehen: Sie sind in ihrer breiten Mehrheit nicht unbedingt daran interessiert, detailliert informiert und auf Zielkonflikte aufmerksam gemacht zu werden, für die eine Lösung meist nicht im Konsens zu finden ist. Zudem erwartet eine Mehrheit der WählerInnen Verbesserungen ihrer eigenen Lage in möglichst kurzer Zeit und honoriert sel-

ten Versprechungen auf das Abwenden von Gefahren, die erst morgen virulent werden oder Verbesserungen, die sich nur in langer Frist einstellen können – oder gar solche, die Menschen zugutekämen, die sie selbst als „Fremde“ sehen. WählerInnen sind in der Regel auch wenig empfänglich für die Ankündigung, dass sie in Zukunft weniger von etwas erwarten dürfen, sondern optieren eher für Parteien, die ihnen mehr von was auch immer versprechen. Sehr wichtig ist auch, dass zukünftige Generationen, die mit den heute getroffenen oder unterlassenen politischen Entscheidungen leben müssen, an dem Zustandekommen dieser Entscheidungen nicht beteiligt sind.

Kurzum: Die parlamentarische Demokratie erlaubt und befördert den inkrementellen (schrittweisen) Wandel, sie fördert auch die heute gebotene Solidarität im Nahbereich, im günstigsten Fall sogar im nationalen Kontext, doch greift sie nur in seltenen Fällen darüber hinaus. Sie ermöglicht unter- und außerhalb der institutionalisierten Politik die Kooperation von zivilgesellschaftlichen Organisationen, von Gemeinden und sogar von ganzen Städten; in jüngster Zeit haben sich diese Kooperationen sogar als wesentliche Treiber rechtlicher Innovationen erwiesen, wie etwa bei dem Versuch, den Klimaschutz im Grundgesetz zu verankern und völkerrechtlich einklagbar zu machen. Doch hinsichtlich der heute notwendigen radikalen politischen Entscheidungen wirkt die parlamentarische Demokratie in erster Linie strukturkonservativ.

Daher erleben wir Regierungen in Europa, wie anderswo auch, die in die Zwangsjacke des Wachstumsimperativs gefesselt sind, unfähig, den mächtigen Kräften der Beharrung entgegenzutreten. Um die versprochene sozial-ökologische Wende in Gang zu setzen, müssten sie wohl in einem ersten Schritt den akkumulierten monetären Reichtum umverteilen, damit die aus ökologischer Sicht gebotene Verkleinerung des menschlichen Fußabdrucks, die sich zwangsläufig in einem geringeren Zuwachs des ökonomischen Wachstums niederschlagen würde, nicht ausgerechnet diejenigen mit aller Härte trifft, die den geringeren Anteil an seinen desaströsen Folgen zu verantworten haben.

BIRGIT MAHNKOPF

ist emeritierte Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

mahnkopf@hwr-berlin.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. Januar 2022

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Julia Günther
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
Robin Siebert (Volontär)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das Parlament ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
5–7/2022, 31. Januar 2022

GESCHLECHTER- GERECHTE SPRACHE



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz